

Bachelorarbeit

ZWISCHEN NATIONALER UND TRANSNATIONALER IDENTITÄT: DAS ENTSTEHEN EINER EUROPÄISCHEN ÖFFENTLICHKEIT

Am Beispiel der Berichterstattung des *Spiegels* und des *Economists*
über die Schuldenkrise in Griechenland

Vorgelegt von:

Name, Vorname: Hanack, Jessica

Mat-Nr.: 20122709

Zur Erlangung des akademischen Grades

Bachelor of Arts

Erstprüferin: Frau Prof. Dr. Ilona Wuschig

Zweitprüfer: Herr Dr. Berthold Petzinna

Magdeburg, 04. März 2016

Inhaltsverzeichnis

1. EINLEITUNG.....	3
I. THEORETISCHE GRUNDLAGEN	
2. ZUM KONZEPT ÖFFENTLICHKEIT	6
2.1 Definition und Modellierung.....	6
2.2 Normative Modelle von Öffentlichkeit	8
2.2.1 Die Theorie nach Amitai Etzioni.....	8
2.2.2 Das Öffentlichkeitsmodell nach Bernhard Peters.....	9
3. NATIONALE ÖFFENTLICHKEIT	11
4. TRANSNATIONALE ÖFFENTLICHKEIT	13
4.1 Die analytische Dimension.....	13
4.2 Die normative Dimension	16
5. EUROPÄISCHE ÖFFENTLICHKEIT	18
5.1 Begriffsbestimmung und Modellierung	18
5.2 Erscheinungsformen von europäischer Öffentlichkeit	19
5.3 Dimensionen der Europäisierung von medialer Öffentlichkeit.....	20
6. KOLLEKTIVE IDENTITÄT	23
6.1 Identitätsbildung und Bedeutung.....	23
6.2 Europäische Identität.....	24
7. DIE ROLLE DER MEDIEN	26
7.1 Medien als Träger von Öffentlichkeit	26
7.2 Agenda-Setting und Framing	27
8. DIE SCHULDENKRISE IN GRIECHENLAND – EINE CHRONOLOGIE	28

II. EMPIRISCHES VORGEHEN – EINE MEDIENINHALTSANALYSE DER BERICHTERSTATTUNG ZUR SCHULDENKRISE

9. METHODIK.....	31
9.1 Zielsetzung	31
9.2 Teilfragen und Hypothesen	31
9.5 Methode.....	33
9.5.1 Quantitative und qualitative Medieninhaltsanalyse.....	34
9.5.2 Kategorien und Indikatoren.....	35
9.4 Textsample und Untersuchungszeitraum	36
10. AUSWERTUNG	38
10.1 Beobachten transnationalen Regierens.....	38
10.2 Diskursive Integration	41
10.3 Kollektive Identität.....	44
10.4 Diskurskonvergenz.....	47
11. PRÜFUNG DER HYPOTHESEN UND BEANTWORTUNG DER FORSCHUNGSFRAGEN..	54
12. FAZIT UND AUSBLICK	59
DARSTELLUNGSVERZEICHNIS	61
LITERATURVERZEICHNIS.....	62
QUELLENVERZEICHNIS	66
TABELLARISCHER ANHANG.....	67
SELBSTSTÄNDIGKEITSERKLÄRUNG	94

1. EINLEITUNG

Die Europäische Union wird regelmäßig mit ihren angeblichen Defiziten konfrontiert. Das Öffentlichkeitsdefizit ist eines davon, wobei die Meinungen auseinandergehen, wie solch eine europäische Öffentlichkeit aussehen soll und ob sie überhaupt existieren kann. So schreibt der Politikwissenschaftler Peter Graf Kielmansegg: „Europa [...] ist keine Kommunikationsgemeinschaft, kaum eine Erinnerungsgemeinschaft und nur sehr begrenzt eine Erfahrungsgemeinschaft.“¹ Es fehlen laut Kielmansegg ein einheitliches Staatsvolk, eine gemeinsame Sprache sowie eine kollektive Identität und damit jegliche Voraussetzungen, die eine europäische Öffentlichkeit erfordern würde.² Er bescheinigt der EU nicht nur ein aktuelles Defizit, sondern hält das Entstehen einer europäischen Öffentlichkeit für gänzlich unmöglich. Dem gegenüberstehend gibt es auch Wissenschaftler, unter anderem Thomas Risse, für die eine europäische Öffentlichkeit durchaus möglich ist und sogar – in Grundzügen – bereits besteht: In Form einer Kommunikationsgemeinschaft, in der EU-Themen zunehmend als etwas diskutiert werden, dass alle Europäer gemeinsam betrifft.³ Die Bedeutung, die dieser Öffentlichkeit zugemessen wird, ist groß: Sie gilt als Mittel für die Stärkung der Integration und der gesamten europäischen Demokratie.⁴

Fest steht, dass sich die EU seit der Gründung ihres ersten Vorläufers, der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl im Jahr 1951, kontinuierlich weiterentwickelt hat, von einer wirtschaftlichen zu einer wachsenden politischen Gemeinschaft. Nicht nur die Zahl der EU-Mitgliedsstaaten ist gestiegen, sondern auch die Zahl der Politikfelder, auf die die Union Einfluss hat.⁵ Die EU etablierte sich immer mehr als ein eigenständiges Herrschaftssystem, so Hans-Jörg Trenz.⁶ Er folgert daraus, dass sie entsprechende Strukturen vorsehen müsse, welche die Funktion eines Vermittlers zwischen den politischen Entscheidungsträgern und den Betroffenen übernehmen können. Eine europäische Öffentlichkeit würde laut Trenz diesen Vermittlungsprozess sichern und daher immer wichtiger werden.⁷

Ergänzend dazu stehen die Selbstansprüche der EU. Im Vertrag von Lissabon, der am 1. 12. 2009 in Kraft getreten ist, heißt es in Artikel 1, dass dieser Vertrag „die nächste Stufe bei der Verwirklichung einer immer engeren Union der Völker Europas [...], in der die Entscheidungen möglichst offen und möglichst bürgernah getroffen werden“⁸, sei. Wie das gewährleistet werden soll, sagen die Verfasser in dem Artikel nicht. Dennoch lassen sich auch aus diesem Artikel Rückschlüsse auf die Bedeutung einer transnationalen Öffentlichkeit ziehen, die Transparenz und Bürgernähe bestärken könnte.

¹ Peters 2007, S. 322.

² Vgl. Wessler; Brüggemann S. 67.

³ Vgl. Risse 2004, S. 150f.

⁴ Vgl. Trenz 2003, S. 161.

⁵ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, 2015 S. 3f.

⁶ Vgl. Trenz 2003, S. 161.

⁷ Vgl. ebd., S. 161f.

⁸ EU-Vertrag <https://dejure.org/gesetze/EU/1.html> [14. 12. 2015].

Die Frage nach einer europäischen Öffentlichkeit, das wird deutlich, gewinnt zunehmend an Relevanz – nicht zuletzt durch die Krisen der vergangenen Jahre, von der Schuldenkrise bis zur derzeitigen Flüchtlingssituation. Es gab Diskussionen um EU-Austritte, eine Begrenzung der europäischen und Rückbesinnung auf die nationale Entscheidungsgewalt, aber auch Forderungen nach europaweiter Solidarität und Zusammenarbeit. Ob Krisen damit als Motor oder Bremse bei der Entwicklung einer europäischen Öffentlichkeit und Identität wirken, soll in den folgenden Kapiteln genauer betrachtet werden.

Die vorliegende Arbeit schließt an eine wachsende Zahl von Studien an, die sich mit der Entwicklung einer europäischen Öffentlichkeit befassen. Nachdem die Erforschung der medialen Kommunikation lange Zeit auf den nationalen Rahmen beschränkt war, hat sie sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten verstärkt auf die transnationale, insbesondere die europäische, Öffentlichkeit ausgeweitet.⁹ Diese Veränderung ist ein weiteres Zeichen, dass die Frage nach einem gemeinsamen europaweiten Kommunikationsraum an Aufmerksamkeit gewinnt. In den vorhandenen Studien wurden Möglichkeiten und Voraussetzungen ebenso wie Grenzen einer europäischen Öffentlichkeit untersucht. An die daraus gewonnenen Erkenntnisse sowie bestehende Theorien soll hier angeknüpft werden.

Dazu legt der erste Teil die theoretischen Grundlagen, indem Merkmale, Modelle und Aufgaben einer Öffentlichkeit herausgearbeitet werden. Zudem wird der Begriff einer kollektiven Identität geklärt und die spezifische Rolle von Medien in einer Öffentlichkeit erläutert. Im zweiten Teil der Arbeit folgt eine empirische Untersuchung, welche auf die vorhergehenden Kapitel aufbaut. Die übergeordnete Forschungsfrage lautet:

Inwieweit trägt die Berichterstattung des *Spiegels* und des *Economists* über die Schuldenkrise in Griechenland zur Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit bei?

Mithilfe einer Medieninhaltsanalyse werden Artikel aus beiden Wochenzeitungen untersucht, die in den Ausgaben vom 27. Juni bis zum 11. Juli 2015 erschienen sind. Ziel ist es, festzustellen, inwieweit sich in den Texten Zeichen einer europäischen Identität und Indikatoren für die Europäisierung nationaler Medien wiederfinden. Es soll analysiert werden, ob ein Thema, das die EU als Ganzes betrifft, auch als solches in den Medien wahrgenommen und transnational diskutiert wird.

Die vorhergehenden Abschnitte haben die Relevanz von Studien zur Entwicklung einer europäischen Öffentlichkeit deutlich gemacht. Diese Bachelorarbeit kann sich nicht mit mehrjährigen Forschungen messen, aber sie kann am Beispiel eines prägenden EU-politischen Konflikts das Europäisierungsniveau der dazugehörigen Berichterstattung in zwei einflussreichen Mitgliedsländern aufzeigen. Im Vergleich mit den Ergebnissen älterer Studien kann zudem eine Veränderung oder gleichbleibende Tendenz ermittelt werden.

⁹ Vgl. Wessler; Brüggemann 2012, S. V.

I. THEORETISCHE GRUNDLAGEN

2. ZUM KONZEPT ÖFFENTLICHKEIT

2.1 Definition und Modellierung

Eine Öffentlichkeit gehöre zur verfassungsrechtlich gesicherten Grundausrüstung von Demokratien, schreibt Friedhelm Neidhardt¹⁰ und verdeutlicht so in nur einem Satz ihre gesellschaftliche Bedeutung. Was offen bleibt, ist, welche Eigenschaften eine Öffentlichkeit als solche charakterisieren und welche Funktionen sie leisten muss. Dies soll in dem vorliegenden Kapitel geklärt werden.

Öffentlichkeit gilt als einer der Schlüsselbegriffe in der kommunikations- und medienwissenschaftlichen sowie der soziologischen Forschung. Gebildet wurde der Begriff im 18. Jahrhundert, aber erst ab den 1960er Jahren entwickelten Wissenschaftler wie unter anderem Jürgen Habermas verstärkt Theorien zur Öffentlichkeit.¹¹ Dabei vertreten die Forscher unterschiedliche Ansichten, welche Anforderungen und Voraussetzungen eine Öffentlichkeit erfüllen muss. Als Erstes sollen daher die allgemeinen Definitionsmerkmale des Begriffs beleuchtet werden, bevor mit jenen Aspekten fortgefahren wird, zu denen es je nach Theorie verschiedene Meinungen gibt.

„Öffentlich“ ist zunächst alles, was nicht geheim und nicht privat ist.¹² Eine Kommunikation wird dann öffentlich, wenn „das dortige Sprechen und Handeln wahrgenommen bzw. beobachtet werden kann.“¹³ Für die Öffentlichkeit ergibt sich das „Prinzip der offenen Zugänglichkeit“¹⁴, was bedeutet, dass der Zugang zu ihr niemandem verwehrt werden darf. Eine Öffentlichkeit muss offen sein für jeden, der etwas zu sagen hat oder hören will, was andere sagen.¹⁵ Daraus leiten sich die wesentlichen Rollen in einer Öffentlichkeit ab: Auf der einen Seite stehen die Sprecher und Kommunikateure, eben diejenigen, die etwas sagen oder es weitertragen, und auf der anderen Seite steht das Publikum, das den Part eines Beobachters einnimmt.¹⁶ Die Grenzen des Publikums sind für die Sprecher nicht zu bestimmen, was ein weiteres Merkmal von Öffentlichkeit darstellt. Laut Jürgen Habermas ist das Publikum durch eine „prinzipielle[n] Unabgeschlossenheit“¹⁷ gekennzeichnet. Es entspricht keiner festen Gruppe, sondern konstituiert sich immer wieder neu.¹⁸

Bis hierhin wurden strukturelle Eigenschaften einer Öffentlichkeit erläutert. Diese sind notwendig, aber nicht ausreichend, um eine Öffentlichkeit zu beschreiben. Daneben müssen die in ihr stattfindenden Kommunikationsprozesse genauer definiert werden. Öffentliche Kommunikation wird nicht nur

¹⁰ Neidhardt 1994, S. 8.

¹¹ Vgl. Brüggemann et al. 2009, S. 394.

¹² Vgl. Wessler; Brüggemann 2012, S. 55.

¹³ Jäckel 2005, S. 218.

¹⁴ Wessler; Brüggemann 2012, S. 55.

¹⁵ Neidhardt 1994, S. 7.

¹⁶ Vgl. ebd.

¹⁷ Habermas 1962, S. 50.

¹⁸ Vgl. ebd., S. 51.

dadurch bestimmt, dass sie von jedem wahrgenommen werden kann, sondern auch durch die Bedeutung, die ihre Themen für eine Gesellschaft haben. Ulrich K. Preuß schreibt, dass „alles, was das Volk als Gesamtheit betrifft, [...] eine öffentliche Angelegenheit [ist].“¹⁹ Für öffentliche Kommunikationsprozesse gilt, dass sie die gesamte Gesellschaft angehen und von allgemeiner Relevanz sind.²⁰

Eine Öffentlichkeit bezeichnet nun den Raum, in dem die beschriebenen Kommunikationsprozesse stattfinden. Sie wird daher auch Kommunikationsraum oder Kommunikationssphäre genannt, wobei „Raum“ hier keinerlei territoriale Bedeutung hat.²¹ Hartmut Wessler und Michael Brüggemann schreiben, dass Öffentlichkeit, insbesondere durch die mediale Vermittlung der in ihr stattfindenden Kommunikationsprozesse, ein sozialer und kein geographischer Raum sei.²² Die Grenzen eines Kommunikationsraums werden dadurch gezogen, dass sich Innen und Außen „durch eine unterschiedliche Dichte der Kommunikationsbeziehungen unter den Teilnehmern der Debatte [unterscheiden].“²³ Die Dichte von Kommunikationsflüssen ist innerhalb eines Kommunikationsraums höher als über seine Grenzen hinweg. Das bedeutet, dass Mitglieder einer Öffentlichkeit stärker untereinander kommunizieren als mit Personen von außerhalb.²⁴ Im Inneren ist eine öffentliche Sphäre kein undifferenziert großer Raum, sondern unterteilt sich in eine Vielzahl von Diskussionsarenen, die sich je nach Themen, Interessen oder Milieu konstituieren. Die Grenzen zwischen den sogenannten Teilöffentlichkeiten bezeichnet Peters als „porös“, sodass sich einige Beiträge aus den einzelnen Foren darüber hinaus verbreiten und ein größeres Publikum erreichen.²⁵ Eine Öffentlichkeit wird so zu einer Art Netzwerk. Sie verknüpft die Teilöffentlichkeiten und umfasst die Gesamtheit der offenen Diskussionsforen einer Gesellschaft.²⁶

Die bis jetzt dargelegten Merkmale sind grundlegend für die Definition einer Öffentlichkeit. Sie gelten für nationale Öffentlichkeiten ebenso wie für transnationale, zu denen die europäische Öffentlichkeit zählt. Uneinigkeit herrscht darüber, welche weiteren Funktionen eine Öffentlichkeit erfüllen muss und zu welchem Ergebnis die beschriebenen öffentlichen Kommunikationsprozesse führen sollen. Eine weitestgehende Übereinstimmung besteht darin, dass die kommunikative Interaktion zunächst eine allgemeine Aufmerksamkeit für ein Thema erzeugt.²⁷ Unter bestimmten Bedingungen, so Friedhelm Neidhardt, können sich „Fokussierungen auf bestimmte Themen und Übereinstimmungen in den Meinungsäußerungen“²⁸ ergeben, woraus sich öffentliche Meinungen bilden. Die Ansichten, unter welchen Bedingungen dies geschieht und ob es zu den Aufgaben einer Öffentlichkeit gehört, solche Meinungen zu

¹⁹ Preuß 2013, S. 15.

²⁰ Vgl. Wessler; Brüggemann 2012, S. 55.

²¹ Vgl. ebd., S. 63.

²² Vgl. ebd., S. 56.

²³ Ebd., S. 63.

²⁴ Vgl. Peters 2007, S. 329.

²⁵ Vgl. ebd., S. 76.

²⁶ Vgl. Wessler; Brüggemann 2012, S. 58.

²⁷ Vgl. ebd., S. 56.

²⁸ Vgl. Neidhardt 1994, S. 7.

produzieren, unterscheiden sich nach den Ansprüchen, die ein theoretisches Modell an eine Öffentlichkeit stellt.

2.2 Normative Modelle von Öffentlichkeit

In normativen Konzepten geht es nicht mehr darum, eine Öffentlichkeit und die in ihr stattfindenden Prozess zu beschreiben, sondern zu definieren, welche Funktionen sie in einem politischen System leisten muss. Damit wird die zu Anfang des Kapitels erwähnte Bedeutung von Öffentlichkeit für eine Demokratie präzisiert. Die Darstellung normativer Ansätze soll sich auf die Öffentlichkeitstheorie nach Amitai Etzioni und das Modell von Bernhard Peters beschränken. Diese erscheinen für den weiteren Verlauf der Arbeit am vielversprechendsten und fruchtbarsten.

2.2.1 Die Theorie nach Amitai Etzioni

Die „Theorie der kybernetischen Fähigkeiten“ von Amitai Etzioni kann gewissermaßen als Grundlage verschiedener normativer Konzepte gesehen werden. Darin wird Öffentlichkeit als Kommunikationssystem bezeichnet, in dem Themen und Meinungen gesammelt werden – Input (A) –, verarbeitet – Throughput (B) –, und weitergegeben werden – Output (C).²⁹ Aus diesen drei Fähigkeiten lassen sich die drei prinzipiellen Funktionen einer Öffentlichkeit ableiten, die als kleinster gemeinsamer Nenner von normativen Öffentlichkeitsmodellen gelten. Für politische Öffentlichkeiten ergibt sich die Spezifizierung, dass vorwiegend Meinungen zur und Themen aus der Politik ausgetauscht und vermittelt werden.³⁰ An ihrem Beispiel sollen im Folgenden die drei grundlegenden Funktionen erläutert werden.

Die erste normative Anforderung an eine politische Öffentlichkeit ist, bezogen auf Fähigkeit (A) in Etzionis Theorie, ihre Transparenzfunktion. Die Öffentlichkeit soll Politik transparent machen³¹ und zugleich „offen sein für alle gesellschaftlichen Gruppen sowie für alle Themen und Meinungen von kollektiver Bedeutung“³². Zweiter Anspruch ist die Validierungsfunktion (B). Um sie zu erfüllen, müssen Öffentlichkeitsakteure Themen und Meinungen anderer kontrovers diskutieren und ihre eigenen gegebenenfalls revidieren, falls die Argumente der anderen Akteure dies erfordern.³³ Indem eine Öffentlichkeit die zwei Funktionen erfüllt, also ausreichende Informationen bereitstellt, für eine Transparenz politischer Entscheidungen sorgt, sowie einen Wettbewerb von verschiedenen Ideen und Argumenten sichert, wird sie zur grundlegenden Voraussetzung von demokratischer Beteiligung. Darin bestehe eine Übereinstimmung in allen Varianten normativer Demokratietheorie, so Bernhard Peters.³⁴

²⁹ Vgl. Neidhardt 1994, S. 8.

³⁰ Vgl. Wessler; Brüggemann 2012, S. 59.

³¹ Vgl. ebd.

³² Neidhardt 1994, S. 8.

³³ Vgl. ebd.

³⁴ Vgl. Peters 2007, S. 352.

Als dritte Anforderung wird die Orientierungsfunktion (C) genannt. Öffentliche Kommunikation, die von den Akteuren wie in der vorhergehenden Funktion gefordert diskursiv betrieben wird, erzeugt öffentliche Meinungen, die das Publikum als überzeugend wahrnehmen und dadurch akzeptieren kann.³⁵ Unter einer öffentlichen Meinung wird in diesem Fall nicht die Summe individueller Meinungen verstanden, sondern vielmehr das „kollektive Produkt von Kommunikationen, das sich zwischen den Sprechern als 'herrschende' Meinung darstellt.“³⁶ Eine Öffentlichkeit kann so als Orientierung bei politischen Entscheidungen dienen, und zwar nicht nur für die Bürger. Auch Politiker beobachten die Öffentlichkeit und registrieren, ob ihre Vorschläge eine allgemeine Zustimmung erfahren oder nicht. Im besten Fall, so schreiben Harmut Wessler und Michael Brüggemann, würden die öffentlichen Diskussionen einen „gesamtgesellschaftlicher Lernprozess“³⁷ anregen.

2.2.2 Das Öffentlichkeitsmodell nach Bernhard Peters

Obwohl es Jürgen Habermas war, der die normative Öffentlichkeitstheorie mit seinem Werk „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ bekannt machte, soll auf eine Darstellung seiner Theorie verzichtet werden. Stattdessen wird im Folgenden das Modell nach Bernhard Peters erläutert. Peters baut auf einige von Habermas' Ansprüchen auf, hat diese aber präzisiert und an jüngere Entwicklungen in der Gesellschaft angepasst, weshalb sein Modell für diese Arbeit passender erscheint.³⁸

Peters bezeichnet eine Öffentlichkeit als „Sphäre kommunikativem Handelns, in der sich die 'öffentliche Meinung' mit bestimmten anspruchsvollen Merkmalen bilden kann.“³⁹ Er führt weiter aus, dass Öffentlichkeit im klassischen Verständnis eine Sphäre öffentlicher, ungezwungener Meinungs- und Willensbildung der Mitglieder einer politischen Gemeinschaft sei.⁴⁰ Die gebildete öffentliche Meinung soll dann in die Beschlussfassung von Institutionen einfließen; eine Öffentlichkeit stellt so gewissermaßen ein vorinstitutionelles Element in einer Gesellschaft dar.⁴¹ Öffentlicher Kommunikation wird eine „kritische, innovative und machtbegrenzende Kraft“⁴² zugeschrieben.

Das normative Öffentlichkeitsmodell nach Peters weist drei wesentliche Merkmale auf. Erstens: Gleichheit und Reziprozität, wonach jeder mit dem Wunsch und der Fähigkeit, sich öffentlich zu äußern, dies prinzipiell auch tun kann. Keinem kann dieses Recht aufgrund seiner Herkunft, sozialen Schicht oder Bildung verwehrt werden. Zwar, so Peters, würden soziale Merkmale die *faktischen* Teilnahmechancen

³⁵ Vgl. Neidhardt 1994, S. 8.

³⁶ Ebd. S. 26.

³⁷ Wessler; Brüggemann 2012, S. 59.

³⁸ Vgl. Wessler; Brüggemann 2012, S. 59f.

³⁹ Peters 2007, S. 59.

⁴⁰ Vgl. ebd.

⁴¹ Vgl. ebd. S. 64.

⁴² Ebd. S. 64.

am Kommunikationsprozess beeinflussen; eine normative Konzeption fordere aber, diese Einflüsse möglichst zu neutralisieren.⁴³

Ein zweites Merkmal einer Öffentlichkeit ist für Peters ihre Offenheit und adäquate Kompetenz. So sollen Themen, die öffentlich behandelt werden, zwar von allgemeiner Relevanz sein, allerdings kann kein Thema von vorneherein ausgeschlossen werden. Des Weiteren wird gefordert, dass Angelegenheiten in der Öffentlichkeit nicht nur thematisiert, sondern auch kompetent behandelt werden. Als drittes wesentliches Merkmal nennt Peters die diskursive Struktur einer Öffentlichkeit. „Auseinandersetzungen [...] werden mit Argumenten ausgetragen, die Anspruch auf eine kollektive Akzeptanz erheben, welche auf geteilter, zwanglos erzielter Überzeugung beruht.“⁴⁴ Das Zitat verdeutlicht ein weiteres Kriterium, das Peters für eine Öffentlichkeit festlegt, denn nicht jede Kommunikation, die öffentlich wahrnehmbar ist oder massenmedial verbreitet wird, ist für ihn Element einer Öffentlichkeit. Zur ihr zählen nur Beiträge, die diskursiv, also verständigungsorientierend und argumentativ angelegt sind.⁴⁵ Voraussetzung für eine solche diskursive Öffentlichkeit ist, dass ein gemeinsames Verständnis der Beiträge erarbeitet werden kann und gegenseitiger Respekt zwischen den Kommunikationsakteuren besteht. Kritik oder Einwände dürfen laut Peters niemals mit einem Achtungszug verbunden sein.⁴⁶

Erfüllt eine Öffentlichkeit diese Merkmale, führt sie zu reflektierten Urteilen im Publikum in Bezug auf kollektive Probleme. Aus dem diskursiven Kommunikationsprozess bildet sich eine öffentliche Meinung. Peters vertritt die Annahme, dass „das Publikum durch öffentliche Diskurse und *nur* dadurch zu begründeten, kritisch geprüften [...], gemeinsamen Einsichten, Problemlösungen und Zielsetzungen kommen kann.“⁴⁷ Auch er erwartet von einer Öffentlichkeit, dass sie die drei von Etzionis Theorie abgeleiteten Funktionen leistet: Die Transparenz-, die Validierungs- und die Orientierungsfunktion.

Noch einmal zu betonen ist, dass normative Modelle nicht die Wirklichkeit beschreiben wollen, sondern darstellen, wie eine Öffentlichkeit funktionieren sollte. Peters selbst bezeichnet sein Konzept von Öffentlichkeit als „Idealmodell“.⁴⁸ Im Hinblick auf die Anwendung dieses Modells von Öffentlichkeit auf reale Kommunikationsprozesse stellt Peters fest, dass einige strukturelle Beschränkungen bestehen. So ist es aufgrund der Größe heutiger Gesellschaften weder möglich, dass alle Gesellschaftsmitglieder zu Wort kommen, noch, dass sämtliche Themen diskursiv behandelt werden. Stattdessen muss eine Themenauswahl getroffen werden und nur eine Minderheit der Bürger kann tatsächlich eine Sprecherrolle einnehmen. Trotzdem hält Peters das Bestehen von diskutierenden Öffentlichkeiten für möglich und bescheinigt dem normativen Modell auch für empirische Untersuchungen weiterhin Relevanz.⁴⁹

⁴³ Vgl. Peers 2007, S. 61.

⁴⁴ Ebd., S. 62.

⁴⁵ Vgl. Peters; Schultz; Wimmel 2007, S. 203f.

⁴⁶ Vgl. ebd.

⁴⁷ Peters 2007, S. 63.

⁴⁸ Ebd., S. 62.

⁴⁹ Vgl. ebd., S. 101f.

3. NATIONALE ÖFFENTLICHKEIT

Öffentlichkeiten gelten traditionell als durch Nationalstaaten begrenzt, so Bernhard Peters.⁵⁰ Dieser Ansicht schließen sich weitere Forscher an, darunter Ulrich K. Preuß sowie Hartmut Wessler und Michael Brüggemann. Letztere stellen jedoch klar, dass die Ursache nicht darin liege, dass es früher keine transnationalen Kommunikationsflüsse gegeben habe. Vielmehr sei die Begrenzung darauf zurückzuführen, dass sich demokratische Herrschaften im Rahmen von Nationalstaaten entwickelt hätten. Da eine Öffentlichkeit als Teil einer Demokratie angesehen wird, galt, dass sich ihr Raum ebenfalls auf den eines Nationalstaats beschränken müsse. Infolgedessen konzentrierte sich auch die Öffentlichkeitstheorie lange Zeit auf nationale Öffentlichkeiten. Die entwickelten Modelle richteten sich vorwiegend an Nationalstaaten aus.⁵¹ Bevor es darum geht, wie Öffentlichkeitskonzepte auf einen transnationalen Raum angewandt werden können, muss daher geklärt werden, was eine nationale Öffentlichkeit als solche auszeichnet. Nur so wird deutlich, welche Herausforderungen bei ihrer Ausdehnung bestehen können.

Die enge Beziehung von Öffentlichkeit und Nationalstaat ergab sich auch als Konsequenz aus der historischen Entwicklung von Massenmedien. Das Verbreitungsgebiet des ersten Massenmediums, der Zeitung, war auf den Nationalstaat begrenzt. Obwohl es bereits seit dem Jahr 1500 grenzüberschreitende Kommunikationen gegeben haben soll, waren die öffentlichen, massenmedialen Kommunikationsflüsse innerhalb eines Staates dadurch deutlich stärker als über die Grenzen hinweg.⁵²

Eine nationale Öffentlichkeit ist durch die Begrenzung des Kommunikationsraums auf ein Land gekennzeichnet, woraus folgt, dass auch Sprecher und Publikum aus einer Nation stammen. Das Kollektiv, auf das die Öffentlichkeit beruht, ist Teil der Bürgerschaft eines Landes.⁵³ Hieraus lassen sich Rückschlüsse auf vordergründig diskutierte Themen ziehen. „Nationale Politik, nationale Regierungen, Parteien, intermediäre Organisationen und Verbände stellen Themen und Input zur Verfügung“⁵⁴ und bestimmen die Debatten. Die nationale Bürgerschaft wird zum zentralen Subjekt von öffentlichen Diskursen. Forderungen werden an die verantwortlichen, national politischen Akteure adressiert.⁵⁵ Die nationalen Massenmedien fungieren als Träger dieser Diskurse.⁵⁶ Die Öffentlichkeit setzt sich damit ausschließlich aus nationalen Akteuren zusammen und umfasst Debatten mit ebenfalls nationalem Themenfokus. Es folgt daraus, dass „die legitimierende, kontrollierende, kritisierende und deliberierende Funktion der politischen Öffentlichkeit im Sinnhorizont dieser Republik stattfindet“⁵⁷, die durch den Nationalstaat verkörpert wird.

⁵⁰ Peters 2007, S. 329.

⁵¹ Wessler; Brüggeman 2012 S. 61.

⁵² Vgl. ebd.

⁵³ Vgl. ebd.

⁵⁴ Peters 2007, S. 329.

⁵⁵ Vgl. Wessler; Brüggeman 2012 S. 61.

⁵⁶ Vgl. Peters 2007 S. 329.

⁵⁷ Preuß 2013, S. 15.

Charakterisierend ist zudem eine öffentliche Kultur, die eine nationale Öffentlichkeit zusammenhält. Diese habe sich, so Wessler und Brüggemann, „korrespondierend mit [...] gemeinsamen Institutionen politischer Herrschaft entwickelt“⁵⁸ und sei daher ebenfalls nationalstaatlich geprägt. Unter einer öffentlichen Kultur verstehen die beiden Gemeinsamkeiten innerhalb der Bürgerschaft eines Landes, wie Sprache, Medien und die politische Kultur. Präzisiert bedeutet das, dass unter Sprechern und Publikum in einer nationalen Öffentlichkeit bestimmte Wissensbestände und Welt-Interpretationen allgemein bekannt sind, auch wenn sie nicht immer geteilt werden. Verständigungsprozesse sind dadurch leichter möglich.⁵⁹ Bernhard Peters beschreibt die nationale öffentliche Kultur als „eine beträchtliche Übereinstimmung darüber, was die diskutierten Themen bedeuten, über mögliche Verständnisse und Interpretationen unterschiedlicher Positionen, über die jeweils wichtigen und umstrittenen Aspekte sowie darüber, was als mehr oder weniger selbstverständlich gilt.“⁶⁰

Auch hier existieren allerdings Einschränkungen, inwieweit die beschriebenen Merkmale tatsächlich auf heutige nationale Öffentlichkeiten zutreffen. Zum einen gebe es, so Peters, innerhalb moderner Nationalstaaten keine kulturelle Homogenität mehr, sondern eine Vielfalt an kulturellen Elementen. Die öffentliche Kultur hat sich zu einem „Feld der Auseinandersetzungen“⁶¹ entwickelt, das viel Konfliktpotential birgt. Statt festen Handlungsanweisungen stellen kulturelle Elemente heute ein breites Repertoire dar, dessen Zusammensetzung allerdings spezifisch und charakteristisch für eine Nation ist. Unter den Mitgliedern einer Gesellschaft kommt es zu Auseinandersetzungen, aber es herrscht ein geteiltes Wissen über die existierenden kulturellen Elemente innerhalb des Landes.⁶²

Ulrich K. Preuß hat festgestellt, dass es auch innerhalb eines Nationalstaats nicht „die“ Öffentlichkeit gebe. Wie in der Definition von Öffentlichkeit als ein Kommunikationsraum erklärt, sind Öffentlichkeiten fragmentiert. Nationale Öffentlichkeiten gliedern sich ebenfalls in Teil- bzw. Fachöffentlichkeiten, so Preuß.⁶³ In den verschiedenen Lebens- und Funktionsbereichen einer Gesellschaft haben sich eigene Formen des Austauschs herausgebildet, was bedeutet: Es gibt nicht eine spezifische Publikation, die von allen konsumiert wird. Stattdessen haben themenspezifisch Interessierte ihre eigenen Medien entwickelt, sodass eine transsektorale Kommunikation zwischen allen Mitgliedern einer Gesellschaft nur selten stattfindet.⁶⁴ Diese Einschränkungen, die bereits auf nationaler Ebene bestehen, müssen bei der Formulierung von Erwartungen und Ansprüchen an eine transnationale Öffentlichkeit berücksichtigt werden.

⁵⁸ Wessler; Brüggemann 2012, S. 61.

⁵⁹ Vgl. ebd.

⁶⁰ Preuß 2013, S. 13.

⁶¹ Peters 2007, S. 113f.

⁶² Vgl. ebd., S. 114.

⁶³ Preuß 2013, S. 13.

⁶⁴ Vgl. ebd. S. 13f.

4. TRANSNATIONALE ÖFFENTLICHKEIT

Wie im vorherigen Kapitel erläutert, erfüllt eine nationale Öffentlichkeit verschiedene Funktionen im Rahmen einer Demokratie auf Staatenebene. Allerdings werden heutzutage Entscheidungen vielfach nicht mehr ausschließlich von nationalen Regierungen oder Parlamenten getroffen, sondern von mehreren Ländern gemeinsam und durch transnationale Institutionen. Politische Regelungen und Gesetze betreffen oft mehr als nur ein Land. Infolge der zunehmenden internationalen Beziehungen, Handlungen und Abhängigkeiten, sei es in wirtschaftlicher, kultureller oder gesellschaftlicher Hinsicht, ist es sogar notwendig, dass Regelungen einzelstaatliche Grenzen überschreiten. Die Entwicklung führt dazu, dass ein steigender Legitimationsbedarf ebendieser transnationalen Regelungen und Institutionen besteht, der wiederum Formen von Meinungs- und Willensbildung erfordert, die ebenfalls auf transnationaler Ebene ablaufen.⁶⁵ Es stellt sich die Frage nach einer transnationalen Öffentlichkeit. Was eine solche Öffentlichkeit charakterisiert und welche Aufgaben sie erfüllen muss, um den Legitimationsbedarf möglichst umfassend zu decken, wird im Folgenden geklärt. Dazu soll als Erstes ein analytisches Konzept erläutert werden, das im Anschluss um eine normative Dimension ergänzt wird.

4.1 Die analytische Dimension

Die Globalisierung äußert sich als Entgrenzungsprozess, der wie beschrieben verschiedene Bereiche in einem Staat umfasst. Wenn sich Wirtschaft, Kultur und andere Elemente zunehmend entgrenzen, muss dies auch für Öffentlichkeiten bzw. die zu ihnen entwickelten Konzepte gelten.⁶⁶ Die Entgrenzung von Öffentlichkeiten muss auf vier Ebenen stattfinden: Auf Ebene der Kommunikationsinfrastrukturen, der Sprecher, der Themen und der Publika.

Zur ersten Form der Entgrenzung, der von den Infrastrukturen, zählen Wessler und Brüggemann einerseits die rein technische Ebene. Sie umfasst Strukturen, die eine Kommunikation über die Grenzen hinweg ermöglichen. Das können transnationale Medien sein, die sich an ein internationales Publikum richten und deren Verbreitungsgebiet nicht auf ein Land beschränkt ist oder der Gebrauch von digitalen Netzwerken, die eine transnationale Vernetzung erlauben. Andererseits zählen sie soziale Infrastrukturen dazu, was das Entsenden von Auslandskorrespondenten und die Zusammenarbeit mit ausländischen Medienorganisationen umfasst. Wenn die genannten Punkte gegeben sind, genutzt und intensiviert werden, so Brüggemann und Wessler, könne man von einer Entgrenzung der Infrastrukturen sprechen.⁶⁷

Die zweite Ebene der Entgrenzung bezieht sich auf die Strategien und die Präsenz von öffentlichen Sprechern. In einer transnationalen Öffentlichkeit sollen Sprecher nicht nur in den Medien ihres Heimatlandes vertreten sein, sondern eine transnationale Medienresonanz erreichen. Unter Strategie wird

⁶⁵ Vgl. Peters 2007, S. 288.

⁶⁶ Vgl. Wessler; Brüggemann 2012, S. 63.

⁶⁷ Vgl. Ebd. S. 65.

in diesem Fall verstanden, dass sich öffentliche Akteure nicht nur auf nationale Regierungen als Verantwortliche für Problemlösungen beziehen. Forderungen sollen zunehmend an transnationale Politiker adressiert werden und sich nicht ausschließlich an nationale Entscheidungsträger richten. Die Sprecher müssen bewusst über die Grenzen eines nationalen Raums hinweg kommunizieren.⁶⁸

Die dritte Form der Entgrenzung bezieht sich auf die Medieninhalte. Eine transnationale Öffentlichkeit erfordert es, dass Themen, die in den Medien behandelt werden, nicht nur die eigene Nation betreffen. Es sollen auch transnationale Belange aufgegriffen werden, sodass ein Thema von Medien aus unterschiedlichen Ländern debattiert wird, wobei die Akteure aufeinander Bezug nehmen. Das Erfüllen dieser Anforderung allein ist jedoch nicht ausreichend, um von einer Transnationalisierung von Medieninhalten zu sprechen. Cathleen Kantner und Klaus Eder fordern zudem, dass es über die Ländergrenzen hinweg übereinstimmende Themenagenden gibt, die im gleichen Zyklus und unter geteilten Deutungsmustern öffentlich behandelt werden. Am Beispiel einer transnationalen Öffentlichkeit in Europa heißt das, dass „gleiche[r] europapolitische[r] Themen zur gleichen Zeit unter den gleichen Relevanzgesichtspunkten“⁶⁹ diskutiert werden. Peters und Wessler setzen den Maßstab nicht ganz so hoch und formulieren stattdessen: „Alle wichtigen Gesichtspunkte eines Themas sollten in allen nationalen Öffentlichkeiten vorkommen [...]. Allerdings bleibt die Möglichkeit, dass bestimmte Aspekte nur für bestimmte Mitgliedsländer relevant sind.“⁷⁰ Festzuhalten ist, dass in keinem Fall eine übereinstimmende Meinung aller Akteure aus den verschiedenen Ländern verlangt wird, sondern lediglich, dass – von Ausnahmen abgesehen – in den Ländern die gleichen Aspekte eines Themas als wichtig angesehen und ähnlich interpretiert werden.⁷¹

Die vierte und abschließende Form der Entgrenzung betrifft das Publikum. Hier geht es zum einen darum, ob die technische Reichweite der Medien ausreicht, um von einem transnationalen Publikum empfangen oder gelesen zu werden. Neben der technischen Möglichkeit ist entscheidend, ob die Medien ein transnationales Publikum überhaupt als ihre Zielgruppe ansehen, dieses also erreichen *wollen*. Zum anderen muss sich aus den verschiedenen nationalen Publika erst ein transnationales Publikum entwickeln. Wichtige Aspekte dafür sind eine kollektive Identität und die im vorherigen Kapitel genannte öffentliche Kultur. Auf Ersteres wird in Kapitel 6 genauer eingegangen. Es kann aber bereits an dieser Stelle festgehalten werden, dass für die Konstituierung einer Öffentlichkeit ein Minimum von einer gemeinsamen Identität unter den Mitgliedern erforderlich ist. Die Akteure müssen sich selbst als Teil einer gemeinsamen, alle Teilnehmer betreffenden Debatte ansehen und andere als einen solchen Teil akzeptieren.⁷²

In Bezug auf eine öffentliche Kultur hat Peters zunächst einmal Folgendes festgestellt: „Zu behaupten, dass es keinen gehaltvollen öffentlichen Diskurs, keine gegenseitige Verständigung über die Grenzen

⁶⁸ Vgl. Wessler; Brüggemann 2012, S. 65.

⁶⁹ Kantner 2006, S. 148.

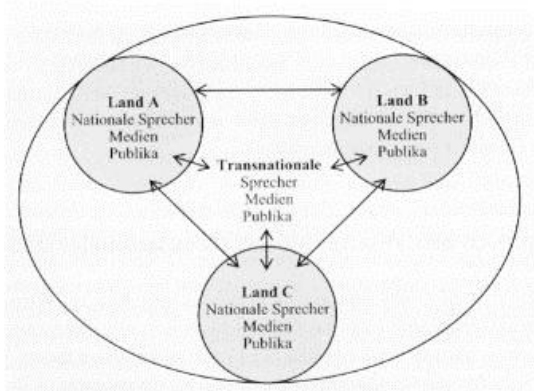
⁷⁰ Wessler; Brüggemann 2012, S. 66.

⁷¹ Risse 2004, S. 141.

⁷² Vgl. Wessler; Brüggemann 2012, S. 67.

öffentlicher Kulturen hinweg geben könne, wäre völlig falsch.⁷³ Peters ist der Ansicht, dass eine gemeinsame öffentliche Kultur die Verständigung zwar erleichtere. Trotzdem sei eine öffentliche Kommunikation auch über die Grenzen hinweg möglich, sofern es eine gewisse Übersetzung und Transformation von Diskursbeiträgen aus anderen Ländern gebe.⁷⁴ Wessler und Brüggemann vertreten ebenfalls die Meinung, dass öffentliche Debatten auch im transnationalen Raum bestehen können. Sie sehen jedoch ein Mindestmaß an Gemeinsamkeiten unter den Teilnehmern als Voraussetzung, damit ein wechselseitiges, länderübergreifendes Verständnis entstehen kann.⁷⁵

Nachdem die Voraussetzungen geklärt wurden, die für eine transnationale Öffentlichkeit gegeben sein müssen, soll sie nun abschließend definiert werden. Michael Brüggemann et al. begreifen transnationale Öffentlichkeiten als „Räume der Verdichtung von Prozessen öffentlicher, medial vermittelter politischer Kommunikation [...], die den nationalen Bezugsraum übersteigen.“⁷⁶ Indem die Kommunikationsflüsse zunehmend nationale Grenzen überschreiten, vernetzen sich die verschiedenen nationalen Arenen öffentlicher Kommunikation.⁷⁷ Brüggemann et al. betonen, dass transnationale Öffentlichkeiten die nationalen nicht verdrängen, sondern sich vielmehr als eine zusätzliche Ebene von Kommunikation darüber lagern. Nationale und transnationale Öffentlichkeiten schließen sich nicht gegenseitig aus, sondern können gleichzeitig bestehen.⁷⁸ Darstellung 1 zeigt, dass die verschiedenen Öffentlichkeiten in einem Modell als ineinander „verschachtelte“ Verdichtungen von translokalen Flüssen politischer Kommunikation⁷⁹ modelliert werden können. Nationale und transnationale Öffentlichkeiten unterscheiden sich dabei durch ihre unterschiedlichen Grade von Dichten.⁸⁰ Es wird nicht erwartet, dass die Kommunikationsflüsse innerhalb einer transnationalen Öffentlichkeit genauso stark sind wie in einer nationalen.



Dar. 1: Modell einer transnationalen Öffentlichkeit⁸¹

⁷³ Peters 2007, S. 331.

⁷⁴ Vgl. ebd.

⁷⁵ Vgl. Wessler; Brüggemann 2012, S. 67.

⁷⁶ Brüggemann et al. 2009, S. 395.

⁷⁷ Vgl. Wessler; Brüggemann 2012, S. 63.

⁷⁸ Vgl. Brüggemann et al. 2009, S. 395.

⁷⁹ Ebd.

⁸⁰ Vgl. ebd.

⁸¹ Wessler; Brüggemann 2012, S. 64.

Auch für eine transnationale Öffentlichkeit gilt, dass die Kommunikationsflüsse in ihrem Inneren stärker sind als nach außen. Wie eine nationale Öffentlichkeit hat ein transnationaler Kommunikationsraum ebenfalls Grenzen, die zwar durchlässig, aber trotzdem vorhanden sind. Die beschriebenen Entgrenzungsprozesse vollziehen sich im Inneren dieses Raums. Für das Beispiel einer europäischen Öffentlichkeit wäre die Entgrenzung in ihren vier Formen auf Europa bzw. die Europäische Union beschränkt.⁸²

4.2 Die normative Dimension

Bislang wurde rein analytisch beschrieben, wie ein Modell einer transnationalen Öffentlichkeit aussehen kann. In einer normativen Dimension kommen zu den genannten Anforderungen im Zuge eines Entgrenzungsprozesses nun weitere Funktionen hinzu, die eine transnationale Öffentlichkeit in einer länderübergreifenden Demokratie erfüllen muss. Politische und soziale Rahmenbedingungen werden miteinbezogen, statt nur zu beschreiben, wie eine transnationale Öffentlichkeit aufgebaut sein kann und wie die in ihr stattfindenden Kommunikationsprozesse ablaufen können. In einer normativen Theorie wird nicht nur gefordert, dass transnationale öffentliche Debatten in der erläuterten Form bestehen, sondern darüber hinausgehend, dass sie zu einer Demokratisierung von transnationalen Regierungsstrukturen beitragen.⁸³

Die zentralen Aufgaben einer transnationalen Öffentlichkeit ähneln denen von einer nationalen, nur dass sie nicht auf einen Staat begrenzt sind. So sollen die Öffentlichkeitsakteure nicht die nationale, sondern die transnationale Politik transparent machen und dazugehörige politische Ideen, Meinungen und Aktivitäten überprüfen und debattieren. Eine transnationale Öffentlichkeit schafft die Voraussetzung für die Demokratisierung von transnationalen Entscheidungsprozessen, indem sie für eine kritische Überprüfung sowie eine öffentliche Beobachtung von transnationaler Politik und ihren Akteuren sorgt. Dafür ist es erforderlich, dass eine größtmögliche Vielfalt an Akteuren und Positionen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen zu Wort kommt.⁸⁴ Die potentielle Möglichkeit für alle von den politischen Entscheidungen Betroffenen sich öffentlich zu äußern, soll auch im transnationalen Rahmen bestehen bleiben.⁸⁵ Ein weiteres Kriterium fordert die Responsivität von Politikern auf die transnational geführten Debatten. Die Politik soll auf die in den Diskursen hervorgebrachten öffentlichen Meinungen reagieren; sie sollen in der Politik berücksichtigt werden. Eine transnationale Öffentlichkeit kann so den Einfluss der Bevölkerungen auf die politischen Entscheidungsprozesse stärken.

Während in einer nationalen Öffentlichkeit die Forderungen der Akteure ausschließlich an eine nationale Regierung adressiert werden, richten sie sich in einer transnationalen Öffentlichkeit in erster Linie

⁸² Vgl. Wessler; Brüggemann, S. 64.

⁸³ Vgl. ebd., S. 53.

⁸⁴ Vgl. ebd., S. 69.

⁸⁵ Vgl. Kantner 2003, S. 223.

an die supra- und internationalen Institutionen, da diese die Verantwortungsträger im Entscheidungsprozess sind. Dennoch können die nationalen Regierungen weiterhin Adressat öffentlicher Forderungen bleiben, da sie in vielen Fällen die transnationalen Institutionen kontrollieren und an internationaler Politik beteiligt sind.⁸⁶

Auch auf transnationaler Ebene gibt es Einschränkungen, inwieweit normative Forderungen erfüllt werden können. So ist die Inklusion aller und die Möglichkeit für jeden, sich öffentlich zu äußern, bereits im nationalen Rahmen kaum zu leisten. Aufgrund der umfassenderen Größe einer transnationalen Öffentlichkeit sinkt die Chance des Einzelnen, öffentlich zu Wort zu kommen, weiter. Auch der Einfluss von öffentlichen Diskursen ist in einer transnationalen Öffentlichkeit unsicherer als in einer nationalen. Denn „nur in dem Maße wie sie [die relevanten Entscheidungsträger] von gewählten Vertretern tatsächlich kontrolliert werden können, ist es auch wahrscheinlich, dass sie ihr Handeln an öffentlich diskutierten Meinungen orientieren.“⁸⁷ Demokratische Wahlen – und damit die Möglichkeit zur Abwahl – sind eine Voraussetzung, damit eine Öffentlichkeit ihre normativ geforderten Funktionen erfüllen kann.

⁸⁶ Vgl. Wessler; Brüggemann 2012, S. 70.

⁸⁷ Ebd.

5. EUROPÄISCHE ÖFFENTLICHKEIT

5.1 Begriffsbestimmung und Modellierung

Die europäische Öffentlichkeit bezeichnet einen spezifischen Fall von transnationaler Öffentlichkeit. Das Konzept und die normativen Anforderungen, die an einen transnationalen Kommunikationsraum wie beschrieben gestellt werden, sind daher auch auf eine europäische Öffentlichkeit anwendbar. Zum Begriff „Europäische Öffentlichkeit“ ist klarzustellen, dass diese nicht, wie fälschlicherweise angenommen werden könnte, den gesamten europäischen Kontinent umfasst, sondern nur die Staaten der Europäischen Union. Diese Beschränkung erscheint sinnvoll, da in der EU transnationale politische Institutionen existieren, die bindende Entscheidungen für alle Mitgliedsstaaten treffen können. Die Institutionen und ihre Akteure können damit zum Gegenstand öffentlicher Berichterstattung und Debatten sowie zum Adressat von Forderungen der Sprecher bzw. des Publikums werden.⁸⁸ Im normativen Sinn ist es die Politik der EU-Akteure, die durch eine europäische Öffentlichkeit transparent und kontrollierbar werden soll.

Eine europäische Öffentlichkeit konstituiert sich als transnationales Kommunikationsnetz, dessen Grenzen deckungsgleich mit denen der EU sind. Sie entsteht „über die wechselseitigen Verbindungen und den Austausch zwischen nationalen Öffentlichkeiten“⁸⁹. Kommunikationsflüsse gehen, wie im transnationalen Konzept beschrieben, über die Grenzen des Nationalstaats hinaus. Für eine europäische Öffentlichkeit werden zwei Modelle unterschieden. Das erste ist das Modell der Zunahme von paneuropäischen Medien. Hierbei bezeichnet die europäische Öffentlichkeit einen gemeinsamen Kommunikationsraum, der durch länderübergreifende europäische Medien hergestellt wird. Dieses Modell erscheint aufgrund von Sprachbarrieren, kulturellen Differenzen sowie der bereits bestehenden Medienstruktur in den einzelnen Staaten in seiner Umsetzung wenig realistisch.⁹⁰ Es soll daher für die weitere Arbeit keine große Rolle spielen. Vielversprechender und dementsprechend mit stärkerem Einfluss auf die spätere Analyse ist das zweite Modell.

Darin wird von einer europäischen Öffentlichkeit gesprochen, wenn eine Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten stattfindet. In diesem Modell setzt ein europaweiter Kommunikationsraum voraus, dass gleiche Themen zur gleichen Zeit mit ähnlichen Interpretationsmustern diskutiert werden. Ähnliche Interpretationsmuster bedeuten, dass eine übernationale Einigkeit über Relevanzkriterien sowie grund-

⁸⁸ Vgl. Wessler; Brüggemann 2012, S. 75.

⁸⁹ Risse 2004, S. 140.

⁹⁰ Pfetsch; Heft: Europäische Öffentlichkeit – Entwicklung transnationaler Medienkommunikation http://www.bpb.de/apuz/31967/europaeische-oeffentlichkeit-entwicklung-transnationaler-medienkommunikation?p=all#footnodeid_2-2 [05.01.2016].

gende Werte und Sinngehalte besteht. Diese Einigkeit ist erforderlich, um das kennzeichnende Öffentlichkeitsmerkmal von diskursiver Kommunikation auch auf europäischer Ebene zu erfüllen und um eine Verständigung über Ländergrenzen hinweg zu ermöglichen.⁹¹

Ein weiteres Kriterium für das Entstehen einer europäischen Öffentlichkeit ist, dass europäische Angelegenheiten in den verschiedenen nationalen Öffentlichkeiten und Medien mit ähnlich großer Aufmerksamkeit und Wichtigkeit thematisiert werden, sprich: Das Thema soll in etwa denselben Platz bzw. dieselbe Zeit in den verschiedenen nationalen Medien sowie weiteren Diskussionsforen erhalten. Europäische Themen sollen dabei als etwas diskutiert werden, das Sprecher und Publika aller Länder gemeinsam angeht. Daraus folgt außerdem, dass sich die europäischen Öffentlichkeitsakteure wechselseitig als Diskussionsteilnehmer wahrnehmen und respektieren müssen.⁹² Bei der Erfüllung aller genannten Anforderungen wird es den EU-Bürgern möglich, sich gleichzeitig auf dieselben, ähnlich gewichteten Themen zu beziehen, zu diskutieren und sich zu kontroversen Beiträgen eine eigene Meinung zu bilden.⁹³

Für das zweite Modell gilt, dass für eine europäische Öffentlichkeit kein neuer Kommunikationsraum mit eigenen Medien und Sprechern entstehen muss, sondern dass dieser sich aus den nationalen Medien und Öffentlichkeiten herausbilden kann. Dazu wird von den nationalen Medien innerhalb einer europäischen Öffentlichkeit verlangt, dass sie unabhängig von ihrer Nationalität ähnliche Deutungsmuster („Frames“) benutzen, wenn sie über europäische Themen berichten. Europäische Medien, die sich an ein Publikum in der gesamten EU richten, sind kein zwingendes Erfordernis.⁹⁴

5.2 Erscheinungsformen von europäischer Öffentlichkeit

Nach Hans-Jörg Trenz lassen sich drei Erscheinungsformen bzw. Interaktionsebenen von europäischer Öffentlichkeit unterscheiden. Die erste bezeichnet er als elitäre Öffentlichkeit. Wie der Name zu erkennen gibt, handelt es sich hierbei um eine Austauschbeziehung, die lediglich zwischen geistigen, ökonomischen, kulturellen und politischen Eliten stattfindet. Diese Form von europäischer Öffentlichkeit ist ein exklusiver Diskursraum, in den die allgemeine Bevölkerung bestenfalls als passiver Rezipient eingeschlossen ist. Ihre Einbeziehung in den Kommunikationsprozess ist meist nicht vorgesehen, sodass die Themen nicht unbedingt auf ein Massenpublikum ausgerichtet sind. Von den Eliten wird Europa als „kollektiver Selbstverständigungshorizont“⁹⁵ aufgefasst; die gemeinsame Kommunikation wird genutzt, um sich über Gemeinsamkeiten und Unterschiede auszutauschen.⁹⁶

⁹¹ Vgl. Risse 2004, S. 141.

⁹² Vgl. ebd. S. 140.

⁹³ Vgl. Wessler; Brüggemann 2012, S. 62.

⁹⁴ Vgl. Risse 2004, S. 147.

⁹⁵ Trenz 2003, S. 162.

⁹⁶ Vgl. ebd.

Die zweite Erscheinungsform ist laut Trenz die sogenannte funktionale Öffentlichkeit. Diese Interaktionsebene beruht auf der Funktionalisierung und der Sektoralisierung; zwei Prozesse, die sich nicht nur im transnationalen Rahmen vollziehen, sondern auch national. Traditionelle Verhandlungsarenen werden um neue Akteure erweitert. Statt einer vertikalen etabliert sich zunehmend eine kooperative Regierungstätigkeit, sodass Entscheidungen von Funktionären, Experten und organisierten Betroffenenvertretern gemeinsam vorbereitet werden. So geschieht es auch verstärkt im System der EU. Was weitestgehend fehlt, ist allerdings die Vermittlung der sektoralen Kommunikationsprozesse nach außen, an ein Massenpublikum. Dieses Defizit kann erst durch die dritte Ebene aufgehoben werden.⁹⁷

Mit der dritten Erscheinungsform ist die mediale Öffentlichkeit gemeint, die im Fokus dieser Arbeit stehen soll. Die von ihr geforderte Hauptleistung liegt in dem, was den beiden vorherigen Formen nicht gelingt: eine allgemeine Aufmerksamkeit für europäische Angelegenheiten herzustellen und zwischen den EU-Institutionen und einem Massenpublikum zu vermitteln. Nur diese Ebene kann damit die in normativen Modellen geforderte Transparenz der politischen Prozesse und die Kontrollmöglichkeit für die Bürger gewährleisten. Die Massenmedien entwickeln sich zum Hauptträger bei der Entwicklung einer europäischen politischen Öffentlichkeit, die normativen Ansprüchen gerecht werden kann. Voraussetzung ist, dass sie durch ihre Berichterstattung zu einer transnationalen Verständigung beitragen, einen Austausch beruhend auf Argumenten fördern und politische Kommunikation nicht nationalisieren oder populistisch umgestalten.⁹⁸

5.3 Dimensionen der Europäisierung von medialer Öffentlichkeit

Eine Europäisierung bezeichnet laut Michael Brüggemann et al. „multidimensionale und graduelle Prozesse, die die Grenzen nationaler Räume überschreiten.“⁹⁹ Es sind Prozesse, die eine kommunikative Interaktion jenseits einer nationalen Öffentlichkeit beschreiben und so zu einer schwindenden Bedeutung nationalstaatlicher Grenzen führen.¹⁰⁰ Die im Folgenden dargestellten Ebenen, auf denen eine Europäisierung stattfinden kann, beruhen auf denen, die bereits im Zuge des erforderlichen Entgrenzungsprozesses von transnationalen Öffentlichkeiten erläutert wurden. Dies erscheint einleuchtend, da eine Europäisierung als konkrete Form von transnationalen Entgrenzungsprozessen gesehen werden kann. Die bereits bekannten Ebenen sollen daher nun in ihrer spezifischen Bedeutung für eine Europäisierung und die damit verbundene Entwicklung einer europäischen Öffentlichkeit betrachtet werden.

Bei der Europäisierung der Infrastrukturen sind die beiden wesentlichen Elemente die europäischen Medien sowie die Auslandskorrespondenten in Brüssel. Wie erklärt, sind Europa-Medien im Modell der

⁹⁷ Vgl. Trenz 2003, S. 162f.

⁹⁸ Vgl. ebd., S. 163.

⁹⁹ Brüggemann et al. 2007, S. 299.

¹⁰⁰ Vgl. ebd., S. 300.

Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten keine notwendige Bedingung für das Entstehen einer europäischen Öffentlichkeit. Sie können allerdings als elitäre Nischenmedien zu ihrer Bestärkung beitragen. So erreichen sie zwar kein Massenpublikum, können aber eine indirekte Vernetzung nationaler Öffentlichkeiten bewirken, da sie unter anderem von sogenannten Opinion Leaders, wie politischen Eliten und Journalisten, zur Recherche und Vorbereitung öffentlicher Diskurse genutzt werden. Europäische Medien können somit Einfluss auf die transnationale Berichterstattung in nationalen Medien haben. Ein Beispiel für ein europäisches Medium ist der Nachrichtensender *Euronews*.¹⁰¹

Die Auslandskorrespondenten in Brüssel spielen insofern eine Rolle, als dass unter ihnen ein europäisches Netzwerk von Journalisten verschiedener Länder entstanden ist. Dies ermöglicht eine Kooperation über die Ländergrenzen hinweg, insbesondere bei kritischer Berichterstattung oder dem Aufdecken von Skandalen. Soweit diese Zusammenarbeit genutzt wird und die Zahl der Auslandskorrespondenten stabil bleibt oder besser ansteigt, können die Brüsseler Journalisten zur Europäisierung der nationalen Öffentlichkeiten beitragen.¹⁰²

Die zweite Ebene von Europäisierung bezieht sich auf die Sprecherensembles. Sie bedeutet, dass zunehmend Akteure der EU-Institutionen und -Verbände sowie Sprecher aus anderen EU-Mitgliedsländern in den nationalen öffentlichen Debatten zu Wort kommen, wenn Themen diskutiert werden, die Europa betreffen. Dies würde der normativen Forderung nach einer Pluralität von Akteuren und Meinungen in einem transnationalen Raum entsprechen.

Eine Europäisierung des Publikums äußert sich zum einen in der Mediennutzung. Es werden nicht mehr ausschließlich die nationalen Angebote und Inhalte konsumiert, sondern auch die angesprochenen europäischen Medien, Medien aus anderen EU-Mitgliedsstaaten oder europäische Inhalte in den nationalen Medien. Letztere Variante bedeutet zwar eine vergleichsweise geringere europaweite Vernetzung, erscheint aber am realistischsten. Zum anderen ist eine Europäisierung des Publikums daran erkennbar, dass sich die Menschen verstärkt als Betroffene von grenzüberschreitenden Debatten in der EU ansehen.¹⁰³ „In einer europäischen Öffentlichkeit [...] verläuft die Grenze zwischen ‘Inländern‘ und ‘Ausländern‘ nicht mehr entlang der nationalstaatlichen Grenzen“¹⁰⁴, so Thomas Risse. Ein solches Selbstverständnis ist nach Hartmut Wessler und Michael Brüggemann Voraussetzung für eine weitergehende politische Partizipation der Bürger in der EU.¹⁰⁵

Die abschließende Ebene betrifft die Europäisierung nationaler Medien und ihrer Inhalte. Da diese Ebene den Schwerpunkt der späteren Analyse von der Berichterstattung über die Schuldenkrise in Griechenland bilden wird, soll an dieser Stelle nur ein Überblick gegeben werden. Die Konkretisierung und

¹⁰¹ Vgl. Brüggemann et al. 2009, S. 396f.

¹⁰² Vgl. Wessler; Brüggemann 2012, S. 82f.

¹⁰³ Vgl. ebd. S. 98.

¹⁰⁴ Risse 2004, S. 149.

¹⁰⁵ Wessler; Brüggemann 2012, S. 98.

Erläuterung der verschiedenen Indikatoren für eine Europäisierung der Medieninhalte findet im Kapitel 10 im Zusammenhang mit der Präsentation der Forschungsergebnisse statt. Des Weiteren werden auch vergleichbare Ergebnisse anderer Studien einbezogen. Wessler et al. haben die Europäisierung von Medieninhalten in vier Dimensionen unterteilt.¹⁰⁶ Ähnlich sind auch die Modelle von Bernhard Peters und Michael Brüggemann¹⁰⁷, sodass folgende Unterteilung für die weiterführende Arbeit übernommen werden soll. Die erste Dimension ist das „Beobachten transnationalen Regierens“, auch vertikale Europäisierung genannt. Sie umfasst die öffentliche Beobachtung von transnationalen Entscheidungsträgern und –prozessen. Die zweite Ebene, die „Diskursive Integration“, stellt die öffentliche Diskussion über und mit anderen EU-Ländern dar. Sie wird als horizontale Europäisierung bezeichnet. Die weiteren Dimensionen sind die „Diskurskonvergenz“, die eine zunehmende Angleichung von Interpretationsmustern in Bezug auf europäische Themen in den verschiedenen nationalen Medien erfordert, sowie die „Kollektive Identität“, mit der die Identifikation als Europäer und Teil einer europäischen Gemeinschaft gemeint ist.¹⁰⁸ Auf Letzteres soll im folgenden Kapitel eingegangen werden.

¹⁰⁶ Vgl. Wessler; Brüggemann 2012, S. 66.

¹⁰⁷ Vgl. Brüggemann et al. 2007, S. 300.

¹⁰⁸ Vgl. Wessler; Brüggemann 2012 S. 66.

6. KOLLEKTIVE IDENTITÄT

6.1 Identitätsbildung und Bedeutung

Eine Identität bezeichnet die Summe derjenigen Merkmale, die einer Person oder einem Gegenstand gegenüber anderen zu eigen sind und das Wesen der Person oder des Gegenstands charakterisieren. Gleichzeitig umfasst eine Identität die Ideengehalte, mit denen sich ein Individuum oder eine Gruppe identifiziert. Beide Bedeutungen können als komplementär betrachtet werden.¹⁰⁹

Eine kollektive Identität ist gekennzeichnet durch Kriterien, nach denen Mitglieder einer Gemeinschaft identifiziert und von Nicht-Mitgliedern unterschieden werden können. Sie beinhaltet Interpretationen, die das Leben in einer nationalen, regionalen oder transnationalen Gemeinschaft betreffen. Laut Bernhard Peters handelt es sich um Interpretationen oder Überzeugungen, die sich auf die Gemeinschaft selbst beziehen – ihre gegenwärtige Verfassung, ihren Charakter, ihre Probleme, ihre Leistungen, ihre Geschichte und ihre Zukunft.¹¹⁰ Daneben zählt zu ihr ein kollektives Selbstbild: die Zuschreibung von Wesenszügen oder Charakteristika, die als typisch für die Mitglieder oder die Gemeinschaft als Ganzes gelten, verbunden mit positiven Evaluationen, kollektiven Idealen, Interessen und Problemen. Das Selbstbild eines Kollektivs hebt sich von anderen ab und wird oft für Vergleiche und Bewertungen genutzt. Innerhalb einer Gemeinschaft besteht dagegen ein Gefühl von Solidarität. Als letztes beinhaltet eine kollektive Identität auch eine geschichtliche Dimension, die sich auf die gemeinsamen Erinnerungen und reflektierten Erfahrungen bezieht und aus der sich Hoffnungen und kollektive Zielsetzungen für die Zukunft ergeben, die von der Gemeinschaft angestrebt werden.¹¹¹ Eine kollektive Identität entwickelt und schärft sich im Laufe eines Integrationsprozesses.¹¹²

Für eine kollektive Identität gilt, was bereits bei der öffentlichen Kultur angesprochen wurde: Nicht alle Mitglieder eines Kollektivs unterstützen sie in demselben Maß; verschiedene Versionen und unterschiedlich starke Bedeutungen sind in nationalen wie auch in transnationalen Gemeinschaften möglich.

Soweit eine Identität aber – wenigstens in Grundzügen – geteilt wird, erleichtert sie in einer Demokratie die Entscheidungsfindung und den öffentlichen Diskurs. Gleichzeitig wird die kollektive Identität erst durch die öffentliche Kommunikation forciert. Laut einer Hypothese von Karl W. Deutsch, ist die nationale Identitätsbildung das Ergebnis der Intensivierung von Kommunikation und der damit verbundenen Herstellung eines Kommunikationsraums, in dem die Akteure und deren Handlungen füreinander kommunikativ erreichbar werden.¹¹³ Aus der Identifikation mit einer Gemeinschaft und der daraus folgenden

¹⁰⁹ Vgl. Bruha; Rau 2004, S. 290.

¹¹⁰ Peters 2007, S. 332.

¹¹¹ Vgl. ebd., S. 332f.

¹¹² Vgl. Bruha; Rau 2004, S. 291.

¹¹³ Vgl. Eder 2004, S. 63.

Unterscheidung zwischen „wir“ und „ihr“ ergeben sich die Grenzen eines öffentlichen Kommunikationsraums, sei es auf nationaler oder auf EU-Ebene.¹¹⁴ Es zeigt sich die wechselseitige Beziehung und die Bedeutung, die eine kollektive Identität und eine Öffentlichkeit füreinander haben. Das unter anderem von Peter Graf Kielmansegg verwendete Argument, dass ohne eine gemeinsame Identität kein transnationaler Kommunikationsprozess möglich sei¹¹⁵, wird entkräftet.

6.2 Europäische Identität

Wie schon bei der europäischen Öffentlichkeit erklärt, gilt für den Begriff der europäischen Identität ebenfalls, dass er sich nur auf das Kollektiv der Europäischen Union und nicht auf ganz Europa bezieht. Laut Dennis Lichtenstein und Christiane Eilders sprechen die meisten Autoren bei einer europäischen Identität von einer sozialen Konstruktion, die sich aus zwei Ebenen zusammensetzt.¹¹⁶

Zur ersten Ebene zählen die inhaltlichen Deutungen der EU. Diese umfassen Vorstellungen über gemeinsame Werte und Ziele sowie die historische oder kulturelle Zusammengehörigkeit in der Europäischen Union. Die zweite Ebene bezeichnet die Stärke der Identifikationen mit der EU. Hierbei ist entscheidend, wie stark sich eine Person oder Gesellschaft mit den genannten Vorstellungen identifiziert oder sie ablehnt. Auf dieser Ebene gibt es nun wiederum zwei Grundlagen, auf denen die Stärke der Identifikationen beruht. Die erste ist die affektive Grundlage, welche auf Gefühlen, die mit der EU-Mitgliedschaft verbunden werden, basiert. Die affektiven Identifikationen spielen besonders für Stabilität der EU eine Rolle und „stützen Gemeinschaft auch dann, wenn im Zuge einer starken Politisierung Risiken für das eigene Land thematisiert werden“¹¹⁷ Die zweite Grundlage ist die instrumentelle, die Abwägungen des Kosten-Nutzen-Verhältnisses der EU beinhaltet. Instrumentelle Identifikationen spiegeln Chancen- und Risikowahrnehmungen für die eigene Nation wider und unterliegen deshalb größeren Schwankungen als affektive Identifikationen¹¹⁸

Lichtenstein und Eilders vergleichen die Bildung einer europäischen Identität mit dem Prozess der öffentlichen Meinungsbildung. Indem in öffentlichen Diskursen europäische Themen diskutiert und Forderungen an die EU gestellt werden, indem Kritik geübt oder an europäische Werte appelliert wird, geben Sprecher „dem Abstraktum europäische Identität eine öffentlich wahrnehmbare inhaltliche Bedeutung.“¹¹⁹ Die andauernde Auseinandersetzung mit EU-Themen führt im weiteren Verlauf dazu, dass sich aus den individuellen Identitätsbezügen eine öffentliche Identität herauskristallisiert. Dabei gilt jedoch: Je stärker die europäischen Themen nur in einer nationalen Öffentlichkeit und ohne länderübergreifenden Austausch diskutiert werden, desto stärker wird auch die europäische Identität mit nationalen

¹¹⁴ Vgl. Eder 2004, S. 68.

¹¹⁵ Vgl. Wessler; Brüggemann 2012, S. 67.

¹¹⁶ Vgl. Lichtenstein; Eilders 2015, S. 278.

¹¹⁷ Ebd., S. 280.

¹¹⁸ Vgl. ebd.

¹¹⁹ Ebd., S. 281.

Interpretationen der EU verknüpft.¹²⁰ Maurizio Bach gibt außerdem zu bedenken, dass in einem Kollektiv mit zunehmender Größe auch die interaktive und kommunikative Erreichbarkeit unter den Mitgliedern abnehme. Das Kollektiv und seine Identität werden somit fragiler.¹²¹ In beiden Zusammenhängen wird erneut die Bedeutung eines europaweiten Kommunikationsraums und einer Vernetzung der verschiedenen Öffentlichkeiten deutlich. Eine öffentliche Kommunikation über die Ländergrenzen hinweg erscheint als erforderlich für die Herausbildung und das anschließende Bestehen einer europäischen Identität.

¹²⁰ Vgl. Lichtenstein; Eilders 2015, S. 281.

¹²¹ Bach 2015, S. 162.

7. DIE ROLLE DER MEDIEN

7.1 Medien als Träger von Öffentlichkeit

Die Massenmedien stellen in einer Öffentlichkeit – ganz gleich ob national oder transnational – in erster Linie ein Forum der Kommunikation dar. Neben ihnen gibt es weitere Foren, wie Bürgerversammlungen, Demonstrationen oder Diskussionen auf den Seiten sozialer Netzwerke. Obwohl gerade das Internet eine wachsende Bedeutung erlangt, wird den Massenmedien weiterhin eine tragende Rolle bescheinigt, da „nur hier eine Mehrheit der Bürger als Publikum Zugang hat und auch tatsächlich das Geschehen in der Arena aufmerksam verfolgt.“¹²² Die Medien führen die Diskussionen aus anderen Foren fort und verknüpfen sie. Sie greifen Meinungen und Argumente aus öffentlichen und nicht-öffentlichen Debatten auf, reichen diese an ein großes Publikum weiter und wirken so als Vermittler zwischen Teilnehmern der unterschiedlichen Diskussionen. Dabei findet aufgrund der beschränkten Aufmerksamkeitsspanne der Rezipienten zwangsläufig eine Selektion der Themen statt, sodass die Medien zu einem großen Teil bestimmen, *was* und *wie* etwas das Massenpublikum erreicht.¹²³ Bernhard Peters' Bezeichnung von massenmedialer Kommunikation als „weitreichendste und einflussreichste Form öffentlicher Deliberation“¹²⁴ bleibt daher trotz steigender Online-Konkurrenz zutreffend.

Die Journalisten der Massenmedien fungieren in einer Öffentlichkeit als professionelle Kommunikatoren. Sie konstruieren und moderieren öffentliche Debatten, sind gleichzeitig aber auch selbst Sprecher, indem sie eigene Beiträge produzieren und darin beispielsweise als Augenzeugen berichten oder Stellung beziehen. Peters betont in diesem Zusammenhang besonders die Rolle der sogenannten Qualitätspresse. Die führenden Qualitätszeitungen und Wochenblätter seien einerseits deshalb wichtig, weil sie, etwa in Form von Kommentaren oder Analysen, relativ große Mengen deliberativen Inhalts produzieren und transportieren. Zudem besitzen sie starken Einfluss auf andere Medien sowie auf die Orientierung politischer und gesellschaftlicher Eliten.¹²⁵ Diese Einschätzung wird zur Begründung des Textsamples in Kapitel 9 noch einmal aufgegriffen.

Insbesondere beim Blick auf eine transnationale Öffentlichkeit fällt den Medien eine zentrale Rolle zu. Massenmediale Kommunikation ist per se translokal; sie vermittelt zwischen Sprechern und Publikum, sodass diese nicht gleichzeitig am selben Ort sein müssen. Mediale Kommunikation überschreitet immer zeitliche wie räumliche Grenzen und ermöglicht „deterritorialisierte Kommunikationsräume“.¹²⁶

¹²² Wessler; Brüggemann 2012, S. 58.

¹²³ Vgl. Van de Steeg 2003, S. 179.

¹²⁴ Peters 2007, S. 129.

¹²⁵ Ebd., S. 130.

¹²⁶ Wessler; Brüggemann 2012, S. 56.

7.2 Agenda-Setting und Framing

Bisher wurde dargelegt, warum Massenmedien für das Bestehen einer Öffentlichkeit von Bedeutung sind. Nun soll genauer erläutert werden, inwieweit die Art und Weise der Berichterstattung dabei Einfluss auf die öffentlichen Debatten und die Meinungsbildung nehmen kann. Dazu sollen in Grundzügen zwei Ansätze betrachtet werden: Agenda-Setting und Framing.

Agenda-Setting bezeichnet das Platzieren von Themenschwerpunkten auf einer öffentlichen „Tagesordnung“¹²⁷. Wie bereits angedeutet, selektieren und strukturieren Massenmedien Informationen und geben ein bestimmtes Spektrum an Meinungen zu ihnen vor.¹²⁸ Sie können Einfluss auf das als relevant erachtete Themenspektrum nehmen, in dem sie bestimmte Themen in den Vordergrund rücken und andere an Stellen platzieren, an denen eine Wahrnehmung unwahrscheinlicher ist.¹²⁹ Da die verschiedenen Massenmedien um die begrenzte Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit konkurrieren, erscheinen eben solche Themen bevorzugt auf der Medienagenda, die die Aufmerksamkeit am ehesten binden können. Hierbei spielen die sogenannten Nachrichtenwerte eine Rolle. Nachrichten mit Neuigkeits- oder Überraschungswert, mit Dramatik, Konflikten und Nähe zum Publikum sind im Vorteil.¹³⁰

Frames gelten als Interpretationsmuster oder Erwartungsrahmen, die sich in der öffentlichen Kommunikation niederschlagen. Dabei werden von Medien oder anderweitigen Sprechern ausgewählte Aspekte eines Sachverhalts betont, während andere ausgeblendet werden.¹³¹ Ein Thema wird dadurch mit bestimmten Vorstellungen, Eigenschaften oder Werten verbunden. So können Identitätsframes genutzt werden, „um normative Projekte mit einem kollektiven *Wir* zu verbinden und zur Teilhabe an einer Gruppe zu motivieren.“¹³² Damit Frames in öffentlichen Debatten erfolgreich sein können, müssen sie an die kulturellen Grundansichten des Publikums anknüpfen.¹³³

Weder durch Agenda-Setting noch durch Framing bestimmen die Medien eine Meinung vor, die von den Rezipienten eins zu eins übernommen wird. Mit der Platzierung oder Nicht-Platzierung von Themen und durch die verwendeten Frames kann allerdings nahe gelegt werden, wie ein Thema wahrgenommen, gedeutet und wie wichtig es eingeschätzt wird. Wendet man dies auf Beiträge zur EU-Politik bzw. zu Ereignissen in anderen EU-Mitgliedsländern an, wird erkennbar, dass die Medien mithilfe von Agenda-Setting und Framing Einfluss auf die Entwicklung einer europäischen Öffentlichkeit und Identität nehmen können: Beiträge zur EU können in den Vordergrund gerückt werden oder im Hintergrund bleiben und mithilfe bestimmter Frames beispielsweise als wichtig oder eher unwichtig wahrgenommen werden.

¹²⁷ Vgl. Peters 2007, S. 85.

¹²⁸ Vgl. Jäckel 2005, S. 159.

¹²⁹ Vgl. ebd., S. 180.

¹³⁰ Vgl. Peters 2007, S. 86.

¹³¹ Vgl. Scheufele 2014, S. 30f.

¹³² Lichtenstein; Eilders 2015, S. 281.

¹³³ Vgl. ebd.

8. DIE SCHULDENKRISE IN GRIECHENLAND – EINE CHRONOLOGIE

Da in der Inhaltsanalyse die Berichterstattung über die griechische Schuldenkrise untersucht werden soll, erscheint es sinnvoll, zuvor eine knappe Zusammenfassung des chronologischen Ablaufs der Euro-Krise und der spezifischen Situation in Griechenland zu geben. So wird ein grundlegendes Verständnis der politischen Hintergründe vermittelt. Gleichzeitig ist die Chronologie von Bedeutung, um die Themenwahl und insbesondere die Begrenzung des Untersuchungszeitraums zu begründen.

Griechenland ist 1981 der Europäischen Gemeinschaft, dem Vorläufer der Europäischen Union, beigetreten und wird 2001 Mitglied der Eurozone. Das Land erfüllt allerdings, ebenso wie weitere Staaten, schon beim Eintritt in den Euro ein wesentliches Kriterium für die gemeinsame Währung nicht: Die Staatsverschuldung liegt bereits damals über dem Richtwert von 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Diese Tatsache gilt als erste Ursache der späteren griechischen Schuldenkrise.¹³⁴

2008 bekommt die Eurozone die Folgen der Finanzkrise in den USA zu spüren. Eine schwere Rezession beginnt. Die öffentlichen Haushalte werden zusätzlich belastet, Steuereinnahmen brechen ein und die Arbeitslosigkeit steigt. Aufgrund der bereits schwierigen Ausgangslage wird Griechenland besonders schwer getroffen.¹³⁵ Die Krise verschärft sich immer weiter, sodass das Land im April 2010 erstmals Finanzhilfen beantragen muss. Die griechische Regierung einigt sich mit der Eurogruppe, der Europäischen Zentralbank (EZB) sowie dem Internationalen Währungsfonds (IWF) auf ein Hilfsprogramm in Höhe von 110 Milliarden Euro. Bald wird klar, dass die Mittel nicht reichen, um die schwache Wirtschaft, die Arbeitslosigkeit und den verschuldeten Haushalt in den Griff zu bekommen. Im Februar 2012 wird daher ein zweites Hilfspaket beschlossen, welches 130 Milliarden sowie einen massiven Schuldenschnitt für private Gläubiger umfasst.¹³⁶

Die Lage und die Stimmung in Griechenland verschlechtern sich dennoch weiter. Ende 2014 ruft die damalige griechische Regierung Neuwahlen aus, aus denen im Januar 2015 die linksradikale Partei Syriza mit Alexis Tsipras an der Spitze als Sieger hervorgeht. Dieser erklärt, sich „dem ‚Diktat‘ der Geldgeber nicht länger zu ‚unterwerfen‘“.¹³⁷ Bereits kurz nach der Wahl verwirklicht Tsipras als neuer Ministerpräsident einige Wahlversprechen, wie die Erhöhung der Renten oder die Wiedereinstellung von Beamten und verstößt so gegen die Vereinbarungen mit der EZB, dem IWF und der Europäischen

¹³⁴ Vgl. Trauthig: Was passiert eigentlich gerade mit Griechenland? http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/euro-krise/griechenland/griechenlands-schuldenkrise-und-der-grexit-ein-ueberblick-13676977.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2 [08.01.2016].

¹³⁵ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2015 S. 42.

¹³⁶ Vgl. Landeszentrale für Politische Bildung Baden-Württemberg: Finanzkrise in Griechenland https://www.lpb-bw.de/finanzkrise_griechenland.html#c23891 [08.01.2015].

¹³⁷ Landeszentrale für Politische Bildung Baden-Württemberg: Finanzkrise in Griechenland https://www.lpb-bw.de/finanzkrise_griechenland.html#c23891 [08.01.2015].

Kommission. In den folgenden Monaten spitzt sich die Situation zwischen der griechischen Regierung und den Geldgebern weiter zu. Die Laufzeit des zweiten Hilfspakets ist nur bis zum 30. Juni 2015 angesetzt und mehrere Verhandlungen über ein neues Programm bleiben erfolglos. Wenige Tage vor Ablauf des Hilfspakets kündigt Tsipras ein Referendum an, bei dem die griechische Bevölkerung über die Sparauflagen der Geldgeber entscheiden soll. Daraufhin beschließen die Euro-Finanzminister, Griechenlands Hilfspaket nicht zu verlängern. Das Programm läuft am 30. Juni aus; Griechenland gilt als zahlungsunfähig. Die Volksabstimmung wird vom Parlament in Athen für den 5. Juli festgelegt.¹³⁸

Tsipras fordert die Griechen auf, gegen die Sparpolitik zu stimmen und tatsächlich voten beim Referendum 61,31 Prozent mit „Nein“. Nur wenige Tage später beantragt die griechische Regierung ein drittes Hilfsprogramm und liefert Reformpläne, die in der Mehrheit mit den – eigentlich abgelehnten – Forderungen der Geldgeber übereinstimmen. Am 13. Juli einigen sich die Staats- und Regierungschefs der Euroländer schließlich auf ein neues Hilfsprogramm für Griechenland in Höhe von 80 Milliarden Euro.¹³⁹ Die Krise ist damit nicht zu Ende, allerdings ist ihr weiterer Verlauf für diese Arbeit unbedeutend und wird daher nicht genauer betrachtet.

¹³⁸ Vgl. Landeszentrale für Politische Bildung Baden-Württemberg: Finanzkrise in Griechenland https://www.lpb-bw.de/finanzkrise_griechenland.html#c23891 [08.01.2015].

¹³⁹ Vgl. ebd.

**II. EMPIRISCHES VORGEHEN –
EINE MEDIENINHALTSANALYSE DER
BERICHTERSTATTUNG ZUR SCHULDENKRISE**

9. METHODIK

In den vorangegangenen Kapiteln wurden die theoretischen Grundlagen zu den Begriffen Öffentlichkeit und Identität herausgearbeitet. Es wurden ihre Bedeutungen und Charakteristika im Allgemeinen und im Besonderen auf Ebene der Europäischen Union dargestellt. Damit ist die notwendige Basis gelegt, um zum empirischen Teil zu kommen. Mithilfe einer Medieninhaltsanalyse soll die zu Beginn der Arbeit genannte übergeordnete Forschungsfrage beantwortet werden. Im Folgenden sollen dazu die detaillierten Ziele der Untersuchung, die Methode und die Textauswahl erläutert und begründet werden.

9.1 Zielsetzung

Es hat bereits zahlreiche Studien gegeben, die sich mit der Entwicklung einer europäischen Öffentlichkeit befasst haben. Während einige Wissenschaftler, unter anderem Marianne van de Steeg und Juan Diéz Medrano dabei – wenigstens in Ansätzen – das Entstehen einer europäischen Öffentlichkeit festgestellt haben¹⁴⁰, waren Brüggemann et al. nach ihren Ergebnissen skeptischer.¹⁴¹ Ziel dieser Analyse ist es, zu untersuchen, ob während der griechischen Schuldenkrise eine europäische Öffentlichkeit zu erkennen ist und inwieweit die mediale Berichterstattung zu ihrer Entstehung beiträgt. Da kein längerer Zeitraum für die Analyse gewählt wurde, geht es nicht darum, eine Entwicklung bzw. einen Prozess zu messen, sondern darum, das Europäisierungsniveau in einer konkreten Situation und für eben diesen Zeitpunkt festzustellen.

Mithilfe der Analyse soll überprüft werden, inwieweit nicht trotz, sondern gerade wegen der Schuldenkrise eine europäische Öffentlichkeit gefördert wird. Dies könnte zum Beispiel durch eine Verstärkung und eventuelle transnationale Angleichung der medialen Berichterstattung über die EU geschehen. Gleichzeitig sollen mögliche Unterschiede zwischen den nationalen Medien festgestellt werden. Es ist vorstellbar, dass sich in einem Land stärkere Europäisierungstendenzen, etwa eine höhere Identifikation mit der EU, zeigen als in dem anderen. Es soll ebenfalls untersucht werden, inwiefern Zeichen einer segmentierten Europäisierung zu erkennen sind, die sich eben nicht in allen Ländern gleich stark vollzieht.

9.2 Teilfragen und Hypothesen

Die übergeordnete Forschungsfrage, welche mittels einer Medieninhaltsanalyse beantwortet werden soll, lautet:

Inwieweit trägt die Berichterstattung des *Spiegels* und des *Economists* über die Schuldenkrise in Griechenland zur Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit bei?

¹⁴⁰ Vgl. Trenz 2003, S. 165.

¹⁴¹ Vgl. Brüggemann et al. 2007, S. 321.

Eine Begründung, warum diese beiden Nachrichtenmagazine ausgewählt wurden, folgt in Kapitel 9.4.

Zur Beantwortung der Forschungsfrage erfordert es Kriterien, nach denen entscheidende Eigenschaften von Artikeln beider Wochenzeitungen, die während der Schuldenkrise erschienen sind und in denen über das Thema berichtet wird, untersucht werden. Zudem müssen mehrere Teilfragen (T) gebildet werden, deren Beantwortung dann im Zusammenspiel eine Beantwortung der übergeordneten Frage ermöglicht. Zu jeder Teilfrage wird außerdem eine prüfbare Hypothese (H) formuliert.

(T1) Werden EU-Akteure und -Institutionen durch den *Spiegel* und *The Economist* beobachtet?

Diese Frage zielt auf die erste Dimension von Europäisierung nationaler Medien ab, die vertikale Europäisierung. Sie soll klären, inwieweit transnationale Regierungs- und Verwaltungsprozesse in der Berichterstattung auftauchen und dadurch transparent gemacht werden.¹⁴² Die Hypothese hierzu lautet:

(H1) EU-Akteure und -Institutionen werden aufgrund der Krisensituation häufig in den Artikeln erwähnt. Dabei ist zu erwarten, dass neben führenden Akteuren aus Brüssel besonders nationale Politiker mit Entscheidungsmacht in der EU in den Fokus der Aufmerksamkeit rücken, wie Angela Merkel als Mitglied des Europäischen Rats oder Wolfgang Schäuble als einer der Euro-Finanzminister.

(T2) Werden andere Mitgliedstaaten beobachtet und inwieweit ergibt sich ein diskursiver Austausch mit diesen Ländern?

Teilfrage 2 bezieht sich auf die Ebene der horizontalen Europäisierung bzw. die diskursive Integration innerhalb der EU. Zur Beantwortung dieser Frage wird untersucht, ob Akteure aus anderen Mitgliedsstaaten in den Wochenzeitungen auftauchen und inwieweit auf diese Akteure, ihre Sichtweisen und Argumente Bezug genommen wird.¹⁴³ Die Hypothese ist:

(H2) In den beiden Magazinen werden Akteure aus anderen EU-Ländern erwähnt und zitiert. Es ist jedoch anzunehmen, dass vor allem Politiker aus Griechenland – als Krisenland – sowie den zentralen EU-Mitgliedstaaten eine größere Rolle spielen.

(T3) Inwieweit entwickelt sich ein Zugehörigkeitsgefühl zu einer gemeinsamen Öffentlichkeit durch eine implizite und explizite Identifikation als Europäer?

Mit dieser Teilfrage soll auf die Dimension einer kollektiven europäischen Identität eingegangen werden. Zu klären ist, ob in den Artikeln deutlich wird, dass sich die Akteure als Teilnehmer einer europäischen Debatte ansehen, die sie gemeinsam betrifft, oder sich weiterhin vorwiegend über ihre Nationalität identifizieren.¹⁴⁴ Es ergibt sich die Hypothese:

(H3) Es wird davon ausgegangen, dass insbesondere in Artikeln des *Economists* die nationalen Identifikationen überwiegen, aufgrund der EU-skeptischen Haltung der britischen Regierung, der

¹⁴² Vgl. Wessler; Brüggemann 2012, S. 68.

¹⁴³ Vgl. ebd.

¹⁴⁴ Vgl. Brüggemann et. al 2007, S. 303.

Sonderstellung Großbritanniens in der Union und den Diskussionen über einen möglichen Brexit. Im *Spiegel* ist mit mehr europäischen Identifikationsbezügen zu rechnen, allerdings sind auch hier Identifikationen als „Deutsche“ zu erwarten, wenn es etwa um die Darstellung explizit deutscher Interessen als wirtschaftsstärkstes EU-Land oder als größten Gläubiger Griechenlands in der Euro-Zone geht.

Die abschließende Dimension der Diskurskonvergenz soll in zwei Teilfragen gegliedert werden.

(T4) Wird im *Spiegel* und *Economist* gleichzeitig und in etwa demselben Umfang über die griechische Schuldenkrise berichtet?

Hierbei geht es zunächst um das Kriterium, dass gleiche Themen zur gleichen Zeit mit ähnlich großer Aufmerksamkeit in verschiedenen EU-Mitgliedsländern behandelt werden müssen, damit von einer europäischen Öffentlichkeit gesprochen werden kann.¹⁴⁵ Die zugehörige Hypothese lautet:

(H4) In dieser Arbeit wird davon ausgegangen, dass die griechische Schuldenkrise gleichzeitig in beiden Wochenzeitungen behandelt wird. Der Umfang ist tendenziell im *Spiegel* höher als im *Economist*, da Deutschland als Mitglied der Euro-Zone noch stärker in die Krise involviert ist.

(T5) Werden im *Spiegel* und *Economist* konvergente Frames verwendet?

Mit dieser Frage soll der zweite Aspekt einer Diskurskonvergenz untersucht werden. In einer europäischen Öffentlichkeit ist es erforderlich, dass die Berichterstattung in verschiedenen EU-Mitgliedsländern zwar nicht dieselbe Meinung ausdrückt, sich aber in ihren Interpretationen und aufgegriffenen Argumenten ähnelt.¹⁴⁶ Die Hypothese lautet:

(H5) Es ist anzunehmen, dass sich die britische und die deutsche Berichterstattung in grundlegenden Frames ähneln, wie etwa bei der Einschätzung der Bedeutung der Schuldenkrise für Europa. Zusätzlich finden sich vermutlich auch länderspezifische Argumente, die den unterschiedlichen Einstellungen von Deutschland und Großbritannien gegenüber der EU bzw. ihren Interessen in der Union entsprechen.

9.5 Methode

Die genannten Hypothesen und Teilfragen sollen mithilfe einer Medieninhaltsanalyse geprüft bzw. beantwortet werden. Im Folgenden werden zunächst die Untersuchungsmethoden beschrieben, bevor die Vorstellung der verwendeten Kategorien und Indikatoren folgt.

¹⁴⁵ Vgl. Wessler; Brüggemann 2012, S. 92.

¹⁴⁶ Vgl. Risse 2004, S. 141.

9.5.1 Quantitative und qualitative Medieninhaltsanalyse

Eine oft zitierte Definition einer Inhaltsanalyse stammt von Werner Früh:

„Die Inhaltsanalyse ist eine empirische Methode zur systematischen, intersubjektiv nachvollziehbaren Beschreibung inhaltlicher und formaler Merkmale von Mitteilungen, meist mit dem Ziel einer darauf gestützten interpretativen Inferenz auf mitteilungsexterne Sachverhalte.“¹⁴⁷

In dem Zitat werden drei Kernelemente einer Inhaltsanalyse deutlich. Sie ist erstens empirisch, was bedeutet, dass die zu untersuchenden Merkmale wahrnehmbar bzw. feststellbar sein müssen. Sie ist zweitens systematisch, was erfordert, dass das Vorgehen klarstrukturiert und für das gesamte Untersuchungsmaterial anwendbar sein muss. Drittens ist eine Inhaltsanalyse intersubjektiv nachvollziehbar, was bedeutet, dass ihre Vorgehensweise und Ergebnisse verständlich, reproduzierbar und kritisierbar sein müssen. Untersuchungen, die von verschiedenen Personen durchgeführt wurden, können so miteinander verglichen werden. Ziel einer Inhaltsanalyse ist es, die formale oder inhaltliche Struktur von massenmedialen Inhalten zu ermitteln.¹⁴⁸

Im Rahmen einer solchen Analyse werden Texte in bestimmte Bestandteile zerlegt. Diese werden anschließend Kategorien zugeordnet, die im Vorfeld festgelegt wurden. Textmerkmale sollen so ausgewertet und in einem übergeordneten Zusammenhang interpretiert werden.¹⁴⁹ Dabei ist es nötig, die Untersuchung auf eine bestimmte Auswahl von Merkmalen zu begrenzen. Die Inhaltsanalyse konzentriert sich auf jene Aspekte, die für die Beantwortung der Fragestellung hilfreich erscheinen und reduziert so die Komplexität des Untersuchungsmaterials anhand nachvollziehbarer, relevanter Kriterien. Der Gewinn dieser Vorgehensweise liegt darin, dass es durch sie möglich wird, auch große Mengen an Texten zu analysieren.¹⁵⁰ Nach Patrick Rössler gibt es drei Formen von Inhaltanalysen, wobei für diese Arbeit die komparative angewandt wird. Bei dieser Form wird Material aus unterschiedlichen Medien in die Untersuchung einbezogen und miteinander verglichen.¹⁵¹ In dieser Arbeit ermöglicht die Wahl der komparativen Inhaltsanalyse Aussagen über die gemeinsamen und unterschiedlichen Merkmale der Berichterstattung zur griechischen Schuldenkrise in mehreren EU-Ländern.

Zu unterscheiden sind zudem die quantitative und die qualitative Inhaltsanalyse. Bei einer quantitativen Inhaltsanalyse werden bestimmte Textmerkmale ausgezählt, sodass deren Häufigkeit ermittelt werden kann. Da hier meist größere Textmengen verwendet werden, sorgt diese Form der Analyse für Repräsentativität, wird aber zugleich als oberflächlich kritisiert. Tiefgründiger ist dagegen die qualitative Methode, bei der Textmerkmale gedeutet werden. Der Schwerpunkt liegt in der Untersuchung einzelner

¹⁴⁷ Früh 2006, S. 27.

¹⁴⁸ Vgl. Maurer; Reinemann 2006, S. 35f.

¹⁴⁹ Vgl. Brinkmann 2015, S. 98.

¹⁵⁰ Vgl. Maurer; Reinemann 2006, S. 36.

¹⁵¹ Vgl. Brinkmann 2015, S. 98.

Aussagen, sodass die qualitative Analyse eine größere inhaltliche Tiefe, aber auch subjektivere Ergebnisse liefert als die quantitative Methode. Bei einer qualitativen Analyse werden meist kleinere Textmengen untersucht.¹⁵² Mit der Verknüpfung beider Methoden in dieser Arbeit sollen ihre Vorteile kombiniert und die Nachteile minimiert werden.

9.5.2 Kategorien und Indikatoren

Das Kategoriensystem gilt als Kern einer Inhaltsanalyse. Kategorien „repräsentieren diejenigen inhaltlichen Dimensionen, die in einer Analyseeinheit tatsächlich untersucht werden.“¹⁵³ Sie operationalisieren einen Sachverhalt, in diesem Fall die Europäisierung nationaler Medieninhalte, und geben an, wie dieser empirisch gemessen werden soll. Mit Kategorien werden die Merkmale eines Textes bestimmt, die der Forscher während der Inhaltsanalyse betrachten will.¹⁵⁴

In dieser Arbeit entsprechen die Hauptkategorien den bereits mehrfach genannten vier Dimensionen der Europäisierung von nationalen Medien. Die genaue Bedeutung einer Kategorie wird durch Indikatoren bestimmt. Diese geben an, welche Merkmale in welche Daten überführt werden sollen.¹⁵⁵ Die hier verwendeten Indikatoren wurden aus bereits vorhandenen Studien übernommen, in denen ebenfalls das Entstehen einer europäischen Öffentlichkeit untersucht wurde. Sie lassen sich beispielsweise in einer Analyse von Marianne Van de Steeg¹⁵⁶ finden und wurden in ähnlicher Form auch von Brüggemann et al.¹⁵⁷ entwickelt und von einem Projekt des Sonderforschungsbereichs (SFB) der Universität in Bremen angewandt.¹⁵⁸

Die Dimension bzw. Kategorie „Beobachtung transnationalen Regierens“ (im Zusammenhang mit T1 und H1) ist durch die Indikatoren „Erwähnungen von EU-Institutionen und –Akteuren“ und „EU-Sprecher“ messbar. Codiert werden sämtliche Sprecher und Erwähnungen von politischer Institutionen, unterteilt in EU, EU-Mitgliedsland, national und anderweitig international. Die Analyse erfolgt quantitativ, wobei jeder Sprecher bzw. jede Erwähnung eines politischen Akteurs oder einer Institutionen pro Artikel nur einmal codiert wird.

Die Kategorie „Diskursive Integration“ (T2 und H2) wird durch die Indikatoren „Sprecher aus EU-Ländern“, „Gastbeiträge von Akteuren aus EU-Ländern“ und „Interviews mit Akteuren aus EU-Län-

¹⁵² Vgl. Brinkmann 2015, S. 98f.

¹⁵³ Maurer; Reinemann 2006, S. 44.

¹⁵⁴ Vgl. ebd., S. 44f.

¹⁵⁵ Vgl. Früh 2006, S. 156.

¹⁵⁶ Vgl. Van de Steeg 2003, S. 183.

¹⁵⁷ Vgl. Brüggemann et al. 2007, S. 304.

¹⁵⁸ Vgl. Wessler; Brüggemann 2012, S. 90.

dern“ ebenfalls quantitativ gemessen. Codiert werden hier, ähnlich wie in der vorhergehenden Kategorie, alle Sprecher, Interviews und Gastbeiträge, unterteilt in national, EU, EU-Mitgliedsland und anderweitig international. Es wird ebenfalls jeder Sprecher pro Artikel nur einmal codiert.

Die Kategorie „Kollektive Identität“ (T3 und H3) wird mithilfe der Indikatoren „Verwendung von ‚wir Europäer‘“ (explizite Identifikation) oder „Erwähnung von ‚die Europäer‘“ (implizite Identifikation) untersucht. Für diese Kategorie werden alle Erwähnungen von kollektiven nationalen und transnationalen Identitäten codiert; auch hier wird quantitativ vorgegangen.

Die Kategorie „Diskurskonvergenz“ lässt sich, entsprechend der beiden dazugehörigen Teilfragen, in zwei Unterkategorien unterteilen. Die erste Unterkategorie bezeichnet diese Arbeit als „zeitgleiche Berichterstattung in ähnlichem Umfang“ (T4 und H4). Indikatoren sind die Anzahl der Artikel, die während des Untersuchungszeitraums veröffentlicht wurden und sich mit der Krise befassen sowie die verwendeten Darstellungsformen. Codiert werden alle Artikel, die während des Untersuchungszeitraums in den zu analysierenden Medien erschienen sind. Auch hier erfolgt die Analyse quantitativ.

Die zweite Unterkategorie ist das „konvergente Bedeutungssystem“ (T5 und H5). Die dazugehörigen Indikatoren sind konvergente Frames zur griechischen Schuldenkrise, der EU und der EU-Politik sowie konvergente Argumente zu einem möglichen Austritt Griechenlands aus dem Euro (Grexit). Diese Kategorie wird qualitativ untersucht. Es sollen lediglich diskursive Beiträge einbezogen werden, wie Leitartikel, Kolumnen oder Kommentare, da in erster Linie dort Argumente und Interpretationen zu finden sein werden. Codiert werden alle Frames und Argumente zu den genannten Themen, die mindestens zweimal auftauchen.

9.4 Textsample und Untersuchungszeitraum

Für die Analyse wurden in dieser Arbeit Artikel aus dem *Spiegel* und *The Economist* ausgewählt, da diese als Nachrichtenmagazine überregional erscheinen und zur Qualitätspresse ihres Landes gezählt werden können. Bernhard Peters nimmt an, dass sich eine Europäisierung der öffentlichen Diskurse am ehesten in der Qualitätspresse und nicht in der regionalen oder Boulevardpresse entwickeln könnte. Er führt weiter aus, falls in den „Elitezeitungen“ kein signifikanter Europäisierungsgrad [...] [nachzuweisen sein sollte], wäre dieser in anderen Medien noch weniger zu erwarten.“ Dieser Einschätzung schließt sich diese Arbeit an.

Auch die Wahl von einer deutschen und einer britischen Wochenzeitung als Exempel für die Analyse ist bewusst getroffen. Großbritannien wird häufig mit EU-Skepsis verbunden, während Deutschland zu den Kern- und Gründungsländern der Europäischen Union bzw. ihres Vorläufers zählt. Es erscheint interessant zu prüfen, ob sich die vorgeworfene EU-Skepsis auch in der britischen Berichterstattung wiederfinden lässt oder ob diese dagegen wirkt. Für den *Spiegel* kann untersucht werden, inwieweit sich

das stärkere Engagement Deutschlands in der EU sowie die zusätzliche Mitgliedschaft in der Währungsunion auf die Artikel auswirkt.

Die drei Ausgaben, die für die Analyse gewählt wurden, sind vom 27. Juni bis zum 11. Juli 2015 erschienen und fallen damit in den Zeitraum, als die Krise sich im Zuge des angekündigten Referendums immer weiter verschärfte. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung bezeichnete die Geschehnisse Ende Juni 2015 als „Eskalation“.¹⁵⁹ Es scheint deshalb besonders interessant zu untersuchen, welche Auswirkungen die Situation auf die Berichterstattung über die EU bzw. Griechenland als EU-Mitgliedsland hat. Dabei geht es nicht nur darum, inwieweit die Krise die Anzahl der erschienenen Artikel beeinflusst, sondern auch darum, ob sie eine Konvergenz von inhaltlichen Interpretationen fördert oder hemmt.

So schreibt Maurizio Bach, dass während der Eurokrise sich zwar einerseits bereits bestehende Konflikte und Spaltungslinien verstärken, andererseits aber auch grenzüberschreitende Diskurse zunehmen und sich damit das Entstehen einer europäischen Öffentlichkeit abzeichne.¹⁶⁰ Soziale Ungleichheit werde nicht mehr nur innerhalb eines Landes diskutiert, sondern es gebe verstärkt auch transnationale Vergleiche von Sozialstrukturen oder Vermögenslagen.¹⁶¹ Eine „Verschiebung der gesellschaftlichen Solidaritätshorizonte auf die europäische Ebene“¹⁶² ist laut Bach allerdings nicht spürbar. Inwieweit sich diese Erkenntnisse bestätigen, wird sich in der Untersuchung zeigen. Unabhängig davon verdeutlicht seine Feststellung, warum die griechische Schuldenkrise, insbesondere zu dem gewählten Zeitpunkt, als sehr geeignet für eine Medieninhaltsanalyse und die Überprüfung des Europäisierungsniveaus in den nationalen Medien erscheint.

¹⁵⁹ Trauthig: Was passiert eigentlich gerade mit Griechenland? http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/eurokrise/griechenland/griechenlands-schuldenkrise-und-der-grexit-ein-ueberblick-13676977.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2 [08.01.2016].

¹⁶⁰ Vgl. Bach 2015, S. 179.

¹⁶¹ Vgl. Bach 2015, S. 180.

¹⁶² Bach 2015, S. 183.

10. AUSWERTUNG

Dieses Kapitel stellt die Ergebnisse der Medieninhaltsanalyse von den drei Ausgaben des *Spiegels* und *Economists* vor. Mit Ausnahme der Kategorie „Diskurskonvergenz“ werden die empirischen Daten aus den Untersuchungen der beiden Wochenzeitungen zunächst getrennt betrachtet, um eine Aussage für das jeweilige Land treffen zu können. Im Anschluss sollen eine Gegenüberstellung sowie eine Zusammenfassung der Daten zeigen, ob sich eine Angleichung der nationalen Berichterstattungen abzeichnet. Ein Vergleich mit älteren, aber umfangreicheren Studien sorgt zusätzlich dafür, eventuelle Veränderungen des Europäisierungsniveaus innerhalb der vergangenen Jahre festzustellen.

10.1 Beobachten transnationalen Regierens

In dieser Kategorie wurden, wie im vorherigen Kapitel erklärt, die Anzahl der EU-Sprecher und die Erwähnung von EU-Akteuren bzw. Institutionen im Vergleich zu Sprechern und Erwähnungen von Akteuren bzw. Institutionen aus dem eigenen Land, aus anderen EU-Ländern und aus Staaten außerhalb der EU gemessen. In den Artikeln zur Schuldenkrise, die im *Spiegel* während des Untersuchungszeitraums erschienen sind, wurden insgesamt 132 Sprecher codiert, wovon zehn Vertreter der EU und ihrer Institutionen waren. Der Anteil lag damit bei 7,6 Prozent, deutlich unter denen von nationalen Sprechern (32,6 Prozent) und Sprechern aus anderen EU-Ländern (49,2 Prozent) und knapp unter dem Anteil von internationalen Sprechern (10,6 Prozent).¹⁶³ Von den EU-Akteuren war Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker der meist zitierte; er tauchte in drei Artikeln als Sprecher auf. Alle weiteren EU-Sprecher wurden nur in jeweils einem Artikel zitiert.¹⁶⁴

In den *Spiegel*-Artikeln wurden außerdem insgesamt 290 Erwähnungen von politischen Akteuren und Institutionen codiert. Hiervon stammten 52 aus der EU, was einem Anteil von 17,9 Prozent entsprach. Damit war der Unterschied zur Anzahl der Erwähnungen von nationalen Akteuren und Institutionen nur gering, deren Anteil sich auf 18,3 Prozent belief. Auf anderweitig internationale Akteure wurde seltener Bezug genommen. Sie machten einen Anteil von 10 Prozent unter allen Erwähnungen aus. Lediglich Akteure und Institutionen aus anderen EU-Ländern tauchten mit einem Anteil von 53,8 Prozent deutlich häufiger in den Artikeln auf.¹⁶⁵ Die am meisten erwähnten EU-Organen und -Akteuren waren die Europäische Zentralbank (in 10 Artikeln), die Europäische Kommission und Jean-Claude Juncker (jeweils in 7 Artikeln).¹⁶⁶ Betrachtet man den Anteil an Artikeln, in denen mindestens ein Akteur oder eine Institution der EU erwähnt wurde, erhält man mit 73,9 Prozent einen Wert, der sogar knapp über dem der nationalen Erwähnungen liegt (69,6 Prozent). Den höchsten Anteil erzielten auch hier Akteure und Institutionen

¹⁶³ Vgl. Tabelle 1.3 im Anhang.

¹⁶⁴ Vgl. Tabelle 1.1 im Anhang.

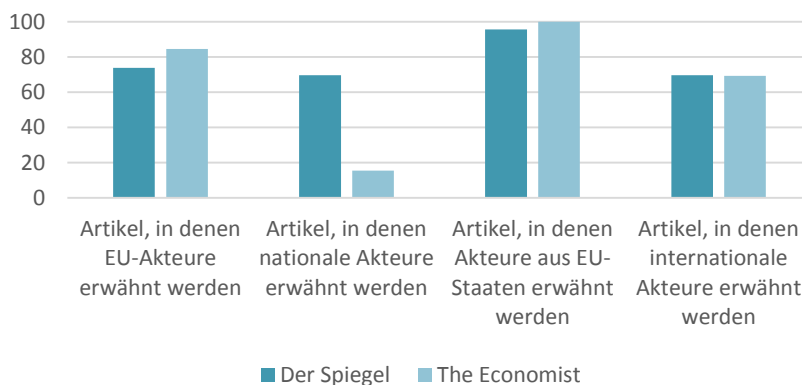
¹⁶⁵ Vgl. Tabelle 1.3 im Anhang.

¹⁶⁶ Vgl. Tabelle 1.1 im Anhang.

aus EU-Mitgliedsstaaten, die in beinahe 96 Prozent aller Artikel zur Schuldenkrise erwähnt wurden (siehe Dar. 2).

Im britischen *Economist* wurden in den Artikeln insgesamt 44 Sprecher codiert; zwölf davon waren Akteure der Europäischen Union. Der Anteil lag bei 27,3 Prozent und damit deutlich über denen der nationalen Sprecher (4,5 Prozent) und der anderweitig internationalen Sprecher (2,3 Prozent). Die klare Mehrheit aller zitierten Akteure stammte aus anderen EU-Mitgliedsstaaten, deren Anteil fast zwei Drittel betrug (65,9 Prozent).¹⁶⁷ Häufigster Sprecher der Europäischen Union war der Präsident des Europäischen Rats, Donald Tusk, der in drei Artikeln des *Economists* zitiert wurde.¹⁶⁸

Daneben wurden insgesamt 110 Erwähnungen von politischen Institutionen oder Akteuren gemessen, von denen 27 zur EU zählten. Dies entsprach einem Anteil von knapp einem Viertel (24,6 Prozent). Wie im *Spiegel* überwogen die Nennungen von Politikern und Institutionen aus anderen EU-Mitgliedsländern, die einen Anteil von 64,5 Prozent unter allen Erwähnungen ausmachten. Nationale Akteure spielten nur eine untergeordnete Rolle (2,7 Prozent aller Erwähnungen); internationale Akteure wurden mit einem Anteil von 8,2 Prozent etwas häufiger genannt.¹⁶⁹ Von den EU-Organen und Akteuren wurde die EZB (in 9 Artikeln) am häufigsten genannt, vor der EU-Kommission (4) und Donald Tusk sowie Mario Draghi (je 3).¹⁷⁰ Der Anteil an Artikeln, in denen mindestens ein EU-Akteur oder eine EU-Institution erwähnt wurde, lag bei 84,6 Prozent und so mit Abstand vor dem Anteil an Artikeln, in denen auf nationale Politiker oder Institutionen Bezug genommen wurde (15,4 Prozent). Akteure aus den anderen EU-Mitgliedstaaten kamen in jedem Artikel zur Schuldenkrise vor.



Dar. 2: Vergleich der Erwähnungen unterschiedlicher Akteure im Spiegel und Economist in Prozent

Im Vergleich beider Zeitschriften fällt auf, dass in den Artikeln des *Economists* EU-Akteure im Verhältnis zur Gesamtzahl der Sprecher deutlich häufiger zitiert wurden, während im *Spiegel* der Anteil nationaler Sprecher höher war. Vergleicht man die Erwähnungen von Akteuren und Institutionen der Europäischen Union, ist der Unterschied weniger groß. Dennoch war auch hier die Anzahl im britischen

¹⁶⁷ Vgl. Tabelle 2.3 im Anhang.

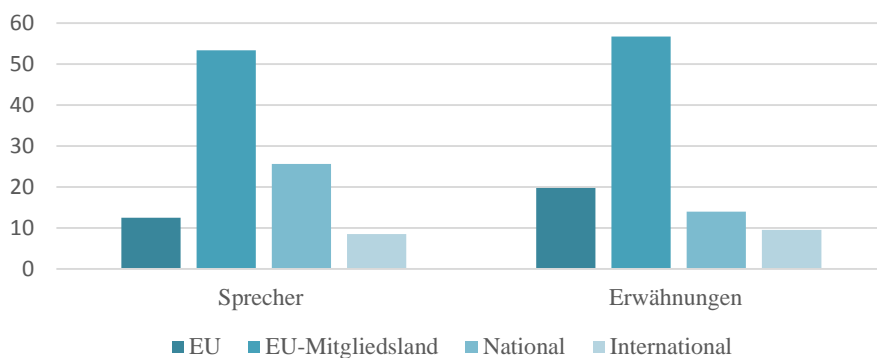
¹⁶⁸ Vgl. Tabelle 2.1 im Anhang.

¹⁶⁹ Vgl. Tabelle 2.3 im Anhang.

¹⁷⁰ Vgl. Tabelle 2.1 im Anhang.

Economist größer als im deutschen *Spiegel*. Auf eine Ähnlichkeit der Berichterstattung der zwei Wochenzeitungen deutet hin, dass die EZB und die EU-Kommission in beiden Fällen die am häufigsten genannten EU-Akteure waren.

Nimmt man beide Zeitschriften zusammen, so lag der Anteil an EU-Sprechern bei einem Achtel. Mit 25,6 Prozent wurden nationale Akteure rund doppelt so oft zitiert und Personen aus anderen EU-Mitgliedsstaaten mehr als viermal so oft (53,4 Prozent). Der Anteil von Erwähnungen der EU und ihrer Institutionen liegt mit knapp einem Fünftel etwas höher als der ihrer Sprecher. Damit wurde in den Artikeln häufiger Bezug auf die EU genommen als auf nationale oder internationale Akteure (14 bzw. 9,5 Prozent). Die Mehrheit aller erwähnten Akteure und Institutionen stammte auch hier aus anderen EU-Mitgliedsstaaten (56,8 Prozent).¹⁷¹



Dar. 3: *Specher und Erwähnungen politischer Akteure und Institutionen nach Herkunft in Prozent*

Vergleicht man die Ergebnisse dieser Studie mit anderen, muss beachtet werden, dass diese umfangreicher waren in dem Sinne, als dass mehr Zeitungen aus unterschiedlichen EU-Ländern in die Analyse eingebunden waren und sich der Untersuchungszeitraum meist über mehrere Jahre erstreckte. Zudem hat sich die Inhaltsanalyse in vielen Fällen nicht auf die Untersuchung von Artikeln zu einem bestimmten Thema, wie in diesem Fall der Schuldenkrise, beschränkt, sondern sämtliche erschienenen Beiträge einbezogen. So wurden beispielsweise in dem SFB-Projekt in Bremen diskursive Artikel von Qualitäts- wie auch Boulevardzeitungen aus sechs europäischen Ländern hinsichtlich ihrer Bezugnahmen auf EU-Institutionen analysiert. Laut dieser Studie stieg der Anteil der Erwähnungen von EU-Institutionen zwischen 1982 und 2008 von 6 auf 14 Prozent; die Erwähnung nationaler Institutionen blieb dennoch bei einem Anteil von rund 60 Prozent konstant hoch.¹⁷² Eine Analyse, in die für den Zeitraum zwischen 1982 und 2003 ausschließlich diskursive Beiträge aus fünf europäischen Qualitätszeitungen einbezogen wurden, konnte einen Anstieg von 11 auf 29 Prozent feststellen.¹⁷³

¹⁷¹ Vgl. Tabelle 3.1 im Anhang.

¹⁷² Vgl. Wessler; Brüggemann 2012, S. 90f.

¹⁷³ Vgl. Brüggemann et al. 2007, S. 308.

Der in dieser Inhaltsanalyse ermittelte Anteil liegt mit 73,9 Prozent deutlich über den Werten aus den beiden anderen Studien. Die große Differenz ist nicht ausschließlich auf ein derart gestiegenes Europäisierungsniveau der nationalen Berichterstattung zurückzuführen. Sie hängt wie beschrieben auch damit zusammen, dass in dieser Arbeit nur Artikel untersucht wurden, die in direktem Bezug zur Schuldenkrise stehen. Wie bei allen Euro-politischen Angelegenheiten liegt in diesem Konflikt die Entscheidungsmacht zu großen Teilen bei den EU-Organen. Es ist davon auszugehen, dass mit steigenden Kompetenzen der EU in einem bestimmten Bereich auch die medialen Bezugnahmen auf die EU steigen, wenn über dieses Politikfeld berichtet wird. Zu einem ähnlichen Ergebnis kam das European Public Space Observatory Projekt (EUROPUB). Dieses führte eine Inhaltsanalyse von Leitartikeln aus je zwei Qualitätszeitungen, einer Regional- und einer Boulevardzeitung aus sieben EU-Mitgliedsländern durch, die zwischen 2000 und 2002 erschienen waren. Unter anderem untersuchte das Projekt dabei, wie häufig in den Artikeln Bezug auf die Europäische Union genommen wurde. Das Ergebnis: 81,6 Prozent der Leitartikel, in denen es um finanzielle bzw. geldpolitische Fragen ging, nahmen in erster Linie Bezug auf die EU. Lediglich in 9,3 Prozent der Texte war der politische Bezugsrahmen das eigene Land. Nur Leitartikel zur europäischen Integration erzielten einen noch höheren Wert der vertikalen Europäisierung. Die Studie zeigt, dass bei der medialen Berichterstattung über finanzielle Angelegenheiten, einem Bereich mit großem EU-Einfluss, ein höherer EU-Bezug besteht als bei den meisten anderen Themenfeldern.¹⁷⁴ Auch das ist bei der Bewertung der Ergebnisse dieser Analyse zu bedenken.

10.2 Diskursive Integration

Innerhalb dieser Dimension von Europäisierung ging es darum, zu ermitteln, welche Rolle Akteure aus anderen EU-Mitgliedsstaaten in der Berichterstattung über die Schuldenkrise spielen. Dazu wurde der Anteil an Sprechern aus diesen Ländern im Verhältnis zu den zitierten nationalen und internationalen Akteuren sowie Vertretern der EU untersucht. Außerdem wurde gemessen, wie hoch der Anteil von Interviewpartnern und Autoren von Gastbeiträgen aus dem EU-Ausland ist.

Wie in Kapitel 10.1 geschrieben, wurden in den Artikeln des *Spiegels* insgesamt 132 Sprecher codiert. Von diesen waren 65 Vertreter eines anderen EU-Mitgliedslands, was einem Anteil von 49,2 Prozent entsprach, während nur 32,6 Prozent der zitierten Akteure aus Deutschland stammten. Fast jeder zweite Sprecher kam somit aus einem anderen EU-Land. Internationale Sprecher von Staaten bzw. Institutionen außerhalb der EU waren mit einem Anteil von 10,6 Prozent seltener in die mediale Debatte eingebunden.¹⁷⁵ (siehe Dar. 4) Griechenlands Premierminister Alexis Tsipras wurde in drei verschiedenen Artikeln zitiert und trat damit am häufigsten als Sprecher aus einem anderen EU-Mitgliedsstaat auf, vor den

¹⁷⁴ Vgl. Pfetsch: *The Voice of the Media in European Public Sphere: Comparative Analysis of Newspaper Editorials* <http://europub.wzb.eu/Data/reports/WP3/D3-4%20WP3%20Integrated%20Report.pdf>, S.18f [03.02.2016].

¹⁷⁵ Vgl. Tabelle 1.3 im Anhang.

griechischen Politikern Yanis Varoufakis und Nikos Filis, der griechischen Zeitung Kathimerini und Maltes Premierminister Joseph Muscat (in je zwei Artikeln).¹⁷⁶

Zur Schuldenkrise fanden sich in den drei untersuchten *Spiegel*-Ausgaben insgesamt vier Interviews, wovon zwei mit nationalen Akteuren und zwei mit Personen aus Griechenland geführt wurden. Der Anteil an Interviews mit Gesprächspartnern aus dem EU-Ausland lag demnach bei 50 Prozent. Gastbeiträge gab es weder von nationalen noch von ausländischen Autoren.¹⁷⁷

Wie ebenfalls im vorherigen Kapitel 10.1 erwähnt, konnten für *The Economist* 44 Sprecher codiert werden, von denen 29 – fast zwei Drittel – aus anderen EU-Mitgliedsstaaten kamen (Anteil: 65,9 Prozent). Nationale Akteure wurden kaum zitiert. Nur zwei Sprecher stammten aus Großbritannien, was einem Anteil von 4,5 Prozent entsprach. Die geringste Rolle in der Berichterstattung spielten internationale Sprecher; lediglich ein Vertreter eines Beratungsunternehmens aus den USA kam im *Economist* zu Wort.¹⁷⁸ (siehe Dar. 4) Alexis Tsipras tauchte in zwei Artikeln als Sprecher auf und war auch hier der am meisten zitierte Akteur aus einem EU-Mitgliedsland. Alle weiteren Personen aus anderen EU-Ländern wurden nur in einem Artikel zitiert. Von diesen Sprechern kam der größte Teil aus Griechenland, gefolgt von Akteuren aus Deutschland und Frankreich.¹⁷⁹ Interviews oder Gastbeiträge gab es zum Thema Schuldenkrise keine.¹⁸⁰

Sprecher	<i>Der Spiegel</i>		<i>The Economist</i>		Gesamt	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Nationale Sprecher	43	32,6	2	4,5	45	25,6
EU-Sprecher	10	7,6	12	27,3	22	12,5
Sprecher aus EU-Staaten	65	49,2	29	65,9	94	53,4
Internationale Sprecher	14	10,6	1	2,3	15	8,5

Dar. 4: Vergleich der Sprecheranteile im Spiegel und Economist

Im *Spiegel* und im *Economist* kamen in den Artikeln Akteure aus verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zu Wort. Vertreter der Regierungen aus den EU-Ländern waren ebenso unter den Sprechern, wie Experten aus der Wirtschaft oder einfache Bürger, sodass vielfältige Stimmen und Meinungen in die mediale Debatte eingeschlossen waren.¹⁸¹ Beide Wochenzeitungen zusammengenommen, entsprach der Anteil von Sprechern aus dem EU-Ausland 53,4 Prozent und lag weit über den Anteilen der drei

¹⁷⁶ Vgl. Tabelle 1.1 im Anhang.

¹⁷⁷ Vgl. Tabelle 1.3 im Anhang.

¹⁷⁸ Vgl. Tabelle 2.3 im Anhang.

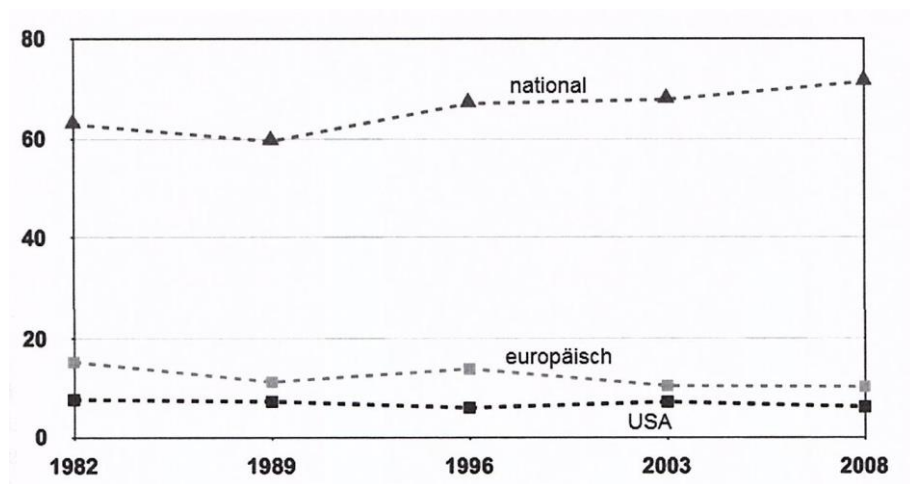
¹⁷⁹ Vgl. Tabelle 2.1 im Anhang.

¹⁸⁰ Vgl. Tabelle 2.3 im Anhang.

¹⁸¹ Vgl. Tabellen 1.1 und 2.1 im Anhang.

anderen Sprechergruppen. Akteure aus anderen EU-Mitgliedstaaten kamen in den Artikeln zur Schuldenkrise mehr als doppelt so oft zu Wort wie Personen aus dem eigenen Land.¹⁸²

Damit unterscheiden sich die Ergebnisse der Analyse dieser Arbeit deutlich von denen des SFB-Projekts aus Bremen. Diese haben bei der Untersuchung von zwölf europäischen Qualitäts- und Boulevardzeitungen zuletzt einen Anstieg der nationalen Sprecher festgestellt, auf 72 Prozent im Jahr 2008. Europäische Sprecher machten nur einen Anteil von rund 10 Prozent unter allen zitierten Personen aus (siehe Dar. 5).¹⁸³



*Dar. 5: Herkunft der zitierten Sprecher in zwölf europäischen Medien*¹⁸⁴

In der Studie von Brüggemann et al., in der diskursive Beiträge aus fünf Qualitätszeitungen zwischen 1982 und 2003 untersucht wurden, fiel der Anteil an Zitaten von europäischen Sprechern mit 17 Prozent unter allen Referenzen etwas höher aus.¹⁸⁵ Er liegt dennoch ebenfalls weit unter dem in dieser Arbeit gemessenen Anteil. Es muss allerdings erneut darauf hingewiesen werden, dass in den genannten Studien zum einen ein deutlich größerer Umfang an Zeitungen untersucht wurde und die Artikel zum anderen nicht auf ein bestimmtes Thema begrenzt waren. Des Weiteren waren in die Untersuchung von Brüggemann et al. lediglich direkte und indirekte Zitate mit einer Mindestlänge von zwei Sätzen einbezogen, während in dieser Analyse auch kürzere Zitate codiert wurden.

Betrachtet man die Autoren von Gastbeiträgen bzw. die Gesprächspartner in Interviews, so stammten in der Inhaltsanalyse des SFB-Projekts 82 Prozent aus dem eigenen Land, obwohl hier ausschließlich die Qualitätspresse berücksichtigt wurde.¹⁸⁶ Da unter den analysierten Artikeln dieser Arbeit keine Gastbeiträge waren, kann der Wert nur mit dem Anteil der nationalen Partner in Interviews verglichen werden,

¹⁸² Vgl. Tabelle 3.1 im Anhang.

¹⁸³ Vgl. Wessler; Brüggemann 2012, S. 85.

¹⁸⁴ Ebd.

¹⁸⁵ Vgl. Brüggemann et al. 2007, S. 315.

¹⁸⁶ Vgl. Wessler; Brüggemann 2012, S. 95ff.

welcher bei 50 Prozent lag.¹⁸⁷ Gesprächspartner aus anderen EU-Ländern haben demzufolge in dieser Analyse eine größere Rolle gespielt als in der Studie des SFB-Projekts.

10.3 Kollektive Identität

In dieser Kategorie wurden Verwendungen von transnationalen und nationalen Identifikationen codiert. Der Gebrauch von „die Europäer“ und „wir Europäer“ verweist auf eine Identifikation mit der EU, während „die Deutschen“ und „wir Deutschen“ im *Spiegel* bzw. „die Briten“ und „wir Briten“ im *Economist* ein nationales Zugehörigkeitsgefühl anzeigen. Auch die Erwähnungen anderer nationaler Identitäten (die Griechen, die Franzosen) sowie die Verwendung von „sie, die Europäer“ zeigen, dass kein Gemeinschaftsgefühl in der EU besteht, sondern ein nationales Denken vorherrscht. Abwandlungen wie „viele Deutsche“, „die meisten Europäer“ oder „wir in Europa“ wurden codiert, solange eine implizite oder explizite Identifikation erkennbar war. Zur besseren Vorstellung sollen nicht nur die quantitativen Ergebnisse dargestellt, sondern auch Beispiele für die unterschiedlichen Identifikationen gegeben werden.

Im *Spiegel* fanden sich 191 Erwähnungen von nationalen und transnationalen Identitäten, wobei die nationalen deutlich überwogen. Die implizite Identifikation mit der EU durch die Verwendung von „die Europäer“ wurde 32 Mal codiert, sodass sich ein Anteil von 16,8 Prozent unter den genannten Identitäten ergab.¹⁸⁸ Beispielsweise heißt es in dem Artikel „Kein Wille, kein Weg“: „Warum bitte, fragten die Europäer, könnt ihr nicht so tun, als würdet ihr euch anstrengen?“¹⁸⁹ In „Der Fluch der Troika“ schreiben die Autoren Peter Müller et al.: „Aber die Europäer wehrten sich vehement gegen einen Schuldenschnitt.“¹⁹⁰ Die implizite Identifikation als „die Deutschen“ wurde in den Artikeln 35 Mal verwendet und entsprach einem Anteil von 18,3 Prozent unter allen erwähnten Identitäten.¹⁹¹ So stellt Wolf Wiedmann-Schmidt im Feature „Ausgeträumt“ die Frage: „Kann man sich als Deutscher überhaupt noch dorthin trauen?“¹⁹² In „Nicht Europa, sondern Anti-Europa“ erklärt Dirk Kurbjuweit: „Viele Deutsche wollen nicht für Griechenland verzichten, und viele Griechen erwarten von den Deutschen einen Beitrag, damit der Verzicht in Griechenland nicht so harsch ausfällt.“¹⁹³ Mit Abstand die häufigste erwähnte nationale Identität waren „die Griechen“ mit 54,4 Prozent. Dies ist insbesondere im Vergleich mit anderen nationalen Identitäten auffällig, die deutlich seltener genannt wurden. „Die Franzosen“ tauchten dreimal in den Artikeln auf; alle weiteren nationalen Identitäten wurden höchstens zweimal erwähnt. Auf sie entfiel insgesamt ein Anteil von 7,3 Prozent. Andere transnationale Identitäten spielten fast keine Rolle; mit drei Nennungen betrug ihr Anteil lediglich 1,6 Prozent.

¹⁸⁷ Vgl. Tabelle 3 im Anhang.

¹⁸⁸ Vgl. Tabelle 1.3 im Anhang.

¹⁸⁹ Fichtner, Minkmar, Smoltczyk: Kein Wille, kein Weg. In: *Der Spiegel* Nr. 29/2015, S. 22.

¹⁹⁰ Müller et al.: Der Fluch der Troika. In: *Der Spiegel* Nr. 29/2015, S.66.

¹⁹¹ Vgl. Tabelle 1.3 im Anhang.

¹⁹² Wiedmann-Wolf: Ausgeträumt. In: *Der Spiegel* Nr. 28/2015, S. 27.

¹⁹³ Kurbjuweit: Nicht Europa, sondern Anti-Europa. In: *Der Spiegel* Nr. 27/2015, S. 8.

Explizite Identifikationen ließen sich im *Spiegel* deutlich seltener finden als implizite, insgesamt nur 20 Mal. Sieben Verwendungen von „wir Europäer“ wurden codiert, auf die ein Anteil von 35 Prozent entfiel. Die Identifikation als „wir Deutschen“ fand sich mit 13 Verwendungen beinahe doppelt so oft; ihr Anteil entsprach 65 Prozent.¹⁹⁴ In dem bereits zitierten Leitartikel von Dirk Kubjuweit ist eine solche Identifikation als „wir Europäer“ zu finden: „Das hat seinen Preis, aber dafür gibt es die Chance, dass wir doch noch das Europa bekommen, das uns versprochen wurde.“¹⁹⁵ Dies zeigt, dass es auch innerhalb eines Artikels keine einheitliche Identifikation gab – entweder national oder europäisch –, sondern durchaus beide Identitätsbezüge verwendet wurden. Ein Beispiel expliziter nationaler Identifikation ist unter anderem im Essay „Europa als Emergency Room“ von Nils Minkmar zu lesen: „Trotzdem sind die Deutschen seit Jahren als Berater, Kontrolleure und Erzieher in der Welt unterwegs, viel gelernt haben aber weder die anderen, noch wir.“¹⁹⁶

Im *Economist* wurden von den Autoren nur wenige Identifikationen genutzt. Statt von „den Briten“ oder „den Europäern“ ist oft von Europa oder Großbritannien die Rede. Diese Verwendungen sind in die Analyse nicht einbezogen worden, da sie kein klares Zugehörigkeitsgefühl zu entweder dem Land oder der Europäischen Union erkennen ließen. Insgesamt konnten 41 Erwähnungen von Identitäten codiert werden, darunter fünf implizite Identifikationen als Europäer. Dies entsprach einem Anteil von 14,6 Prozent. Im Artikel „So, we meet again“ ist beispielsweise zu lesen: „Should Mr. Tsipras somehow find the stomach to submit reform proposals that the Europeans find credible, plenty more hurdles remain before any funds can be disbursed.“¹⁹⁷ „Die Griechen“ waren mit 31 Erwähnungen und einem Anteil von 75,6 Prozent wie im *Spiegel* die meist genannte Identität. Die einzige weitere nationale Identität, die in den Artikeln codiert wurde, waren „die Deutschen“ mit einem Anteil von 4,9 Prozent. Auf andere transnationale Identitäten (der Westen, die Nordeuropäer) entfielen ebenfalls 4,9 Prozent.¹⁹⁸ Eine Erwähnung „der Briten“ fand sich in keinem der Artikel.

Explizite Identifikationen wurden im *Economist* noch seltener codiert. Die Autoren verwendeten weder „wir Europäer“ noch „wir Briten“ in den Artikeln zur Schuldenkrise. Auffällig war allerdings, dass drei Verwendungen von „sie, die Europäer“ gezählt wurden. Diese zeigen keine Zugehörigkeit zur Europäischen Union, sondern vielmehr eine Abgrenzung von ihr, woraus sich demzufolge eine Identifikation als Briten ableiten ließe. Da dies die einzigen expliziten Identifikationen waren, entsprechen sie einem Anteil von 100 Prozent.¹⁹⁹ In der Kolumne „The end of fudge“ schreibt der Autor: „Mr. Tsipras’s amateurishness has, lamentably, given Europeans an excuse to not examine their own culpability.“²⁰⁰

¹⁹⁴ Vgl. Tabelle 1.3 im Anhang.

¹⁹⁵ Kubjuweit: Nicht Europa, sondern Anti-Europa. In: *Der Spiegel* Nr. 27/2015, S. 8.

¹⁹⁶ Minkmar: Europa als Emergency Room. In: *Der Spiegel* Nr. 28/2015, S.123.

¹⁹⁷ So, we meet again. In: *The Economist* Jg. 416, H. 8946 (2015), S. 19.

¹⁹⁸ Vgl. Tabelle 2.3 im Anhang.

¹⁹⁹ Vgl. ebd.

²⁰⁰ The end of the fuge. In: *The Economist* Jg. 416, H. 8945 (2015), S. 25.

Ein Vergleich der zwei Wochenzeitungen fällt in dieser Kategorie schwer, aufgrund der großen quantitativen Unterschiede, sodass die Prozentzahlen kaum komparabel erscheinen. Prägnant ist jedoch, dass im Gegensatz zum *Economist* im *Spiegel* keine der soeben beschriebenen Abgrenzungen von der gesamten EU durch die Verwendung von „sie, die Europäer“ zu finden waren. Eine Gemeinsamkeit beider Zeitschriften lag darin, dass „die Griechen“ die am meisten genannte nationale Identität waren und dabei mehrfach nicht zu den Europäern gezählt, sondern diesen vielmehr gegenübergestellt wurden. In „Eine Welt von gestern“ schreibt Julia Amalia Heyer von der „Beziehung zwischen Griechen und Europäern“²⁰¹ und fragt, ob „das Verhältnis von Griechen und Europäern jetzt auf ewig zerrüttet“²⁰² sei. Im Leitartikel des *Economists*, „The way ahead“, ist zu lesen: „If the Europeans allowed the Greeks to issue scrip or temporarily to introduce an emergency parallel ‚currency‘, Greece might in effect suspend its membership of the single currency without technically leaving.“²⁰³ Auf diesen Aspekt soll im folgenden Unterkapitel, bei der Auswertung der identifizierten Frames, genauer eingegangen werden.

Für beide Magazine ergab sich insgesamt ein Anteil von 16,4 Prozent für die implizite Identifikation als „die Europäer“, auf „wir Europäer“ entfielen 30,4 Prozent unter allen expliziten Identifikationen. Die Mehrheit der verwendeten Kollektivnennungen zeigte ein nationales Zugehörigkeitsgefühl oder eine Abgrenzung von anderen europäischen Nationen an. Von den transnationalen Kollektiven sind „die Europäer“ das mit Abstand am meisten genannte.²⁰⁴ Die Ergebnisse älterer Studien sind in Bezug auf diese Dimension der Europäisierung gespalten. So sagt Thomas Risse, der die europäische Berichterstattung über die Sanktionen der EU-Mitgliedsstaaten gegen die österreichische Regierung im Jahr 2000 analysierte, dass in den Medien eine gemeinsame Perspektive zu erkennen und „wir“ nicht nur auf den nationalen Raum bezogen sei.²⁰⁵ Marianne Van de Steeg stellte anhand ihrer Inhaltsanalyse von Artikeln zur Osterweiterung der EU zwischen 1989 und 1998 fest, dass die Wir-Bezüge je nach Kontext und Rolle, die der Sprecher in diesem Moment einnimmt, variieren.²⁰⁶ Dies würden die Ergebnisse dieser Analyse bestätigen, da innerhalb eines Artikels ebenfalls unterschiedliche Kollektiv-Bezüge codiert wurden.

Brüggemann et al., ebenso wie das SFB-Projekt, konnten nur geringe Anteile von Identifikationen als Europäer messen. In der Studie von Brüggemann et al. wurden sämtliche Wir-Bezugnahmen in den Artikeln gezählt. Zwischen 1982 und 2003 stieg der Anteil an Verwendungen von „wir Europäer“ zwar an, allerdings lediglich von einem auf fünf Prozent. Der Anteil an Identifikationen mit der eigenen Nation ist zwar zuletzt leicht gefallen, lag mit einem Durchschnittswert von 40 Prozent dennoch weit darüber.²⁰⁷ Auch in dieser Analyse überwogen die expliziten nationalen Identifikationsbezüge gegenüber

²⁰¹ Heyer: Eine Welt von gestern. In: *Der Spiegel* Nr. 28/2015, S. 86.

²⁰² Ebd., S. 88.

²⁰³ The way ahead. In: *The Economist* Jg. 416, H. 8946 (2015), S. 11.

²⁰⁴ Vgl. Tabelle 3.1 im Anhang.

²⁰⁵ Vgl. Risse 2004, S. 149.

²⁰⁶ Vgl. Van de Steeg 2003, S. 188.

²⁰⁷ Vgl. Brüggemann et. al 2007, S. 316f.

den europäischen. Die Prozentzahlen können jedoch kaum mit denen aus dieser Analyse verglichen werden, da Brüggemann et al. auch Wir-Bezüge zu weiteren Kollektiven codierten, während hier nur nationale und europäische Identifikationen gezählt wurden.

Das Bremer SFB-Projekt hat in seiner Studie sämtliche Kollektiv-Nennungen in den zwölf untersuchten Qualitäts- und Boulevardzeitungen für das Jahr 2008 codiert. Dabei waren „die Europäer“ zwar ebenfalls die transnationale Identität, die am häufigsten genannt wurde, allerdings lag der Anteil unter allen Erwähnungen bei nur 5,7 Prozent.²⁰⁸ In dieser Analyse ergab sich ein Anteil, der beinahe dreimal so hoch war; die implizite Identifikation als „Europäer“ hat also in der Berichterstattung über die Schuldenkrise eine größere Bedeutung erlangt.

10.4 Diskurskonvergenz

Um festzustellen, inwieweit eine Konvergenz zwischen den nationalen Diskursen besteht, wurde untersucht, ob der *Spiegel* und *The Economist* gleichzeitig und in demselben Umfang über die Schuldenkrise berichtet haben. Dazu wurden sämtliche Artikel beider Nachrichtenmagazine zu dem Thema codiert und anhand ihrer Darstellungsformen ausgewertet. Um das Verhältnis zur gesamten Berichterstattung zu bestimmen, wurden darüber hinaus alle Artikel, die innerhalb des Untersuchungszeitraums in den zwei Magazinen erschienen sind, gezählt. Zusätzlich sind Beiträge, in denen die Autoren über EU-Themen oder -Mitgliedsländer abseits der Schuldenkrise berichten, codiert worden. Die Mindestlänge der Artikel, die in die Analyse einbezogen wurden, betrug eine Spalte; kürzere Texte wie Meldungen wurden nicht gezählt. Grund ist, dass alle Artikel zur Schuldenkrise eine Länge von mindestens einer Spalte hatten; durch das Zählen kürzerer Beiträge in den anderen Gruppen wäre der Vergleich verzerrt worden.

Die codierten Artikel werden in der folgenden Darstellung 6 aufgezeigt. Während im *Spiegel* weit mehr Artikel erschienen sind, die sich mit der Schuldenkrise befassen, gab es im *Economist* mehr Beiträge, die sich mit der EU und ihren Mitgliedsländern insgesamt befassen. Im prozentualen Vergleich liegt der *Spiegel* in beiden Artikelgruppen vorne, aufgrund der geringeren Gesamtanzahl an Artikeln. Beide Wochenzeitungen zusammengenommen beschäftigten sich über 18 Prozent aller Texte mit der EU und ihren Mitgliedsstaaten. Knapp ein Achtel aller erschienenen Beiträge war der Schuldenkrise gewidmet.

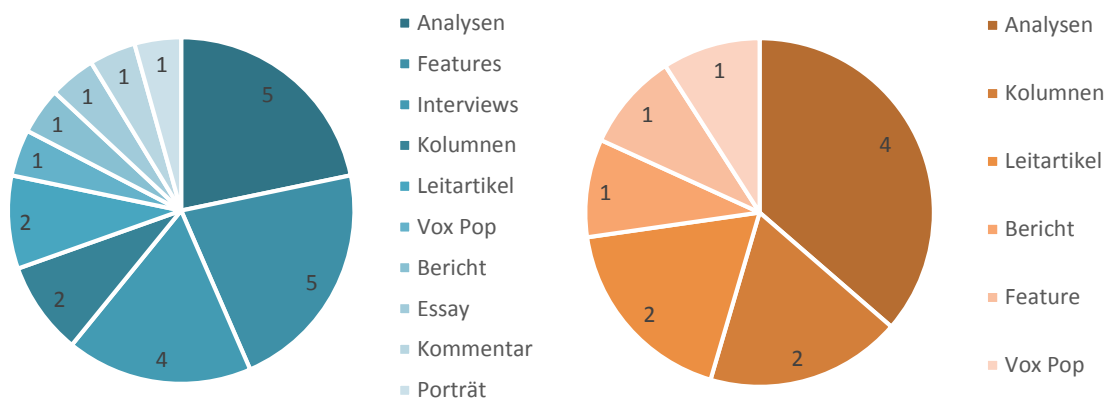
Artikel	<i>Der Spiegel</i>		<i>The Economist</i>		Gesamt	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Insgesamt	118	100	190	100	308	100
Zur EU oder einem Mitgliedsland	27	22,9	29	15,3	56	18,2
Zur Schuldenkrise	23	19,5	13	6,8	36	11,7

Dar. 6: Gegenüberstellung der im Untersuchungszeitraum erschienenen Artikel nach Thema

²⁰⁸ Vgl. Wessler; Brüggemann 2012, S. 94.

In der bereits mehrfach genannten Studie von Brüggemann et al. wurde untersucht, inwieweit europäische Länder im Fokus von Meinungsbeiträgen in Qualitätszeitungen waren. 2003 lag der Anteil an Artikeln, in denen über andere europäische Staaten diskutiert wurde, bei 18 Prozent, wobei seit Beginn des Untersuchungszeitraums 1982 kaum eine Veränderung festzustellen war. Der Anteil an Beiträgen mit transnationalem Fokus belief sich insgesamt auf 50 Prozent, sodass Brüggemann et. al schlussfolgerten, dass zwar das Geschehen außerhalb des eigenen Landes häufig und kontinuierlich kommentiert wird, aber europäische Staaten in diesem Diskurs keine dominierende Rolle einnehmen.²⁰⁹ Der Anteil von Meinungsbeiträgen mit einem Fokus auf EU-Staaten war demnach in etwa so hoch wie der in dieser Analyse ermittelte Anteil, wobei hier nicht nur diskursive Artikel codiert wurden.

Die Krise in Griechenland, und damit Artikel, in denen ein anderes EU-Land im Mittelpunkt stand, haben die Berichterstattung während des Untersuchungszeitraums dennoch in beiden Wochenzeitungen bestimmt. So war die Schuldenkrise in je zwei der drei Ausgaben des *Spiegels* und des *Economists* auf dem Cover. Daneben wurde das Thema in beiden Magazinen in mehreren Ressorts und damit unter verschiedenen Gesichtspunkten behandelt. Im *Spiegel* griffen die Autoren die griechische Krise in den Bereichen Titel, Deutschland, Wirtschaft, Ausland und Kultur auf. Im *Economist* erschienen Artikel zu dem Thema in Briefing, Leaders, Europe sowie Finance and Economics. Auch verwendete Darstellungsformen geben Hinweise darauf, in welchem Umfang über die Schuldenkrise berichtet wurde. Eine Gegenüberstellung der Darstellungsformen beider Nachrichtenmagazine zeigt das folgende Diagramm.



Dar. 7: Gegenüberstellung der verwendeten Darstellungsformen im *Spiegel* (li.) und *Economist* (re.)

Die Darstellung verdeutlicht, dass in den zwei Zeitschriften verschiedene Darstellungsformen genutzt wurden, aber die Vielfalt im *Spiegel* größer war. In beiden Magazinen sind sowohl meinungsorientierte als auch neutrale Artikel zur Schuldenkrise erschienen. Auffallend ist, dass dem Thema im *Spiegel* und im *Economist* je zwei Leitartikel gewidmet waren. Daneben gab es in beiden Magazinen eine Vox Pop, in der Meinungen und Reaktionen aus dem EU-Ausland zur Krise dargestellt wurden.

²⁰⁹ Vgl. Brüggemann et al. 2007, S. 313.

Neben der gleichzeitigen Berichterstattung in ähnlichem Umfang, ist ein weiterer Indikator für eine Diskurskonvergenz der nationalen Berichterstattung die Verwendung von konvergenten Frames und Argumenten. Es wurde daher in allen Meinungsbeiträgen untersucht, welche Frames in Bezug auf die EU, die EU-Politik und die Schuldenkrise genutzt und welche Argumente für oder gegen einen möglichen Grexit verwendet wurden. An dieser Stelle sollen besonders häufige Frames und Argumente erläutert werden. Eine ausführliche Darstellung weiterer identifizierter Interpretationsmuster findet sich in den Tabellen 3.2 bis 3.5 im Anhang.

Die EU und ihre Politik waren sowohl im *Spiegel* als auch im *Economist* vorwiegend mit Frames verbunden, die ihren aktuellen Zustand kritisieren. Daraus wurde allerdings nicht der Schluss gezogen, dass eine Renationalisierung erfolgen sollte, sondern eher, dass sich die EU verändern muss. Ein Interpretationsmuster der EU war ihre drohende Spaltung, das besonders in der deutschen Berichterstattung wiederholt verwendet wurde (4 Nennungen im *Spiegel*, 2 im *Economist*). Die Autoren stellen die EU als eine Gemeinschaft dar, die im Zuge der Krise droht, auseinanderzubrechen. Sie arbeiten mit Phrasen wie „die Kluft, die sich nun in Europa auftut“²¹⁰, „ein interkultureller Zusammenbruch“²¹¹ oder „das Gift der Spaltung“²¹². Im *Economist* schreibt der Autor von „So, we meet again“: „The sort of political imagination needed to help Europe’s citizens see each other as the same sort of people [...] has never been more necessary and less apparent.“²¹³

Ein weiteres Interpretationsmuster der EU war ihr Änderungsbedarf, der ebenfalls in beiden Zeitschriften thematisiert wurde. In diesem Zusammenhang spielte auch der Frame eine Rolle, der das Erfordernis von mehr politischer Integration in der Euro-Zone ausdrückte. Während das erste Interpretationsmuster generell bestärkte, dass die EU sich ändern muss, zeigte der zweite Frame eine konkrete Vorstellung davon, was getan werden sollte. Auch diese Frames wurden in beiden Magazinen verwendet, je wieder mit mehr Nennungen im *Spiegel* als im *Economist*.²¹⁴ Ein Unterschied bestand allerdings darin, dass die Autoren des *Spiegels* diese Änderung als Aufgabe der ganzen EU betrachten, die Deutschland einschließt, während es im *Economist* zwar als Herausforderung für die Europäer dargestellt wird, aber das eigene Land davon ausgenommen scheint. So heißt es im *Spiegel*: „Die Mühen der Europapolitiker waren vergebens. [...] Wir müssen von vorn anfangen.“²¹⁵ In einem Artikel des *Economists* wird stattdessen geschrieben: „Europeans might consider what they can do to return to the glorious days of fudge.“²¹⁶

²¹⁰ Müller; Pfister: „Ich bin da gespalten“. In: *Der Spiegel* Nr. 28/2015, S. 17.

²¹¹ Fichtner; Minkmar; Smolczyk: Kein Wille, kein Weg. In: *Der Spiegel* Nr. 29/2015, S. 17.

²¹² Ebd., S. 22.

²¹³ So, we meet again. In: *The Economist* Jg. 416, H. 8946 (2015), S. 20.

²¹⁴ Vgl. Tabelle 3.2 im Anhang.

²¹⁵ Minkmar: Europa als Emergency Room. In: *Der Spiegel* Nr. 28/2015, S. 123.

²¹⁶ The end of fudge. In: *The Economist* Jg. 416, H. 8945 (2015), S. 25.

In Bezug auf den Frame, der das Erfordernis von mehr politischer Integration verdeutlichte, herrschte Einigkeit zwischen beiden Wochenzeitungen. Politische Integration wurde als einzige Lösung für ein dauerhaftes Bestehen der Währungsunion gesehen. Im Leitartikel „Die Logik des Pokerspiels“ erklärt Michael Sauga, dass „Europas fragile Währungsstruktur auf Dauer nur durch mehr politische Integration gefestigt werden kann“.²¹⁷ In der Kolumne „The debt trap“ wird im *Economist* ebenfalls festgestellt, dass die einzige Antwort auf die Krise eine politische Union mit einer zentralen Finanzverwaltung sei.²¹⁸ Statt die Rückkehr zur nationalen Souveränität wurde in beiden Zeitungen eine Bestärkung der EU-Kompetenzen als Schlussfolgerung aus der Euro-Krise gezogen. Es muss allerdings bedacht werden, dass Deutschland, das Erscheinungsland des *Spiegels*, von einer stärkeren politischen Integration in der Währungsunion direkt betroffen wäre, im Gegensatz zu Großbritannien. Als Nicht-Mitglied der Eurozone müsste das Land keine Entscheidungsgewalt an die EU abgeben.

Als Zweites wurden Frames untersucht, die mit der EU-Politik verbunden waren. Auch hier fanden sich vor allem Interpretationsmuster, welche die aktuell betriebene Politik negativ bewerteten. Dabei zeigte sich erneut eine große Ähnlichkeit zwischen den zwei Magazinen. So betonten der *Spiegel* und der *Economist* beide die fehlende Rationalität (2 Artikel im *Spiegel*, 4 im *Economist*). Insbesondere in Bezug auf Griechenland verdeutlichten die Autoren in den zwei Zeitschriften, dass die Politik von Gefühlen statt von rationalem Denken geprägt gewesen sei. In „Ich bin da gespalten“ schreiben Patrick Müller und René Pfister, dass der Kontinent sich in der Euphorie des Zusammenwachsens nicht um Zahlen geschert habe²¹⁹ und in „Kein Wille, kein Weg“ ist von einer „Politik ohne oder sogar gegen die Rationalität“²²⁰ die Rede. Auch im *Economist* heißt es „hope has replaced judgement“²²¹ und die Autoren berichten: „Rational actors would never have got this far.“²²²

Daneben wurde die EU-Politik als „Erziehungspolitik“ interpretiert, wobei die Magazine besonders die Rolle der deutschen Akteure betonten. Es fanden sich wieder mehr Nennungen in der deutschen Berichterstattung als in der britischen (3 im *Spiegel*, 2 im *Economist*). Der Frame drückt aus, dass es in der Rettungspolitik nicht nur darum ging, Griechenland finanziell zu helfen, sondern das Land gleichzeitig zu erziehen. Unter anderem wird im *Spiegel* von einem „Akt der Erziehung“²²³ gesprochen und von den „zahlreichen Versuche[n], die Griechen zu idealen Hellenen zu erziehen.“²²⁴ In einem Leitartikel des *Economists* schreibt der Autor: „Germany’s attitude towards debt repayment has its roots in moralising sermons.“²²⁵

²¹⁷ Sauga: Die Logik des Pokerspiels. In: *Der Spiegel* Nr. 29/2015, S. 10.

²¹⁸ Vgl. The debt trap. In: *The Economist* Jg. 416, H. 8946 (2015), S. 60.

²¹⁹ Vgl. Müller; Pfister: „Ich bin da gespalten“. In: *Der Spiegel* Nr. 28/2015, S. 18.

²²⁰ Fichtner; Minkmar; Smolczyk: Kein Wille, kein Weg. In: *Der Spiegel* Nr. 29/2015, S. 21.

²²¹ The ties that bind. In: *The Economist* Jg. 415, H. 8944 (2015), S. 26.

²²² The way ahead. In: *The Economist* Jg. 416, H. 8946 (2015), S. 11.

²²³ Augstein: Ein Paar Lektionen. In: *Der Spiegel* Nr. 28/2015, S. 12.

²²⁴ Minkmar: Europa als Emergency Room. In: *Der Spiegel* Nr. 28/2015, S. 122.

²²⁵ The way ahead. In: *The Economist* Jg. 416, H. 8946 (2015), S. 11.

Zur griechischen Schuldenkrise fanden sich zahlreiche Interpretationsmuster, ebenfalls mit einer großen Deckungsgleichheit zwischen dem *Spiegel* und dem *Economist*. Zwei der drei häufigsten Frames waren die Charakterisierung der Schuldenkrise als „Drama“ und als „nicht endend“ mit je acht Nennungen, fünf davon im *Spiegel* und drei im *Economist*. Beide Magazine sprachen vom „Griechenlanddrama“²²⁶, das sich zurzeit des Untersuchungszeitraums seinem Höhepunkt nähert, gleichzeitig aber schon fast zu einem Dauerzustand geworden ist und zu keinem Ende zu kommen scheint. Im *Spiegel* wird dies unter anderem durch folgende Metapher ausgedrückt: „Fast jede der vergangenen Wochen brachte ein Endspiel um den Euro, und jedes ging in die Verlängerung.“²²⁷ Beide Zeitschriften betonten die Endlosigkeit der Verhandlungen. Ein Autor des *Economists* schreibt: „The Euro-zone once again finds itself in the wearily familiar position of trying to stop Greece from going burst.“²²⁸

Interessant ist, dass vor allem *The Economist* die Bedeutung der Schuldenkrise für die gesamte EU hervorhob. So lautet bereits die Überschrift eines Leitartikels „Europe’s future in Greece’s hands“ und der dazugehörige Untertitel: „Whatever its outcome, the Greek crisis will change the EU forever.“²²⁹ In drei Meinungsartikeln wurde das Interpretationsmuster der Krise als bedeutend für die ganze Europäische Union verwendet. Auch im *Spiegel* haben die Autoren der Schuldenkrise eine hohe Wichtigkeit zugemessen, sie aber immer in Verbindung mit Kostenfaktoren gebracht. In dem Magazin heißt es beispielsweise „Es steht viel mehr auf dem Spiel als ein paar Milliarden.“²³⁰

Wie bereits im vorherigen Unterkapitel 10.3 angedeutet, wurde in der Berichterstattung eine gewisse Polarisierung zwischen „den Griechen“ und „den Europäern“ erzeugt. Der Frame „Griechenland gegen Europa“ wurde seltener verwendet als andere Interpretationsmuster von der Schuldenkrise, tauchte aber in beiden Magazinen auf. Gleichzeitig wurde die griechische Schuldenkrise auch als mitverschuldet von der EU und als „Leid der griechischen Bevölkerung“ interpretiert. Diese Deutungsmuster milderten das erzeugte Spannungsverhältnis. Zum ersten genannten Frame, der Darstellung der Krise als Konflikt zwischen Griechenland und Europa, fand sich im *Spiegel* in „Kein Wille, kein Weg“ das folgende Beispiel, in dem die Autoren erklären: „Diese Frage werden tatsächlich die Griechen beantworten müssen, ihre Syriza-Regierung, diese Frage geht nicht an die Europäer.“²³¹ In „The end of fudge“ heißt es: „The rupture with the Greeks is clear.“²³²

Die Krise und ihre Folgen wurden, wie gesagt, aber auch als Mitschuld der EU interpretiert. Im *Spiegel* und *Economist* stellten die Journalisten klar, dass die Verantwortung für die Schuldenkrise, insbesondere ihre Zuspitzung, nicht allein bei den griechischen Politikern zu suchen ist, sondern durch die Politik

²²⁶ U.a. Hesse et al.: Widerspruch ungelöst. In: *Der Spiegel* Nr. 28/2015, S. 22.

²²⁷ Fichtner; Minkmar; Smolczyk: Kein Wille, kein Weg. In: *Der Spiegel* Nr. 29/2015, S. 17.

²²⁸ The ties that bind. In: *The Economist* Jg. 415, H. 8944 (2015), S. 26.

²²⁹ Europe’s future in Greece’s hands. In: *The Economist* Jg. 416, H. 8945 (2015), S. 9.

²³⁰ Von Rohr: No Grexit. In: *Der Spiegel* Nr. 29/2015, S. 28.

²³¹ Fichtner, Minkmar, Smolczyk: Kein Wille, kein Weg. In: *Der Spiegel* Nr. 29/2015, S. 22.

²³² The end of fudge. In: *The Economist* Jg. 416, H. 8945 (2015), S. 25.

und das Auftreten der EU bestärkt wurde. Zwischen den Magazinen fand sich erneut der Unterschied, dass die Mitschuld im *Spiegel* auf ganz Europa bezogen wird, während sie im *Economist* auf die Euro-Zone bzw. die Gläubiger begrenzt ist. Im *Spiegel* erklären die Autoren von „Kein Wille, kein Weg“, dass „auch Europa [...] beherzt mit Hand angelegt“²³³ habe. Im *Economist* wird es noch drastischer ausgedrückt. „But it [Syriza] was, in part, the creation of the euro zone’s failed policies.“²³⁴

Die Interpretation der Griechenlandkrise als Leid der dortigen Bevölkerung zählte ebenfalls zu den häufigsten Frames; insgesamt kam sie in acht Meinungsbeiträgen zum Ausdruck (4 im *Spiegel*, 4 im *Economist*). Damit zeigten die Journalisten eine gewisse Solidarität mit den Menschen in Griechenland. Gleichzeitig wurde mit diesem Frame gefordert, über den nationalen Rahmen hinaus zu denken und ein Verständnis für die Situation griechischer Bürger zu entwickeln. „In Deutschland interessierte es nicht, dass gerade die Mittelschicht und die Rentner ihre Leben aufgeben sollten, um Schulden zu begleichen, für die sie nichts konnten“²³⁵, schreibt beispielsweise Nils Minkmar in seinem Essay im *Spiegel*. Im *Economist* verwenden die Autoren im Zusammenhang mit den Griechen Adjektive wie „long-suffering“²³⁶ und umschreiben die Situation in dem Land mit Bildern: „Its soup kitchens are open but its banks are closed.“²³⁷

Ein letzter identifizierter Frame, der allerdings nur in der britischen Berichterstattung verwendet wurde, war die Benachteiligung der nordeuropäischen Bevölkerung. Mit diesem Frame wurde die fehlende Gleichberechtigung von den Menschen und Demokratien aus Nordeuropa mit denen aus Griechenland betont. Wähler aus nordeuropäischen Staaten hätten nicht die Chance gehabt, in einem Referendum über die Rettungspakete zu entscheiden, so, wie in Griechenland über die Reformen abgestimmt wurde. Es ist interessant, dass dieses Interpretationsmuster nur im *Economist* auftauchte und nicht im *Spiegel*, obwohl es die Leser des deutschen Magazins sind, die zu eben jenen Wählern aus Nordeuropa zählen. Im *Economist* kann man zum Beispiel lesen: „If northern European taxpayers voted on whether to hand money to Greece without conditions, they would vote No, too.“²³⁸ An anderer Stelle betont ein Autor: „Greek democracy does not enjoy priority over everyone else’s, and the voters in many other countries are fed up with bailing out Greece.“²³⁹ In insgesamt vier Meinungsartikeln wurde dieser Frame aufgegriffen.

Zusammenfassend lässt sich noch einmal feststellen, dass *The Economist* und der *Spiegel* überwiegend dieselben Frames verwendet haben. Dies gilt auch für die Argumente für oder gegen einen Austritt

²³³ Fichtner, Minkmar, Smolczyk: Kein Wille, kein Weg. In: *Der Spiegel* Nr. 29/2015, S. 17.

²³⁴ The end of fudge. In: *The Economist* Jg. 416, H. 8945 (2015), S. 25.

²³⁵ Minkmar: Europa als Emergency Room. In: *Der Spiegel* Nr. 28/2015, S. 123.

²³⁶ U.a. The ties that bind. In: *The Economist* Jg. 415, H. 8944 (2015), S. 26.

²³⁷ There comes up a day. In: *The Economist* Jg. 416, H. 8945 (2015), S. 18.

²³⁸ The way ahead. In: *The Economist* Jg. 416, H. 8946 (2015), S. 11.

²³⁹ So, we meet again. In: *The Economist* Jg. 416, H. 8946 (2015), S. 19.

Griechenlands aus dem Euro. Es wurden nicht nur ähnliche Argumente genannt, auch die Meinung bezüglich eines Grexits war in beiden Magazinen konform. In Meinungsbeiträgen des *Spiegels* und des *Economists* fand sich jeweils nur ein Argument, das für einen Grexit sprach. Alle weiteren Argumente unterstützten einen Verbleib von Griechenland in der Euro-Zone. Dabei überwog die instrumentelle Argumentation, weshalb Griechenland im Euro zu halten sei. Vor allem die Risiken und möglichen Kosten eines Grexits für die EU und ihre Mitgliedsländer wurden herausgestellt. So wurde dargelegt, dass dieser dramatische Folgen für die griechische Wirtschaft hätte, die Gefahr von Spekulationen gegen andere Länder berge und weitere Austritte folgen könnten. Beim letzten Argument wies *The Economist* besonders auf einen möglichen Brexit hin. Nur in zwei Artikeln, beide aus dem *Spiegel*, wurde moralisch argumentiert, dass ein Austritt Griechenlands gegen die Idee des Zusammenwachsens in Europa wäre.²⁴⁰ Im Rückblick auf Kapitel 6.2 zur Europäischen Identität lässt sich aus der Argumentation schlussfolgern, dass Identifikationen mit der EU statt auf der stärkeren, affektiven Grundlage eher auf der schwächeren, instrumentellen Grundlage, also der Abwägung von Chancen und Risiken, beruhen.

Bei der Analyse von Frames wurden in anderen Studien unterschiedliche Ergebnisse erzielt. In der Untersuchung der Berichterstattung über die EU-Sanktionen gegen die österreichische Regierung stellte Thomas Risse fest, dass sich schnell konvergente Interpretationsmuster zwischen den europäischen Zeitungen herausgebildet hätten. Von 22 identifizierten Frames seien sechs besonders häufig verwendet worden und zwar von allen 15 in die Analyse einbezogenen Zeitungen. Das zeigt für Risse, dass Bedeutungsstrukturen geteilt werden, auch wenn die Schlussfolgerungen unterschiedlich ausfallen können.²⁴¹

Marianne Van de Steeg war nach ihrer Studie zur medialen Berichterstattung über die Osterweiterung vorsichtiger. Sie spricht davon, dass eine Konvergenz der Frames abhängig vom thematischen Bereich sei. So würden Interpretationsmuster teilweise von der gesamten EU geteilt, in anderen Fällen von einigen Mitgliedsländern oder eben nur von einem Nationalstaat verwendet.²⁴² Auch Hartmut Wessler und Michael Brüggemann schreiben von einer Themenabhängigkeit bei der Konvergenz von Mediendebatten. Sie kommen zu dem Schluss, dass der Grad der Integration in einem Politikbereich gewissermaßen als Katalysator für eine zunehmende Ähnlichkeit der nationalen Berichterstattungen wirkt. Je größer der Einfluss der EU auf ein Themenfeld ist, desto konvergenter sind Argumente und Frames über Ländergrenzen hinweg.²⁴³ Da die Euro-Politik größtenteils von europäischen Institutionen und Organen bestimmt wird, unterstützen die Ergebnisse dieser Arbeit, die eine vergleichsweise hohe Konvergenz der Frames zeigten, die These von Wessler und Brüggemann.

²⁴⁰ Vgl. Tabelle 3.5 im Anhang.

²⁴¹ Vgl. Risse 2004, S. 142f.

²⁴² Vgl. Van de Steeg 2003, S. 185.

²⁴³ Vgl. Wessler; Brüggemann 2012, S. 93.

11. PRÜFUNG DER HYPOTHESEN UND BEANTWORTUNG DER FORSCHUNGSFRAGEN

Das nun folgende Kapitel soll die übergeordnete Forschungsfrage mithilfe der soeben dargelegten Untersuchungsergebnisse abschließend klären. Dazu werden zunächst die Hypothesen (H1 bis H5) auf ihre Richtigkeit überprüft und die dazugehörigen Teilfragen (T1 bis T5) beantwortet.

(H1) EU-Akteure und -Institutionen werden aufgrund der Krisensituation häufig in den Artikeln erwähnt. Dabei ist zu erwarten, dass neben führenden Akteuren aus Brüssel besonders nationale Politiker mit Entscheidungsmacht in der EU in den Fokus der Aufmerksamkeit rücken, wie Angela Merkel als Mitglied des Europäischen Rats oder Wolfgang Schäuble als einer der Euro-Finanzminister.

Während des Untersuchungszeitraums wurden EU-Akteure wie angenommen häufig in den Medien erwähnt, insgesamt in mehr als drei Vierteln aller Artikel zur Schuldenkrise. Wie ebenfalls erwartet, haben in der deutschen Berichterstattung neben den einflussreichen Akteuren und Organen aus Brüssel vor allem nationale Akteure mit Mitspracherecht in der EU eine entscheidende Rolle gespielt. Anders hingegen war es in den Artikeln des *Economists*. In ihnen wurde nur selten Bezug auf nationale Akteure genommen. Die Hypothese stimmt daher in Teilen. Sie trifft stärker auf die deutsche Berichterstattung zu als auf die britische.

(T1) Werden EU-Akteure und -Institutionen durch den *Spiegel* und *The Economist* beobachtet?

Insgesamt betrachtet findet eine Beobachtung auf vertikaler Ebene statt. Handlungen der verschiedenen EU-Institutionen und wichtiger Akteure, wie Jean-Claude Juncker, Jeoren Djisselbloem oder Mario Draghi, wurden offen gelegt und hinterfragt. Als Sprecher haben EU-Akteure im medialen Diskurs des *Spiegels* allerdings eine untergeordnete Rolle gespielt. Sie kamen weniger zu Wort als nationale, internationale oder Personen aus dem EU-Ausland. Die Möglichkeit, das eigene Handeln zu erklären, gab es dadurch für Akteure der Europäischen Union seltener. In den Artikeln des *Economists* traten Vertreter der EU häufiger auch als Sprecher auf; insbesondere im Vergleich zu nationalen oder internationalen Akteuren standen sie deutlich mehr im Fokus der Berichterstattung.

(H2) In den beiden Magazinen werden Akteure aus anderen EU-Ländern erwähnt und zitiert. Es ist jedoch anzunehmen, dass vor allem Politiker aus Griechenland – als Krisenland – sowie den zentralen EU-Mitgliedstaaten eine größere Rolle spielen.

Akteure aus anderen EU-Ländern waren im *Spiegel* und im *Economist* die Personen, die sowohl am häufigsten erwähnt als auch am meisten zitiert wurden. In über 97 Prozent der Artikel tauchte mindes-

tens ein politischer Akteur aus dem EU-Ausland aus. Wie vermutet lag der Schwerpunkt dabei auf Politikern aus Griechenland, gefolgt von Akteuren aus den größten und einflussreichsten Ländern: Frankreich, Großbritannien (im *Spiegel*), Deutschland (im *Economist*), Italien und Spanien. Akteure aus anderen EU-Ländern wurden in die Artikel des *Spiegels* stärker einbezogen als im *Economist*, aber dennoch weniger als Vertreter aus den eben genannten Staaten. Die Hypothese ist richtig.

(T2) Werden andere Mitgliedstaaten beobachtet und inwieweit ergibt sich ein diskursiver Austausch mit diesen Ländern?

Während der Schuldenkrise wurde das Geschehen in anderen Mitgliedstaaten beobachtet und ein diskursiver Austausch fand durch die Zitierung von Akteuren aus dem EU-Ausland statt. Beides war vorwiegend auf Länder beschränkt, die in der EU als einflussreichste Mitglieder gelten. Insbesondere Akteure aus Osteuropa fanden nur wenig Beachtung in den Artikeln. Interviews mit Sprechern aus anderen EU-Ländern, die zusammen mit Gastbeiträgen für Wessler und Brüggemann als größter Indikator für eine transnationale Debatte gelten²⁴⁴, fanden sich in der deutschen Berichterstattung. Es lässt sich feststellen, dass der mediale Diskurs durchaus über den nationalen Rahmen hinausgeht, allerdings nicht alle EU-Länder gleich stark einbezieht. Eine horizontale Europäisierung ist in Teilen zu erkennen.

(H3) Es wird davon ausgegangen, dass insbesondere in Artikeln des *Economists* die nationalen Identifikationen überwiegen, aufgrund der EU-skeptischen Haltung der britischen Regierung, der Sonderstellung Großbritanniens in der Union und den Diskussionen über einen möglichen Brexit. Im *Spiegel* ist mit mehr europäischen Identifikationsbezügen zu rechnen. Allerdings sind auch hier Identifikationen als „Deutsche“ zu erwarten, wenn es um die Darstellung explizit deutscher Interessen, etwa als wirtschaftsstärkstes EU-Land oder als größten Gläubiger Griechenlands in der Euro-Zone, geht.

Insgesamt wurden in beiden Nachrichtenmagazinen mehrheitlich nationale Identifikationen verwendet. Zwar wurde im *Economist* weder „die Briten“ noch „wir Briten“ genannt, aber die Erwähnungen von anderen europäischen Nationen überwogen eindeutig gegenüber denen von „den Europäern“. Zudem gab es eine explizite Abgrenzung von der EU durch den Gebrauch von „sie, die Europäer“. Im *Spiegel* waren europäische Identifikationsbezüge, wie angenommen, etwas häufiger zu finden. Neben impliziten Verweisen auf „die Europäer“ gab es einige explizite, bei denen von „uns Europäern“ die Rede war. Dennoch waren die expliziten und impliziten Identifikationen als „Deutsche“ in der Überzahl. Die Hypothese hat sich damit bestätigt.

(T3) Inwieweit entwickelt sich ein Zugehörigkeitsgefühl zu einer gemeinsamen Öffentlichkeit durch eine implizite und explizite Identifikation als Europäer?

²⁴⁴ Vgl. Wessler; Brüggemann 2012, S. 91.

Ein Zugehörigkeitsgefühl zu einer öffentlichen Debatte, die alle gemeinsam betrifft, sowie die Entwicklung einer kollektiven Identität als Europäer waren in Ansätzen zu erkennen. Es ist davon auszugehen, dass diese nicht in allen Staaten gleichzeitig und gleich stark entsteht. So waren in der deutschen Berichterstattung mehr Identitätsbezüge zur EU erkennbar als in der britischen. Da Identifikationen als Europäer allerdings in beiden Magazinen die häufigsten transnationalen Identitätsbezüge waren, lässt sich schlussfolgern, dass sich am ehesten eine transnationale Identität als „Europäer“ und nicht etwa als „der Westen“ oder als „Nordeuropäer“ entwickelt.

(H4) In dieser Arbeit wird davon ausgegangen, dass die griechische Schuldenkrise gleichzeitig in beiden Wochenzeitungen behandelt wird. Der Umfang ist tendenziell im *Spiegel* höher als im *Economist*, da Deutschland als Mitglied der Euro-Zone noch stärker in die Krise involviert ist.

Tatsächlich hatte das Thema während des Untersuchungszeitraums in beiden Zeitungen eine hohe Priorität. Wie die Ergebnisse gezeigt haben, wurde die Schuldenkrise in verschiedenen Darstellungsformen aufbereitet, tauchte in mehreren Rubriken auf und war im *Spiegel* und im *Economist* in Leitartikeln, auf dem Cover und als Titelstory vertreten. Wie erwartet war die deutsche Berichterstattung umfangreicher als die britische. Der Krise in Griechenland waren im *Spiegel* mehr Artikel gewidmet und auch die Vielfalt an Darstellungsformen war noch einmal größer. Die Hypothese hat sich als richtig erwiesen.

(T4) Wird im *Spiegel* und *Economist* gleichzeitig und in etwa demselben Umfang über die griechische Schuldenkrise berichtet?

Der erste Teil der Frage lässt sich mit Ja beantworten. Die Schuldenkrise war in den zwei Magazinen gleichzeitig das prägende Thema. Die Antwort auf den zweiten Teil ist weniger eindeutig, aber tendenziell ebenfalls Ja. Zwar war der Umfang, wie beschrieben, im *Spiegel* etwas höher, aber in beiden Wochenzeitungen wurden die Fakten umfassend beleuchtet, die Autoren berichteten aus Brüssel und Griechenland und Sprecher mit verschiedenen Positionen kamen zu Wort. Die umfangreichere Berichterstattung lässt sich, wie in der Hypothese vermutet, auf eine stärkere Involvierung Deutschlands in die Euro-Krise zurückführen.

(H5) Es ist anzunehmen, dass sich die britische und die deutsche Berichterstattung in grundlegenden Frames ähneln, wie bei der Einschätzung der Bedeutung der Schuldenkrise für Europa. Zusätzlich finden sich vermutlich auch länderspezifische Argumente, die den unterschiedlichen Einstellungen von Deutschland und Großbritannien gegenüber der EU bzw. ihren Interessen in der Union entsprechen.

Die britische und die deutsche Berichterstattung waren in ihren Frames noch ähnlicher als vorher angenommen. Länderspezifische Argumente fanden sich nur wenige, etwa der Bezug des *Economists* auf den Brexit oder im *Spiegel* die Herausstellung der deutschen Dominanz in der EU. Insbesondere die Argumente für oder gegen einen möglichen Grexit waren im *Spiegel* und *Economist* zu großen Teilen

konvergent, wobei darüber hinaus sogar die gleiche Meinung vertreten wurde. Die Hypothese hat sich weitestgehend bestätigt. Die Ergebnisse gingen noch über die Erwartungen hinaus.

(T5) Werden im *Spiegel* und *Economist* konvergente Frames verwendet?

Es konnte festgestellt werden, dass eine Konvergenz zwischen den Frames in der deutschen und englischen Berichterstattung durchaus besteht. Eine Großzahl der Interpretationsmuster wird von den Autoren beider Nachrichtenmagazine verwendet, wenn auch nicht immer im gleichen Umfang. Das deutet auf eine unterschiedliche Gewichtung hin, die einem Aspekt zugemessen wird. Eine gewisse Distanz der Briten zur Europäischen Union wird vor allem in den Frames in Bezug auf die EU deutlich. Verwendete Interpretationsmuster ähneln denen aus den Artikeln des *Spiegels*, aber die Wortwahl im *Economist* lässt die Briten mehrfach als Beobachter und nicht als betroffenes Mitglied erscheinen.

Nachdem die einzelnen Teilfragen geklärt und Hypothesen geprüft wurden, soll nun die forschungsleitende Frage beantwortet werden.

Inwieweit trägt die Berichterstattung des *Spiegels* und des *Economists* über die Schuldenkrise in Griechenland zur Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit bei?

Die Frage ist differenziert zu beantworten, da die Analyse zu verschiedenen Ergebnissen für die vier Dimensionen von Europäisierung auf Medieninhaltebene geführt hat. Zudem wurden Unterschiede zwischen der englischen und deutschen Berichterstattung sichtbar. Daher soll für die verschiedenen Dimensionen abschließend geklärt werden, inwieweit eine Europäisierung erkennbar ist.

Auf der Ebene „Beobachten transnationalen Regierens“ ist zu erkennen, dass EU-Akteure und -Institutionen während der Schuldenkrise in den Blickpunkt der medialen Berichterstattung gerückt sind. Es wurde in einem Großteil der Artikel Bezug auf sie genommen und ihr Vorgehen transparent gemacht. Daher kann von einer vertikalen Europäisierung gesprochen werden. *Der Spiegel* und *The Economist* tragen auf dieser Ebene zum Entstehen einer europäischen Öffentlichkeit bei. Auch in der Dimension des diskursiven Austauschs ist eine Europäisierung festzustellen. Akteure aus anderen EU-Ländern kamen in Bezug auf die Schuldenkrise häufiger zu Wort als nationale Sprecher, stammten allerdings vorwiegend aus den einflussreicheren EU-Mitgliedsstaaten und Griechenland. Hervorzuheben ist, dass nicht nur Vertreter der verschiedenen Regierungen zitiert wurden, sondern auch Menschen aus anderen Gesellschaftsgruppen. Dies kommt der normativen Anforderung an eine Öffentlichkeit nahe, in der prinzipiell jeder die Möglichkeit haben soll, sich öffentlich zu äußern. In dieser Dimension ist die größte Veränderung im Vergleich zu älteren Studien zu verzeichnen. Sprecher aus anderen europäischen Staaten waren deutlich häufiger in den medialen Diskurs eingebunden, sodass von einer horizontalen Europäisierung gesprochen werden kann. *Der Spiegel* und *The Economist* tragen auch auf dieser Ebene zum Entstehen einer europäischen Öffentlichkeit bei.

Die Frage nach einer Europäisierung auf der dritten Dimension, dem Entstehen einer kollektiven Identität, ist schwieriger zu beantworten. In dieser Ebene fanden sich die größten Unterschiede zwischen der deutschen und der britischen Berichterstattung. Für den *Economist* kann man sagen, dass eine kollektive europäische Identität kaum gefördert wurde. Es war beinahe ebenso oft von „den Europäern“ die Rede, wie eine bewusste Abgrenzung durch „sie, die Europäer“ vorgenommen wurde. Im *Spiegel* sah dies etwas anders aus. Nationale Identifikationen bestimmten zwar erneut die Berichterstattung, dennoch war, auch im Vergleich zu einigen früheren Studien, eine stärkere Zuwendung zur EU und zu der Entwicklung einer gemeinsamen Identität festzustellen. In dieser Dimension trägt die Berichterstattung nur teilweise zum Entstehen einer europäischen Öffentlichkeit bei, im *Spiegel* stärker als im *Economist*.

Die vierte Dimension, die Diskurskonvergenz, weist wieder mehr auf eine Europäisierung der nationalen Öffentlichkeiten hin. Die zwei Wochenzeitungen thematisierten die Schuldenkrise gleichzeitig und in etwa demselben Umfang. Frames und Argumente ähnelten sich während der Berichterstattung über Ländergrenzen hinweg. Darüber hinaus wurden nicht nur dieselben Argumente verwendet, sondern zu meist eine einheitliche Position vertreten. Auch auf dieser Ebene war zu erkennen, dass sich die deutsche Berichterstattung stärker für die EU öffnet als die britische. So wurden vergleichbare Frames in beiden Magazinen verwendet, die teilweise aber den Anschein hatten, dass der *Spiegel* als Teilnehmer und *The Economist* als Beobachter berichtet. Es kann festgestellt werden, dass die Nachrichtenmagazine auf dieser Dimension zum Entstehen einer europäischen Öffentlichkeit beitragen, erneut mit einer stärkeren Tendenz im *Spiegel* als im *Economist*.

Nimmt man die verschiedenen Ebenen zusammen, kann insgesamt von einer segmentierten Europäisierung der nationalen Öffentlichkeiten gesprochen werden. Nicht alle EU-Mitgliedsländer sind gleich stark in eine entstehende europäische Öffentlichkeit eingebunden und im *Spiegel* wird stärker aus einer europäischen Perspektive heraus berichtet als im *Economist*. Trotzdem ist der mediale Diskurs in beiden Ländern nicht auf den nationalen Rahmen beschränkt, sondern geht darüber hinaus. Die Berichterstattung über die Schuldenkrise im *Spiegel* und im *Economist* trägt überwiegend, wenn auch in unterschiedlichem Maße, zum Entstehen einer europäischen Öffentlichkeit bei.

12. FAZIT UND AUSBLICK

Die vorliegende Arbeit hat die Entwicklung einer europäischen Öffentlichkeit untersucht und den Beitrag, den die Berichterstattung im *Spiegel* und *Economist* während der Schuldenkrise dazu geleistet hat, aufgezeigt. Die Ergebnisse wurden mit bestehenden Studien verglichen, sodass zudem sichtbar wurde, inwieweit sich die nationalen Medien stärker der EU und einer gemeinsamen, europaweiten Debatte zuwenden oder sich im Gegenteil wieder mehr auf den nationalen Rahmen beschränken.

Das Entstehen einer europäischen Öffentlichkeit stand bereits im Fokus vieler Forschungen, bei denen die Wissenschaftler mal zu optimistischeren und mal zu pessimistischeren Ergebnissen kamen. Einige, unter anderem Thomas Risse, schlussfolgerten, dass sich in den medialen Berichterstattungen innerhalb der EU ein Wir-Gefühl entwickelt, das über den Nationalstaat hinausgeht, und dass europäische Themen zunehmend als etwas diskutiert werden, das alle gemeinsam betrifft.²⁴⁵ Andere, wie Brüggemann et al., stellten fest, dass es in den vergangenen Jahrzehnten keine stärkere Öffnung der nationalen Öffentlichkeiten füreinander gegeben hat und die Berichterstattung weiter von nationalen Akteuren bestimmt wird.²⁴⁶ Diese Analyse ist eindeutig den eher optimistischeren Studien zuzuordnen.

Die erzielten Ergebnisse zeigten, dass die Berichterstattung über die Schuldenkrise viele der Anforderungen, die analytisch wie auch normativ an eine europäische Öffentlichkeit gestellt werden, erfüllt hat. So kamen in den medialen Debatten Sprecher aus verschiedenen Ländern und unterschiedlichen Gruppen der Gesellschaft zu Wort. Der Diskurs wurde nicht von nationalen Akteuren bestimmt, sondern schloss Politiker wie auch Wirtschaftsexperten, Bürger und Medien aus anderen EU-Ländern ein, sodass eine Vielfalt an Sprechern aus dem transnationalen Raum gegeben war.

Des Weiteren soll eine europäische Öffentlichkeit normativ betrachtet eine Transparenz transnationalen Regierens gewährleisten und den Bürgern innerhalb der EU so eine Kontrolle über die politischen Entscheidungsprozesse ermöglichen. Auch dieser Punkt wurde von der deutschen und englischen Berichterstattung über die Schuldenkrise erfüllt. In einer großen Mehrheit der untersuchten Artikel haben die Autoren auf EU-Institutionen und -Akteure Bezug genommen, deren Handlungen dargelegt und kritisiert. Zudem traten EU-Akteure als Sprecher auf und konnten ihr Vorgehen begründen oder die Situation bewerten, wenn auch nicht so häufig wie nationale Vertreter der verschiedenen Mitgliedsländer.

Auch der normative Anspruch, dass in einer transnationalen Öffentlichkeit die Sprecher nicht nur nationale, sondern auch supranationale Institutionen mit ihren Forderungen adressieren müssen, wurde erfüllt. Die supranationalen Institutionen waren in diesem Fall die Organe und Behörden der EU sowie deren Akteure. In Meinungsartikeln wurden im *Spiegel* und *Economist* bestimmte Handlungen gefordert, etwa Reformen der Euro-Gruppe oder das Verhindern eines Austritts von Griechenland aus der

²⁴⁵ Vgl. Risse 2004, S. 143ff.

²⁴⁶ Vgl. Brüggemann et al. 2007, S. 321.

Euro-Zone und der Europäischen Union. In den Forderungen herrschte eine übernationale Einigkeit, was von einer wachsenden Ähnlichkeit der nationalen Berichterstattungen zeugt.

In einigen Punkten waren allerdings auch Einschränkungen festzustellen. So wird von einer transnationalen Öffentlichkeit gefordert, dass ein Mindestmaß einer kollektiven Identität besteht und sich die öffentlichen Akteure als Teilnehmer einer gemeinsamen Debatte identifizieren. Für diesen Aspekt konnte festgestellt werden, dass nach wie vor das nationale Zugehörigkeitsgefühl überwiegt. Insbesondere bei der britischen Berichterstattung zeigte sich, dass die Journalisten in ihrer Rolle als Sprecher das Geschehen eher als Beobachter und nicht als Teilnehmer beurteilten. Des Weiteren wurde sichtbar, dass nicht alle Mitgliedsstaaten gleich stark in die öffentliche Diskussion eingebunden sind. Der Fokus lag auf Akteuren aus den zentraleren, einflussreicheren Ländern der EU und aus Griechenland.

Für den Untersuchungszeitpunkt während der Schuldenkrise kann daher von einer segmentierten Europäisierung der nationalen Öffentlichkeiten gesprochen werden. *The Economist* und der *Spiegel* tragen beide zum Entstehen einer europäischen Öffentlichkeit bei, allerdings war bei der deutschen Berichterstattung ein größeres Selbstverständnis als Europäer festzustellen als in der britischen. Zudem werden Vertreter aus den 28 EU-Mitgliedsstaaten in unterschiedlichem Maße in die öffentlichen Debatten einbezogen. Für die Schuldenkrise lässt sich dennoch festhalten, dass sie in erster Linie als Motor für das Entstehen einer europäischen Öffentlichkeit gewirkt hat.

Diese Analyse hat sich auf zwei Qualitätszeitungen aus zwei Mitgliedsländern der EU und die Berichterstattung über ein konkretes Thema innerhalb eines Untersuchungszeitraums von drei Wochen beschränkt. Es ergeben sich viele Möglichkeiten die Forschung fortzuführen und zu ergänzen. So könnte die Berichterstattung über die Schuldenkrise in weiteren EU-Staaten untersucht werden, um eventuell auch Unterschiede zwischen Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern der Eurozone zu ermitteln. Daneben wäre ein Vergleich zwischen Qualitäts- und Boulevardpresse interessant, um zu prüfen, inwieweit Unterschiede im Europäisierungsniveau zwischen den Zeitungsgenres erkennbar sind. Eine Erweiterung des Untersuchungszeitraums ist ebenfalls denkbar, wodurch die Berichterstattung zu unterschiedlichen Zeitpunkten während der Schuldenkrise analysiert werden könnte.

Abseits der Schuldenkrise wären weitere monothematische Analysen spannend, bei denen andere Sachverhalte, die die gesamte EU betreffen, im Blickpunkt stehen. Vorstellbar ist eine Untersuchung der transnationalen Berichterstattung über die Flüchtlingssituation in der Europäischen Union, aber auch über Datenschutz und die dazugehörige geplante EU-Grundverordnung.

Die vorliegende Arbeit hat gezeigt, dass in der Europäischen Union ein transnationaler Kommunikationsraum entsteht, der in seiner Entwicklung aber noch nicht abgeschlossen ist. Weitere wissenschaftliche Studien müssen folgen, um zu prüfen, inwieweit ein immer engeres Zusammenwachsen der Länder nicht nur politisch und wirtschaftlich, sondern auch medial und in öffentlichen Diskursen erfolgt.

DARSTELLUNGSVERZEICHNIS

Dar. 1: Modell einer transnationalen Öffentlichkeit.....	15
Dar. 2: Vergleich der Erwähnungen unterschiedlicher Akteure im Spiegel und Economist in Prozent	39
Dar. 3: Sprecher und Erwähnungen politischer Akteure und Institutionen nach Herkunft in Prozent.	40
Dar. 4: Vergleich der Sprecheranteile im Spiegel und Economist	42
Dar. 5: Herkunft der zitierten Sprecher in zwölf europäischen Medien	43
Dar. 6: Gegenüberstellung der im Untersuchungszeitraum erschienenen Artikel nach Thema	47
Dar. 7: Gegenüberstellung der verwendeten Darstellungsformen im Spiegel (li.) und Economist (re.)	48

LITERATURVERZEICHNIS

A moment of triumph. In: *The Economist* Jg. 416, H. 8946 (2015), S. 21.

Athenians at bay. In: *The Economist* Jg. 415, H. 8944 (2015), S. 21.

Augstein, Jakob: Ein paar Lektionen. In: *Der Spiegel* Nr. 28/2015, S. 12.

Bach, Maurizio (2015): Europa ohne Gesellschaft. Politische Soziologie der Europäischen Integration. 2., aktual. Aufl. Wiesbaden: Springer VS (Neue Bibliothek der Sozialwissenschaften). Online verfügbar unter <http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-93430-3>.

Brinkmann, Janis (2015): Ein Hauch von Jasmin. Köln.

Bruha, Thomas; **Rau,** Markus (2004): Europäische Identitätsbildung: die internationale Dimension. In: Franzius, Claudio; Preuß, Ulrich K. (Hg.) (2004): Europäische Öffentlichkeit. 1. Aufl. Baden-Baden, S.289-322.

Brüggemann, Michael et al. (2006): Segmentierte Europäisierung: Trends und Muster der Transnationalisierung von Öffentlichkeiten in Europa. In: Peters, Bernhard; Habermas, Jürgen; Wessler, Hartmut (Hg.) (2007): Der Sinn von Öffentlichkeit. 1. Aufl., Orig.-Ausg. Frankfurt am Main, S. 298-321.

Brüggemann, Michael et al. (2009): Transnationale Öffentlichkeit in Europa. Forschungsstand und Perspektiven. In: *Publizistik* Jg. 54, H. 4 (2009), S. 391-414

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb (Hg.) 2015: Europäische Union, überarb. Neuauflage. Informationen zur politischen Bildung Nr. 279/2015. Bonn.

Eder, Klaus (2004): Europäische Öffentlichkeit und multiple Identitäten – das Ende des Volksbegriffs?. In: Franzius, Claudio; Preuß, Ulrich K. (Hg.) (2004): Europäische Öffentlichkeit. 1. Aufl. Baden-Baden, S. 61-80.

Ertel, Manfred: „Alles nicht so ernst“. In: *Der Spiegel* Nr. 29/2015, S. 80-81.

Europe's future in Greece's hands. In: *The Economist* Jg. 416, H. 8945 (2015), S. 9.

Fichtner, Ullrich; **Minkmar,** Nils; **Smolczyk,** Alexander: Kein Wille, kein Weg. In: *Der Spiegel* Nr. 29/2015, S. 17-22.

Fleischhauer, Jan: Das Geld der anderen. In: *Der Spiegel* Nr. 29/2015, S. 15.

Früh, Werner (2007): Inhaltsanalyse. Theorie und Praxis. 6., überarb. Aufl. Konstanz.

Gradations of Grexit. In: *The Economist* Jg. 416, H. 8946 (2015), S. 21-22.

- Habermas**, Jürgen (1962): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. *Politica*. Abhandlungen und Texte zur politischen Wissenschaft, Band 4. Neuwied.
- Hesse**, Marin et al.: Widerspruch, ungelöst. In: *Der Spiegel* Nr. 28/2015, S. 22-25.
- Hesse**, Martin; **Mahler**, Armin: „Ziemlich cool“. In: *Der Spiegel* 28/2015, S. 64-67.
- Heyer**, Julia Amalia: Der Anti-Tsipras. In: *Der Spiegel* Nr. 29/2015, S. 82-83.
- Heyer**, Julia Amalia: „Eine Welt von gestern“. In: *Der Spiegel* Nr. 28/2015, S. 86-88.
- Heyer**, Julia Amalia; **Kuntz**, Katrin; **Smolczyk**, Alexander: Operation „Ochi“. In: *Der Spiegel* Nr. 28/2015, S. 80-85.
- Heyer**, Julia Amalia; **Smolczyk**, Alexander: Drachme im Museum. In: *Der Spiegel* Nr. 27/2015, S. 79-81.
- Huyer**, Marc: Der Fluch der Troika. In: *Der Spiegel* Nr. 29/2015, S. 66-67.
- Hüetlin**, Thomas; **Pfister**, René: „Der Euro ist gescheitert“. In: *Der Spiegel* Nr. 29/2015, S. 30-31.
- Jäckel**, Michael (2005): Medienwirkungen. Ein Studienbuch zur Einführung. 3., überarb. und erw. Aufl. Wiesbaden.
- Kantner**, Cathleen (2003): Öffentliche politische Kommunikation in der EU. Eine hermeneutisch-pragmatische Perspektive. In: Klein, Ansgar et al. (Hg.) 2003: Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa. Wiesbaden, S. 215-232.
- Kantner**, Cathleen (2006): Die thematische Verschränkung nationaler Öffentlichkeiten in Europa und die Qualität transnationaler politischer Kommunikation. In: Imhof, Kurt et al. (Hg.) 2006: Demokratie in der Mediengesellschaft. Wiesbaden, S. 145-160.
- Kurbjuweit**, Dirk: Nicht Europa, sondern Anti-Europa. In: *Der Spiegel* Nr. 27/2015, S. 8.
- Kuntz**, Katrin: Die Angst vor dem G-Wort. In: *Der Spiegel* Nr. 29/2015, S. 78-80.
- Leick**, Roman: „Denkverbote aufheben“. In: *Der Spiegel* Nr. 28/2015, S. 124-126.
- Lichtenstein**, Dennis; **Eilders**, Christine (2015): Konstruktionen europäischer Identität in den medialen Debatten zur EU-Verfassung. Ein inhaltsanalytischer Vergleich von fünf EU-Staaten. In: *Publizistik* Jg. 60, H. 3 (2015), S. 277–303.
- Maurer**, Marcus; **Reinemann**, Carsten (2006): Medieninhalte. Eine Einführung. Wiesbaden.

Minkmar, Nils: Europa als Emergency Room. In: *Der Spiegel* Nr. 28/2015, S. 122-123.

Müller, Peter et al.: Gegen die Wand. In: *Der Spiegel* Nr. 29/2015, S. 24-27.

Müller, Peter et al.: Geld oder Regeln. In: *Der Spiegel* Nr. 27/2015, S. 28-30.

Müller, Peter; Pfister, René: „Ich bin da gespalten“. In: *Der Spiegel* Nr. 28/2015, S. 16-20.

Neidhardt, Friedhelm (1994): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Neidhardt, Friedhelm (Hg.) 1994: Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Sonderheft 34. Opladen, S. 7-41.

On the cusp of the cusp. In: *The Economist* Jg. 416, H. 8946 (2015), S. 22.

Peters, Bernhard (1994): Der Sinn von Öffentlichkeit. In: Peters, Bernhard; Habermas, Jürgen; Wessler, Hartmut (Hg.) 2007: Der Sinn von Öffentlichkeit. 1. Aufl., Orig.-Ausg. Frankfurt am Main. S.55-102.

Peters, Bernhard (1997): Über öffentliche Deliberation und öffentliche Kultur. Peters, Bernhard; Habermas, Jürgen; Wessler, Hartmut (Hg.) 2007: Der Sinn von Öffentlichkeit. 1. Aufl., Orig.-Ausg. Frankfurt am Main, S. 103-186.

Peters, Bernhard (1999): Nationale und transnationale Öffentlichkeiten – Eine Problemskizze. In: Peters, Bernhard; Habermas, Jürgen; Wessler, Hartmut (Hg.) 2007: Der Sinn von Öffentlichkeit. 1. Aufl., Orig.-Ausg. Frankfurt am Main, S. 283-297.

Peters, Bernhard; **Schultz**, Tanjev; **Wimmel**, Andreas (2004): Publizistische Beiträge zu einer diskursiven Öffentlichkeit. In: Peters, Bernhard; Habermas, Jürgen; Wessler, Hartmut (Hg.) 2007: Der Sinn von Öffentlichkeit. Frankfurt am Main, S. 203-246.

Peters, Bernhard (2005): Öffentlicher Diskurs, Identität und das Problem demokratischer Legitimität. In: Peters, Bernhard; Habermas, Jürgen; Wessler, Hartmut (Hg.) 2007: Der Sinn von Öffentlichkeit. 1. Aufl., Orig.-Ausg. Frankfurt am Main, S. 322-376.

Preuß, Ulrich K. (2013): Notleidend: Defizite europäischer Öffentlichkeit. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* Jg. 26, H. 2 (2013), S. 12-17.

Reactions to a referendum. In: *The Economist* Jg. 416, H. 8946 (2015), S. 20.

Right back where we started. In: *The Economist* Jg. 416, H. 8945 (2015), S. 60.

Risse, Thomas (2004): Auf dem Weg zu einer europäischen Kommunikationsgemeinschaft: Theoretische Überlegungen und empirische Evidenz. In: Franzius, Claudio; Preuß, Ulrich K. (Hg.) (2004): Europäische Öffentlichkeit. 1. Aufl. Baden-Baden, S. 139-154.

Sauga, Michael: Die Logik des Pokerspiels. In: *Der Spiegel* Nr. 29/2015, S. 10.

Scheufele, Betram (2004): Framing-Effekte auf dem Prüfstand. Eine theoretische, methodische und empirische Auseinandersetzung mit der Wirkungsperspektive des Framing-Ansatzes. In: *Medien & Kommunikationswissenschaft* Jg. 52, H. 1 (2004), S. 30-55. Online verfügbar unter http://www.m-und-k.nomos.de/fileadmin/muk/doc/MuK_04_01.pdf.

So, we meet again. In: *The Economist* Jg. 416, H. 8946 (2015), S. 19-20.

The dept trap. In: *The Economist* Jg. 416, H. 8946 (2015), S. 60.

The end of fudge. In: *The Economist* Jg. 416, H. 8945 (2015), S. 25.

The ties that bind. In: *The Economist* Jg. 415, H. 8944 (2015), S. 26.

The way ahead In: *The Economist* Jg. 416, H. 8946 (2015), S. 11.

There comes up a day. In: *The Economist* Jg. 416, H. 8945 (2015), S. 18-20.

Trenz, Hans-Jörg (2003): Auf der Suche nach einer europäischen Öffentlichkeit. In: Klein, Ansgar et al. (Hg.) 2003: Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa. Wiesbaden, S. 161-170.

Van de Steeg, Marianne (2003): Bedingungen für die Entstehung von Öffentlichkeit in der EU. In: Klein, Ansgar et al. (Hg.) 2003: Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa. Wiesbaden, S. 171-192.

Von Rohr, Mathieu: No Grexit. In: *Der Spiegel* Nr. 29/2015, S. 28.

Vorwiegend mitleidlos. In: *Der Spiegel* Nr. 28/2015, S. 26.

Wessler, Hartmut; Brüggemann, Michael (2012): Transnationale Kommunikation. Eine Einführung. Heidelberg.

Wiedemann-Schmidt, Wolf: Ausgeträumt. In: *Der Spiegel* Nr. 28/2015, S. 27.

QUELLENVERZEICHNIS

EU-Vertrag. <https://dejure.org/gesetze/EU/1.html> [14. 12. 2015].

Landeszentrale für Politische Bildung Baden-Württemberg (2015): Finanzkrise in Griechenland. https://www.lpb-bw.de/finanzkrise_griechenland.html#c23891 [08.01.2015].

Pfetsch, Barbara; Heft, Annett: Europäische Öffentlichkeit – Entwicklung transnationaler Medienkommunikation, http://www.bpb.de/apuz/31967/europaeische-oeffentlichkeit-entwicklung-transnationaler-medienkommunikation?p=all#footnodeid_2-2 [05.01.2016].

Pfetsch, Barbara: The Voice of the Media in European Public Sphere: Comparative Analysis of Newspaper Editorials <http://europub.wzb.eu/Data/reports/WP3/D3-4%20WP3%20Integrated%20Report.pdf>, [03.02.2016].

Trauthig, Julian (2015): Was passiert eigentlich gerade mit Griechenland? http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/eurokrise/griechenland/griechenlands-schuldenkrise-und-der-grexit-ein-ueberblick-13676977.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2 [08.01.2016].

TABELLARISCHER ANHANG

1. *Der Spiegel*

Tabelle 1.1: Sprecher

Sprecher	Anzahl der Artikel, in denen der Sprecher zitiert wird	Zuordnung
Merkel	7	National
Schäuble	3	National
Kohl	3	National
New York Times	3	International (USA)
Tsipras	3	EU-Mitgliedsland (GRC)
Juncker	3	EU
Habermas	2	National
Lagarde	2	International
IWF	2	International
Muscat	2	EU-Mitgliedsland (MLT)
Kathimerini (Zeitung)	2	EU-Mitgliedsland (GRC)
Yaroufakis	2	EU-Mitgliedsland (GRC)
Filis (Fraktionschef Syriza)	2	EU-Mitgliedsland (GRC)
Dijsselbloem	1	EU
Draghi	1	EU
EU-Diplomat	1	EU
EZB/EU-Kommission	1	EU
Martin Schulz	1	EU
Selmayr	1	EU
Wieser	1	EU
Strache	1	EU-Mitgliedsland (AT)
Elio di Rupo	1	EU-Mitgliedsland (BE)
Borissow	1	EU-Mitgliedsland (BGR)
Babis	1	EU-Mitgliedsland (CZE)
Frederiksen	1	EU-Mitgliedsland (DK)
Rajoy	1	EU-Mitgliedsland (ES)
Sester	1	EU-Mitgliedsland (EST)
Stubb	1	EU-Mitgliedsland (FIN)
Thomas Piketty	1	EU-Mitgliedsland (FR)
Michel Sapin	1	EU-Mitgliedsland (FR)
Hollande	1	EU-Mitgliedsland (FR)

Margaret Thatcher	1	EU-Mitgliedsland (GB)
Abgeordneter Nea Demokratia	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Boutaris (Bürgermeister)	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Bürger	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Charlampidou (stellv. Parlamentspräsidentin)	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Chryssoveloni (Unabhängige Griechen)	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Dragasakis (Wirtschaftsminister)	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Economides (Werbechef)	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Filis-Assistent	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Firmenchef	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Frau	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Georgiadis (Konservative)	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Handelskammerchef	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Kalyvas (Professor)	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Kammenos (Verteidigungsminister)	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Katrougalos (Syriza)	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Katsoula (Arbeitslose)	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Konstantopoulou (Syriza)	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Linatsas (GF Beratergruppe)	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Manolas (Finanzministerium)	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Michelogiannakis (Syriza)	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Mpregiannis	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Museumswärterin	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Nikolados (Fleischer)	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Ökonom	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Panagiotaros (Goldene Morgenröte)	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Panagiotopoulos (Nea Demokratia)	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Papapoulious (Rentner)	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Pappas (Staatsminister)	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Pithis (Reiseagentur-Chef)	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Pusic	1	EU-Mitgliedsland (HRV)
Orbán	1	EU-Mitgliedsland (HU)
Kenny	1	EU-Mitgliedsland (IRL)
Renzi	1	EU-Mitgliedsland (IT)
Grybauskaitė	1	EU-Mitgliedsland (LTU)
Vaidere	1	EU-Mitgliedsland (LTV)
Bettel	1	EU-Mitgliedsland (LUX)
Balceorwitz	1	EU-Mitgliedsland (PL)
Coelho	1	EU-Mitgliedsland (PRT)
Gorghiu	1	EU-Mitgliedsland (ROU)

Fico	1	EU-Mitgliedsland (SVK)
Cerar	1	EU-Mitgliedsland (SVN)
Löfven	1	EU-Mitgliedsland (SWE)
Fond-Experte Washington	1	International
Israelischer Botschafter	1	International
Gross	1	International (USA)
Kissinger	1	International (USA)
Lachmann	1	International (USA)
Stiglitz	1	International (USA)
Chopra	1	International (USA)
Scheuer	1	National
Schäuble Berater	1	National
Schäuble Mitarbeiter	1	National
Fuest	1	National
Enderlein	1	National
Schimmelfennig	1	National
Deutscher Auswanderin	1	National
Deutscher Auswanderer	1	National
Deutscher Auswanderer	1	National
Deutscher Auswanderin	1	National
Deutscher Auswanderer	1	National
Wöhrmann (Fondsgesellschaft)	1	National
Fossbach (Vermögensverwaltung)	1	National
Kraemer (Ratingagentur)	1	National
El-Erian (Allianz)	1	National
Ehrhardt (DJE Kapital)	1	National
Hans Werner Sinn	1	National
Hölderlin	1	National
Richter	1	National
Novalis	1	National
Grass	1	National
Rondholz	1	National
Bloch	1	National
Deutsch	1	National
Kister (SZ)	1	National
Steltzner (FAZ)	1	National
Merkel Berater	1	National
Brecht	1	National

Tabelle 1.2: Erwähnung politischer Akteure/ Institutionen

Politischer Akteur / Institution	Anzahl der Artikel, in denen der Akteur erwähnt wird	Zuordnung
Tsipras	14	EU-Mitgliedsland (GRC)
Merkel	14	National
Griechische Regierung	13	EU-Mitgliedsland (GRC)
EZB	10	EU
IWF	10	International
Syriza	9	EU-Mitgliedsland (GRC)
Yaroufakis	8	EU-Mitgliedsland (GRC)
Juncker	7	EU
EU-Kommission	7	EU
Schäuble	7	National
Kohl	7	National
Euro-Gruppe	6	EU
Europaparlament	5	EU
Front National	4	EU-Mitgliedsland (FR)
Marine Le Pen	4	EU-Mitgliedsland (FR)
Mitterrand	3	EU-Mitgliedsland (FR)
Hollande	3	EU-Mitgliedsland (FR)
Jaques Delors	3	EU-Mitgliedsland (FR)
Cameron	3	EU-Mitgliedsland (GB)
Pasok (Partei)	3	EU-Mitgliedsland (GRC)
Samaras (ehemaliger Premier)	3	EU-Mitgliedsland (GRC)
Renzi	3	EU-Mitgliedsland (IT)
Lagarde	3	International
Putin	3	International (RUS)
Dijsselbloem	3	EU
Podemos	3	EU-Mitgliedsland (ES)
Draghi	2	EU
Trichet	2	EU
Selmayr	2	EU
Dragasakis (Wirtschaftsminister)	2	EU-Mitgliedsland (GRC)
Goldene Morgenröte	2	EU-Mitgliedsland (GRC)
Kammenos (Verteidigungsminister)	2	EU-Mitgliedsland (GRC)
Lafazanis (Abgeordneter)	2	EU-Mitgliedsland (GRC)
Nea Democratia	2	EU-Mitgliedsland (GRC)
Papandreou (Politiker)	2	EU-Mitgliedsland (GRC)

Pavlopoulous (Präsident)	2	EU-Mitgliedsland (GRC)
Unabhängige Griechen	2	EU-Mitgliedsland (GRC)
Orbán	2	EU-Mitgliedsland (HU)
Berlusconi	2	EU-Mitgliedsland (IT)
Grybauskaité	2	EU-Mitgliedsland (LTU)
Muscat	2	EU-Mitgliedsland (MLT)
Fico	2	EU-Mitgliedsland (SVK)
Bundesregierung	2	National
CDU-Präsidium	2	National
Adenauer	2	National
Bundestag	2	National
Schröder	2	National
Willi Brandt	2	National
Europäische Linke	1	EU
Europäischer Rat	1	EU
EU-Diplomat	1	EU
Euro-Arbeitsgruppe	1	EU
Tusk	1	EU
EU-Währungskommissar	1	EU
Martin Schulz	1	EU
Wieser	1	EU
Strache	1	EU-Mitgliedsland (AT)
Faymann	1	EU-Mitgliedsland (AT)
Belgische Regierung	1	EU-Mitgliedsland (BEL)
Elio di Rupo	1	EU-Mitgliedsland (BEL)
Borrissow	1	EU-Mitgliedsland (BGR)
Anastasiadis	1	EU-Mitgliedsland (CYP)
Babis	1	EU-Mitgliedsland (CZE)
Frederiksen	1	EU-Mitgliedsland (DK)
Rajoy	1	EU-Mitgliedsland (ES)
Sester	1	EU-Mitgliedsland (EST)
Stubb	1	EU-Mitgliedsland (FIN)
Schuman	1	EU-Mitgliedsland (FR)
Thomas Piketty	1	EU-Mitgliedsland (FR)
Michel Sapin	1	EU-Mitgliedsland (FR)
Charles de Gaulle	1	EU-Mitgliedsland (FR)
Fabius (Außenminister)	1	EU-Mitgliedsland (FR)
Französische Regierung	1	EU-Mitgliedsland (FR)
Margaret Thatcher	1	EU-Mitgliedsland (GB)
Churchill	1	EU-Mitgliedsland (GB)

Aristera Platform	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Boutaris (Bürgermeister)	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Charlampidou (stellv. Parlamentspräsidentin)	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Chryssoveloni (Unabhängige Griechen)	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Filis (Fraktionschef Syriza)	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Georgiadis (Konservative)	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Katrougalos (Syriza)	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Konstantopoulou (Syriza)	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Griechisches Finanzministerium	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Manolas (Finanzministerium)	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Metaxas	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Michelogiannakis (Syriza)	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Panagiotaros (Goldene Morgenröte)	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Panagiotopoulos (Nea Demokratia)	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Pappas (Staatsminister)	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Tskaolotos	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
To Potani	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Vizefinanzminister	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Pusic	1	EU-Mitgliedsland (HRV)
Kenny	1	EU-Mitgliedsland (IRL)
Italienische Regierung	1	EU-Mitgliedsland (IT)
Mussolini	1	EU-Mitgliedsland (IT)
Vaidere	1	EU-Mitgliedsland (LTV)
Bettel	1	EU-Mitgliedsland (LUX)
Luxemburgische Regierung	1	EU-Mitgliedsland (LUX)
Lubbers	1	EU-Mitgliedsland (NL)
Niederländische Regierung	1	EU-Mitgliedsland (NL)
Rutte	1	EU-Mitgliedsland (NL)
Balceorwitz	1	EU-Mitgliedsland (PL)
Coelho	1	EU-Mitgliedsland (PRT)
Soares	1	EU-Mitgliedsland (PRT)
Gorghiu	1	EU-Mitgliedsland (ROU)
Cerar	1	EU-Mitgliedsland (SVN)
Löfven	1	EU-Mitgliedsland (SWE)
Palme	1	EU-Mitgliedsland (SWE)
Chinesischer Präsident	1	International
Nato	1	International
Israelische Regierung	1	International

Mao	1	International (CHN)
Lenin	1	International (RUS)
Amerikanischer Kongress	1	International (USA)
Republikaner (USA)	1	International (USA)
Kissinger	1	International (USA)
Amerikanischer Präsident	1	International (USA)
US-Notenbank	1	International (USA)
Präsident Venezuela	1	International (VEN)
Regierung Venezuela	1	International (VEN)
Hugo Chávez	1	International (VEN)
CDU	1	National
Bundesfinanzministerium	1	National
Julia Klöckner	1	National
Lucke	1	National
Lafontaine	1	National
Gabriel	1	National
Hitler	1	National
SPD	1	National
Unionsfraktion	1	National
Kauder (Fraktionschef)	1	National
Scheuer	1	National
Altmaier	1	National
Meyer-Landrut	1	National

Tabelle 1.3: Zusammenfassung *Der Spiegel*

Indikator	Ausgabe vom	Ausgabe vom	Ausgabe vom	Gesamt	
	27.6.	4.7.	11.7.	Anzahl	Prozent
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	
Artikel insgesamt (<i>Textlänge mind. eine Spalte</i>)	37	41	40	118	100
Artikel zur EU und/oder einem Mitgliedsland	5	10	12	27	22,9
Artikel zur Schuldenkrise	3	10 (+Cover)	10 (+Cover)	23	19,5
Darstellungsformen (<i>alle folgenden Zeilen beziehen sich ausschließlich auf Artikel zur Schuldenkrise</i>)	1 Analyse, 1 Feature, 1 Leitartikel	2 Interviews, 2 Analysen, 1 Essay, 1 Voxpop, 2 Features, 1 Bericht 1 Kolumne	2 Analysen, 2 Features, 2 Interviews, 1 Leitartikel, 1 Kommentar, 1 Porträt, 1 Kolumne	5 Analysen 5 Features 4 Interviews 2 Kolumnen 2 Leitartikel 1 Bericht 1 Essay 1 Kommentar 1 Porträt 1 Voxpop	
Interviews insgesamt	0	2	2	4	100
Interview national	0	1	1	2	50
Interview EU-Mitgliedsstaat	0	1	1	2	50
Gastbeitrag national	0	0	0	0	
Gastbeitrag EU-Mitgliedsstaat	0	0	0	0	
Sprecher insgesamt	17	69	46	132	100
Nationale Sprecher	4	21	18	43	32,6
EU-Sprecher	2	3	5	10	7,6
Sprecher aus EU-Staaten	9	40	16	65	49,2
Internationale Sprecher	2	5	7	14	10,6
Erwähnungen politischer Institutionen/ Akteure insgesamt	42	137	111	290	100
Erwähnungen nationaler Akteure	12	19	22	53	18,3
Erwähnungen EU-Akteure	10	22	20	52	17,9
Erwähnungen Akteure aus EU-Staaten	16	88	52	156	53,8

Erwähnungen internationale Akteure	4	8	17	29	10
Artikel, in denen EU-Akteure erwähnt werden	3	8	6	17	73,9
Artikel, in denen nationale Akteure erwähnt werden	3	5	8	16	69,6
Artikel, in denen Akteure aus EU-Staaten erwähnt werden	3	10	9	22	95,7
Artikel, in denen internationale Akteure erwähnt werden	3	4	9	16	69,6
Erwähnungen kollektiver Identitäten insgesamt	11	45	29	191	100
Erwähnung „die Europäer“	3	15	14	32	16,8
Erwähnung „die Deutschen“	5	17	13	35	18,3
Erwähnung „die Griechen“	11	46	47	104	54,4
Erwähnung „die Franzosen“	0	2	1	3	1,6
Erwähnung anderer nationaler Identität	0	7	7	14	7,3
Erwähnung anderer transnationaler Identitäten	0	1	2	3	1,6
Verwendung expliziter Identifikationen insgesamt	3	14	3	20	100
Verwendung „wir Europäer“	3	3	1	7	35
Verwendung „wir Deutschen“	0	11	2	13	65

2. *The Economist*

Tabelle 2.1: Sprecher

Sprecher	Anzahl der Artikel, in denen der Sprecher zitiert wird	Zuordnung
Tusk	3	EU
Tsipras	2	EU-Mitgliedsland (GRC)
EU-Kommissions-Beamter	2	EU
EU-Beamter	2	EU
EU-Funktionär	1	EU
Draghi	1	EU
Noyer (EZB-Rat)	1	EU
Juncker	1	EU
EZB-Direktoriumsmitglied	1	EU
Gläubiger	1	EU-Mitgliedsland
Guntram Wolff (Bruegel)	1	EU-Mitgliedsland (DE)
Merkel	1	EU-Mitgliedsland (DE)
Gabriel	1	EU-Mitgliedsland (DE)
Scheuer	1	EU-Mitgliedsland (DE)
Iglesias	1	EU-Mitgliedsland (ESP)
Stubb	1	EU-Mitgliedsland (FIN)
Verón (Bruegel)	1	EU-Mitgliedsland (FR)
Hollande	1	EU-Mitgliedsland (FR)
Juppe	1	EU-Mitgliedsland (FR)
Le Pen	1	EU-Mitgliedsland (FR)
Griechischer Bürger	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Griechische Regierung	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Cavafy (Dichter)	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Arbeitslose	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Student	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Yaroufakis	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Abgeordneter To Potami	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Ehemaliger Politiker	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Kamenos (Verteidigungsminister)	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Rentnerin	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Arbeiterin	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Banker	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Mardas (stellv. Außenminister)	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Renzi	1	EU-Mitgliedsland (IT)

Rutte	1	EU-Mitgliedsland (NL)
Rahman (Eurasia Group)	1	International
William Hague	1	National
Alberto Gallo (RBS)	1	National

Tabelle 2.2: Erwähnungen politischer Institutionen und Akteure

Politischer Akteur / Institution	Anzahl der Artikel, in denen der Akteur erwähnt wird	Zuordnung
EZB	9	EU
Tsipras	9	EU-Mitgliedsland (GRC)
Syriza	8	EU-Mitgliedsland (GRC)
Griechische Regierung	6	EU-Mitgliedsland (GRC)
IWF	6	International
Yaroufakis	5	EU-Mitgliedsland (GRC)
EU-Kommission	4	EU
Merkel	4	EU-Mitgliedsland (DE)
Tusk	3	EU
Draghi	3	EU
Schäuble	3	EU-Mitgliedsland (DE)
Hollande	3	EU-Mitgliedsland (FR)
Yaroufakis	3	EU-Mitgliedsland (GRC)
Europäischer Rat	2	EU
Juncker	2	EU
EU-Kommissions-Beamter	2	EU
EU-Beamter	2	EU
Bundestag	2	EU-Mitgliedsland (DE)
Gabriel	2	EU-Mitgliedsland (DE)
Nea Demokratia	2	EU-Mitgliedsland (GRC)
Unabhängige Griechen	2	EU-Mitgliedsland (GRC)
To Potami	2	EU-Mitgliedsland (GRC)
Griechisches Parlament	2	EU-Mitgliedsland (GRC)
Papandreou (Politiker)	2	EU-Mitgliedsland (GRC)
Griechische Regierung	2	EU-Mitgliedsland (GRC)
EU-Funktionär	1	EU
Euro-Gruppe	1	EU
EZB-Ratsmitglied	1	EU
Noyer (EZB-Rat)	1	EU
Präsidenten der 5 EU-Institutionen	1	EU
Bundesbank	1	EU-Mitgliedsland (DE)
CDU	1	EU-Mitgliedsland (DE)
CSU	1	EU-Mitgliedsland (DE)
Deutsche Regierung	1	EU-Mitgliedsland (DE)
Scheuer	1	EU-Mitgliedsland (DE)
SPD	1	EU-Mitgliedsland (DE)

Iglesias (Podemos)	1	EU-Mitgliedsland (ESP)
Stubb	1	EU-Mitgliedsland (FIN)
Juppe	1	EU-Mitgliedsland (FR)
Le Pen	1	EU-Mitgliedsland (FR)
Abgeordneter To Potami	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Ehemaliger Mittelinks-Politiker	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Flambouraris (Staatsminister)	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Kamenos (Verteidigungsminister)	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Konstantopoulou (Präsidentin des Parlaments)	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Mardas (stellv. Außenminister)	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Samaras	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Tsakalotos (Finanzminister)	1	EU-Mitgliedsland (GRC)
Renzi	1	EU-Mitgliedsland (IT)
Rutte	1	EU-Mitgliedsland (NL)
Nato	1	International
Federal Reserve	1	International (USA)
US-Kongress	1	International (USA)
Conservative Party	1	National
Independence Party	1	National
William Hague	1	National

Tabelle 2.3: Zusammenfassung *The Economist*

Indikator	Ausgabe vom	Ausgabe vom	Ausgabe vom	Gesamt	
	27.6.	4.7.	11.7.	Anzahl	Prozent
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Prozent
Artikel insgesamt (<i>Textlänge mind. eine Spalte</i>)	62	65	63	190	100
Artikel zur EU und/oder einem Mitgliedsland	9	10	10	29	15,3
Artikel zur Schuldenkrise	2	4 (+Cover)	7 (+Cover)	13	6,8
Darstellungsformen (<i>alle folgenden Zeilen beziehen sich ausschließlich auf Artikel zur Schuldenkrise</i>)	1 Bericht 1 Kolumne	2 Kolumnen 1 Analyse 1 Leitartikel	3 Analysen 1 Feature 1 Kolumne 1 Leitartikel 1 Voxpop	4 Analysen 4 Kolumnen 2 Leitartikel 1 Bericht 1 Feature 1 Voxpop	
Interviews insgesamt	0	0	0	0	0
Interview national	0	0	0	0	0
Interview EU-Mitgliedsstaat	0	0	0	0	0
Gastbeitrag national	0	0	0	0	0
Gastbeitrag EU-Mitgliedsstaat	0	0	0	0	0
Sprecher insgesamt	2	13	29	44	100
Nationale Sprecher	0	2	0	2	4,5
EU-Sprecher	0	4	8	12	27,3
Sprecher aus EU-Staaten	1	7	21	29	65,9
Internationale Sprecher	1	0	0	1	2,3
Erwähnungen politischer Institutionen/ Akteure insgesamt	20	35	55	110	100
Erwähnungen nationaler Akteure	0	3	0	3	2,7
Erwähnungen EU-Akteure	5	8	14	27	24,6
Erwähnungen Akteure aus EU-Staaten	13	20	38	71	64,5
Erwähnungen internationale Akteure	2	4	3	9	8,2
Artikel, in denen EU-Akteure erwähnt werden	2	4	5	11	84,6

Artikel, in denen nationale Akteure erwähnt werden	0	2	0	2	15,4
Artikel, in denen Akteure aus EU-Staaten erwähnt werden	2	4	7	13	100
Artikel, in denen internationale Akteure erwähnt werden	2	3	4	9	69,2
Erwähnungen kollektiver Identitäten insgesamt	3	16	22	41	100
Erwähnung „die Europäer“	0	1	5	6	14,6
Erwähnung „die Briten“	0	0	0	0	0
Erwähnung „die Griechen“	3	13	15	31	75,6
Erwähnung „die Deutschen“	0	1	1	2	4,9
Erwähnung anderer transnationaler Identitäten	0	1	1	2	4,9
Explizite Identifikationen insgesamt	0	3	0	3	100
Verwendung „sie, die Europäer“	0	3	0	3	100
Verwendung „wir Europäer“	0	0	0	0	0
Verwendung „wir Briten“	0	0	0	0	0

3. Vergleich

Tabelle 3.1: Vergleich *Der Spiegel* und *The Economist*

Indikator	<i>Der Spiegel</i>		<i>The Economist</i>		Gesamt	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Artikel insgesamt (<i>Textlänge mind. eine Spalte</i>)	118	100	190	100	308	100
Artikel zur EU und/oder einem Mitgliedsland	27	22,9	29	15,3	56	18,2
Artikel zur Schuldenkrise	23	19,5	13	6,8	36	11,7
Darstellungsformen (<i>alle folgenden Zeilen beziehen sich ausschließlich auf Artikel zur Schuldenkrise</i>)	5 Analysen 5 Features 4 Interviews 2 Kolumnen 2 Leitartikel 1 Bericht 1 Essay 1 Kommentar 1 Porträt 1 Voxpop		4 Analysen 4 Kolumnen 2 Leitartikel 1 Bericht 1 Feature 1 Voxpop		9 Analysen 6 Kolumnen 6 Features 4 Interviews 4 Leitartikel 2 Voxpops 2 Berichte 1 Essay 1 Kommentar 1 Porträt	
Interviews insgesamt	4	100	0	100	4	100
Interview national	2	50	0	100	2	50
Interview EU-Mitgliedsstaat	2	50	0	100	2	50
Gastbeitrag national	0	100	0	100	0	100
Gastbeitrag EU-Mitgliedsstaat	0	100	0	100	0	100
Sprecher insgesamt	132	100	44	100	176	100
Nationale Sprecher	43	32,6	2	4,5	45	25,6
EU-Sprecher	10	7,6	12	27,3	22	12,5
Sprecher aus EU-Staaten	65	49,2	29	65,9	94	53,4
Internationale Sprecher	14	10,6	1	2,3	15	8,5
Erwähnung politischer Institutionen/ Akteure insgesamt	290	100	110	100	400	100
Erwähnung nationaler Akteure	53	18,3	3	2,7	56	14
Erwähnung EU-Akteure	52	17,9	27	24,6	79	19,75
Erwähnung Akteure aus EU-Staaten	156	53,8	71	64,5	227	56,75
Erwähnung internationale Akteure	29	10	9	8,2	38	9,5

Artikel, in denen EU-Akteure erwähnt werden	17	73,9	11	84,6	28	77,7
Artikel, in denen nationale Akteure erwähnt werden	16	69,6	2	15,4	18	50
Artikel, in denen Akteure aus EU-Staaten erwähnt werden	22	95,7	13	100	35	97,2
Artikel, in denen internationale Akteure erwähnt werden	16	69,6	9	69,2	25	69,4
Erwähnungen kollektiver Identitäten insgesamt	191	100	41	100	232	100
Erwähnung „die Europäer“	32	16,8	6	14,6	38	16,4
Erwähnung „die Deutschen“ (im <i>Spiegel</i>) bzw. „die Briten“ (im <i>Economist</i>)	35	18,3	0	0	35	15,1
Erwähnung „die Griechen“	104	54,4	31	75,6	135	58,2
Erwähnung „die Franzosen“	3	1,6	0	0	3	1,3
Erwähnung anderer nationaler Identitäten	14	7,3	2	4,9	16	6,9
Erwähnung anderer transnationaler Identitäten	3	1,6	2	4,9	5	2,1
Verwendungen expliziter Identifikationen insgesamt	20	100	3	100	23	100
Verwendung, „sie, die Europäer“	0	0	3	100	3	13,1
Verwendung „wir Europäer“	7	35	0	0	7	30,4
Verwendung „wir Deutschen“ (im <i>Spiegel</i>) bzw. „wir Briten“ (im <i>Economist</i>)	13	65	0	0	13	56,5

Tabelle 3.2: Frames zur EU

Thema	Frame	Textpassagen
	Änderungsbedürftig	<p>„ist klar, dass es so nicht weiter geht“ (Sauga, Michael: Die Logik des Pokerspiels. In: <i>Der Spiegel</i> Nr. 29/2015, S. 10.)</p> <p>„Es kann so nicht bleiben“ (Kurbjuweit, Dirk: Nicht Europa, sondern Anti-Europa. In: <i>Der Spiegel</i> Nr. 27/2015, S. 8.)</p> <p>„wir müssen von vorn anfangen“ (Minkmar, Nils: Europa als Emergency Room. In: <i>Der Spiegel</i> Nr. 28/2015, S. 123.)</p> <p>„würde sich Europa zu solchen Reformen durchringen, wäre das die richtige Antwort“ (Hesse, Martin et al.: Widerspruch, ungelöst. In: <i>Der Spiegel</i> Nr. 28/2015, S. 25.)</p> <p>„If the credit union does not face up to the need of reform“ (Europe’s future in Greece’s hands. In: <i>The Economist</i> Jg. 416, H. 8945 (2015), S. 9.)</p> <p>„Europeans might consider what they can do to return to the glorious days of fudge.“ (The end of fudge. In: <i>The Economist</i> Jg. 416, H. 8945 (2015), S. 25.)</p>
EU	Erfordert mehr politische Integration in der Euro-Zone	<p>„dass Europas fragile Währungskonstruktion auf Dauer nur durch mehr politische Integration gefestigt werden kann“ (Sauga, Michael: Die Logik des Pokerspiels. In: <i>Der Spiegel</i> Nr. 29/2015, S. 10.)</p> <p>„am Ende mit einer verbindliche Finanzpolitik für alle“ (Kurbjuweit, Dirk: Nicht Europa, sondern Anti-Europa. In: <i>Der Spiegel</i> Nr. 27/2015, S. 8.)</p> <p>„soll die Währungsunion funktionieren, müssen sich die Länder finanzpolitisch enger zusammenschließen“ (Hesse, Martin et al.: Widerspruch, ungelöst. In: <i>Der Spiegel</i> Nr. 28/2015, S. 23.)</p> <p>„Euro-zone needs more joint pooling of risk and responsibility“ (Europe’s future in Greece’s hands. In: <i>The Economist</i> Jg. 416, H. 8945 (2015), S. 9.)</p> <p>„the only answer is political union with a central fiscal authority“ (The debt trap. In: <i>The Economist</i> Jg. 416, H. 8946 (2015), S. 60.)</p>
	Drohende Spaltung	<p>„es ist ein interkultureller Zusammenbruch“/ „Gift der Spaltung“ (Fichtner, Ullrich; Minkmar, Nils; Smolczyzk,</p>

	<p>Alexander: Kein Wille, kein Weg. In: <i>Der Spiegel</i> Nr. 29/2015, S. 17ff.)</p> <p>„die großartige Idee von einem vereinten Kontinent darf nicht im griechischen Krisenherd verglühen“ (Kurbjuweit, Dirk: Nicht Europa, sondern Anti-Europa. In: <i>Der Spiegel</i> Nr. 27/2015, S. 8.)</p> <p>„die Kluft, die sich nun in Europa auftut“ (Müller Peter; Pfister, René: „Ich bin da gespalten“. In: <i>Der Spiegel</i> Nr. 28/2015, S. 17.)</p> <p>„inevitable polarisation“ (Europe’s future in Greece’s hands. In: <i>The Economist</i> Jg. 416, H. 8945 (2015), S. 9.)</p> <p>„the sort of political imagination needed to help Europe’s citizens see each other as the same sort of people [...] has never been more necessary and less apparent.” (So, we meet again. In: <i>The Economist</i> Jg. 416, H. 8946 (2015), S. 20.)</p>
<p>Geprägt durch nationales Denken und fehlendes Interesse für andere EU-Länder</p>	<p>„die Staaten haben die eigenen Interessen im Blick“ (Kurbjuweit, Dirk: Nicht Europa, sondern Anti-Europa. In: <i>Der Spiegel</i> Nr. 27/2015, S. 8.)</p> <p>„warum waren wir so blind für das, was in Griechenland passiert?“/ „jeder für sich nach vorn starrend und monologisierend“ (Minkmar, Nils: Europa als Emergency Room. In: <i>Der Spiegel</i> Nr. 28/2015, S. 123.)</p>

Tabelle 3.3: Frames zur EU-Politik

Thema	Frame	Textpassagen
EU-Politik	Fehlt es an Rationalität	<p>„Politik ohne oder gegen die Realität“/ „Europa nimmt Urlaub von der Rationalität“/ „es mangelt an Rationalität“/ „Noch irrationaler als die Griechen haben sich in den vergangenen Jahren die angeblich so nüchternen und kühlen Nordeuropäer aufgeführt“ (Fichtner, Ullrich; Minkmar, Nils; Smolczyk, Alexander: Kein Wille, kein Weg. In: <i>Der Spiegel</i> Nr. 29/2015, S. 18ff.)</p> <p>„weil sich der Kontinent in der Euphorie des Zusammenwachsens nicht um Zahlen geschert hatte“ (Müller, Peter; Pfister, René: „Ich bin da gespalten“. In: <i>Der Spiegel</i> Nr. 28/2015, S. 18.)</p> <p>„hope has replaced judgement“(The ties that bind. In: <i>The Economist</i> Jg. 415, H. 8944 (2015), S. 26.)</p> <p>„rational actors would never have got this far” (The way ahead. In: <i>The Economist</i> Jg. 416, H. 8946 (2015), S. 11.)</p> <p>„the creditors should have had the foresight to know the austerity they brought upon Greece might wreak” (The end of fudge. In: <i>The Economist</i> Jg. 416, H. 8945 (2015), S. 25.)</p> <p>„the failure of the creditors to face reality” (There comes up a day. In: <i>The Economist</i> Jg. 416, H. 8945 (2015), S. 19.)</p>
	Erziehungspolitik (der Deutschen)	<p>„die zahlreichen Versuche, Griechen zu idealen Hellenen zu erziehen“ (Minkmar, Nils: Europa als Emergency Room. In: <i>Der Spiegel</i> Nr. 28/2015, S. 122.)</p> <p>„ein Akt der Erziehung“ (Augstein, Jakob: Ein paar Lektionen. In: <i>Der Spiegel</i> Nr. 28/2015, S. 12.)</p> <p>„Politik des pädagogischen Imperialismus, die Erziehungsmaßnahmen hießen Haushaltsdisziplin, Arbeitsmarktreformen, Privatisierung.“ (Fichtner, Ullrich; Minkmar, Nils; Smolczyk, Alexander: Kein Wille, kein Weg. In: <i>Der Spiegel</i> Nr. 29/2015, S. 20.)</p> <p>„Germany’s attitude [...] has its roots in moralising sermons“ (The way ahead. In: <i>The Economist</i> Jg. 416, H. 8946 (2015), S. 11.)</p> <p>„like teachers dissatisfied with a pupil’s shoddy homework” (There comes up a day. In: <i>The Economist</i> Jg. 416, H. 8945 (2015), S. 19.)</p>

Unfähig, hilflos	<p>„Krisen kann sie weder heilen noch verhindern“ (Sauga, Michael: Die Logik des Pokerspiels. In: <i>Der Spiegel</i> Nr. 29/2015, S. 10.)</p> <p>„Gibt es bislang nur Scheinlösungen, wenn überhaupt“ (Kurbjuweit, Dirk: Nicht Europa, sondern Anti-Europa. In: <i>Der Spiegel</i> Nr. 27/2015, S. 8.)</p> <p>„Entsprechend hilflos agieren die Rettungspolitiker“ (Hesse, Martin et al.: Widerspruch, ungelöst. In: <i>Der Spiegel</i> Nr. 28/2015, S. 24.)</p>
Mehr Schaden als Hilfe	<p>„die verschriebene Kur hat den Staatskörper der Griechen nicht gestärkt, sondern fast umgebracht“ (Minkmar, Nils: Europa als Emergency Room. In: <i>Der Spiegel</i> Nr. 28/2015, S. 123.)</p> <p>„der Irrsinn der Rettungspolitik“ (Augstein, Jakob: Ein paar Lektionen. In: <i>Der Spiegel</i> Nr. 28/2015, S. 12.)</p> <p>„inflicting immense damage to Greece” /”ill-designed rescue” (The ties that bind. In: <i>The Economist</i> Jg. 415, H. 8944 (2015), S. 26.)</p>
Geprägt von deutscher Vormacht	<p>„heute schon dient die deutsche Dominanz“ (Von Rohr, Mathieu: No Grexit. In: <i>Der Spiegel</i> Nr. 29/2015, S. 28.)</p> <p>„haben die Deutschen den Partner abgehängt und sind die dominante Macht in der EU“ (Kurbjuweit, Dirk: Nicht Europa, sondern Anti-Europa. In: <i>Der Spiegel</i> Nr. 27/2015, S. 8.)</p> <p>„Merkel genoss ihre neue Rolle als Königin Europas“ (Müller, Peter; Pfister René: „Ich bin da gespalten“. In: <i>Der Spiegel</i> Nr. 28/2015, S. 20.)</p> <p>„die beiden wichtigsten Euroländer – Deutschland und Frankreich“ (Hesse, Martin et al.: Widerspruch, ungelöst. In: <i>Der Spiegel</i> Nr. 28/2015, S. 25.)</p> <p>„Germany [...] as the euro-zone’s de facto leader“ (So, we meet again. In: <i>The Economist</i> Jg. 416, H. 8946 (2015), S. 20.)</p>

Tabelle 3.4: Frames zur Schuldenkrise

Thema	Frame	Textpassagen
Schuldenkrise	Drama	<p>„das Griechenland-Drama lehrt“ (Sauga, Michael: Die Logik des Pokerspiels. In: <i>Der Spiegel</i> Nr. 29/2015, S. 10.)</p> <p>„Drama der vergangenen Wochen“ (Sauga, Michael: Die Logik des Pokerspiels. In: <i>Der Spiegel</i> Nr. 29/2015, S. 10.)</p> <p>„in dieser dramatischen Woche“ (Fichtner, Ullrich; Minkmar, Nils; Smolczyk, Alexander: Kein Wille, kein Weg. In: <i>Der Spiegel</i> Nr. 29/2015, S. 21.)</p> <p>„im Griechendlanddrama“ (Müller, Peter et al.: Geld oder Regeln. In: <i>Der Spiegel</i> Nr. 27/2015, S. 30.)</p> <p>„das Griechendlanddrama strebt einen Höhepunkt an“ (Hesse, Martin et al.: Widerspruch, ungelöst. In: <i>Der Spiegel</i> Nr. 28/2015, S. 22.)</p> <p>„but as the drama has become more desperate“ (Europe’s future in Greece’s hands. In: <i>The Economist</i> Jg. 416, H. 8945 (2015), S. 9.)</p> <p>„the Greek debt drama” (The way ahead. In: <i>The Economist</i> Jg. 416, H. 8946 (2015), S. 11.)</p> <p>„the outcome of the drama” (The ties that bind. In: <i>The Economist</i> Jg. 415, H. 8944 (2015), S. 26.)</p>
	Endlos	<p>„schier endlose[r] Verhandlungen“ (Von Rohr, Mathieu: No Grexit. In: <i>Der Spiegel</i> Nr. 29/2015, S. 28.)</p> <p>„Fast jede der vergangenen Wochen brachte ein Endspiel und jedes ging in die Verlängerung“ (Fichtner, Ullrich; Minkmar, Nils; Smolczyk, Alexander: Kein Wille, kein Weg. In: <i>Der Spiegel</i> Nr. 29/2015, S. 17.)</p> <p>„permanente Krise“ (Kurbjuweit, Dirk: Nicht Europa, sondern Anti-Europa. In: <i>Der Spiegel</i> Nr. 27/2015, S. 8.)</p> <p>„die x-te Griechendlandkrise so enden würde wie all die anderen Probleme davor – nämlich gar nicht“ (Minkmar, Nils: Europa als Emergency Room. In: <i>Der Spiegel</i> Nr. 28/2015, S. 122.)</p> <p>„die Dauerkrise ihres Geldsystems“ (Hesse, Martin et al.: Widerspruch, ungelöst. In: <i>Der Spiegel</i> Nr. 28/2015, S. 23.)</p> <p>“The Euro-zone once again finds itself in the wearily familiar position of trying to stop Greece from going burst.” (The ties that bind. In: <i>The Economist</i> Jg. 415, H. 8944 (2015), S. 26.)</p>

	<p>„endless summits“ (The end of fudge. In: <i>The Economist</i> Jg. 416, H. 8945 (2015), S. 25.)</p> <p>„an endless series of crises and European summits (The debt trap. In: <i>The Economist</i> Jg. 416, H. 8946 (2015), S. 60.)”</p>
Geht um mehr als Geld, bedeutend für die gesamte EU	<p>„es steht viel mehr auf dem Spiel als ein paar Milliarden“ (Von Rohr, Mathieu: No Grexit. In: <i>Der Spiegel</i> Nr. 29/2015, S. 28.)</p> <p>„dabei geht es immer um mehr als nur um Geld“ (Fichtner, Ullrich; Minkmar, Nils; Smolcyczk, Alexander: Kein Wille, kein Weg. In: <i>Der Spiegel</i> Nr. 29/2015, S. 17.)</p> <p>“Europe’s future in Greece’s hands“/ the Greek crisis will change the EU forever (Europe’s future in Greece’s hands. In: <i>The Economist</i> Jg. 416, H. 8945 (2015), S. 9.)</p> <p>“Most critical moment in the history of the EU” (The way ahead. In: <i>The Economist</i> Jg. 416, H. 8946 (2015), S. 11.)</p> <p>„extremely unhappy affair for the EU” (The end of fudge. In: <i>The Economist</i> Jg. 416, H. 8945 (2015), S. 25.)</p>
Griechenland gegen Europa	<p>„diese Frage werden tatsächlich die Griechen beantworten müssen, ihre Syriza-Regierung, diese Frage geht nicht an die Europäer“ (Fichtner, Ullrich; Minkmar, Nils; Smolcyczk, Alexander: Kein Wille, kein Weg. In: <i>Der Spiegel</i> Nr. 29/2015, S. 22.)</p> <p>„gemeinsame Haltung der Europäer gegenüber Griechenland“ (Müller, Peter et al.: Geld oder Regeln. In: <i>Der Spiegel</i> 27/2015, S. 30.)</p> <p>„the rupture with the Greeks is clear“ (The end of fudge. In: <i>The Economist</i> Jg. 416, H. 8945 (2015), S. 25.)</p> <p>“If the Europeans allowed the Greeks” (The way ahead. In: <i>The Economist</i> Jg. 416, H. 8946 (2015), S. 11.)</p>
Mitverschuldet von der EU/ von Merkel	<p>„auch Europa hat beherzt mit Hand angelegt“ (Fichtner, Ullrich; Minkmar, Nils; Smolcyczk, Alexander: Kein Wille, kein Weg. In: <i>Der Spiegel</i> Nr. 29/2015, S. 17.)</p> <p>„der Versuch, die nun eingetretene Katastrophe den beiden allzu bekannten griechischen Politikern anzulasten, überzeugt nur wenige Stunden.“ (Minkmar, Nils: Europa als Emergency Room. In: <i>Der Spiegel</i> Nr. 28/2015, S. 122.)</p> <p>„Sie hätte Griechenland einen Schuldenschnitt anbieten können, zum richtigen Zeitpunkt hätte dies zumindest verhindern können, dass sich die Politik in Griechenland radikalisiert“ (Müller, Peter; Pfister René: „Ich bin da gespalten“. In: <i>Der Spiegel</i> Nr. 28/2015, S. 20.)</p>

	<p>„partly to blame is austerity imposed by creditors“ (Europe’s future in Greece’s hands. In: <i>The Economist</i> Jg. 416, H. 8945 (2015), S. 9.)</p> <p>„not least because of the recessionary impact of austerity“ (The ties that bind. In: <i>The Economist</i> Jg. 415, H. 8944 (2015), S. 26.)</p> <p>„It was, in part, the creation of the Euro-Zone failed politics“ (The end of fudge. In: <i>The Economist</i> Jg. 416, H. 8945 (2015), S. 25.)</p>
Beruhend auf falschem Griechenlandbild, Missverständnissen, unterschiedlichen Vorstellungen	<p>„Sie rührt auch aus den Bildern her, die sich die Deutschen und andere Europäer von Griechenland gemacht und selten weiter überprüft haben“ (Fichtner, Ullrich; Minkmar, Nils; Smolczyk, Alexander: Kein Wille, kein Weg. In: <i>Der Spiegel</i> Nr. 29/2015, S. 17.)</p> <p>„Es haben sich Missverständnisse angesammelt, die nachhallen“ Fichtner, Ullrich; Minkmar, Nils; Smolczyk, Alexander: Kein Wille, kein Weg. In: <i>Der Spiegel</i> Nr. 29/2015, S. 19.)</p> <p>„despite very different ideologies“ (The ties that bind. In: <i>The Economist</i> Jg. 415, H. 8944 (2015), S. 26.)</p>
Versuchte Rettung der Banken statt Griechenlands	<p>„oder doch die Rettung der deutschen, französischen, britischen Banken?“ (Fichtner, Ullrich; Minkmar, Nils; Smolczyk, Alexander: Kein Wille, kein Weg. In: <i>Der Spiegel</i> Nr. 29/2015, S. 18.)</p> <p>„Wer wurde in den ersten Runden der Griechenlandkrise gerettet? Die Banken.“ (Augstein, Jakob: Ein paar Lektionen. In: <i>Der Spiegel</i> Nr. 28/2015, S. 12.)</p>
Pokerspiel	<p>„die Logik des Pokerspiels“ (Sauga, Michael: Die Logik des Pokerspiels. In: <i>Der Spiegel</i> Nr. 29/2015, S. 10.)</p> <p>„hinter dem zähen Poker“ (Müller, Peter et al.: Geld oder Regeln. In: <i>Der Spiegel</i> 27/2015, S. 29.)</p> <p>„das irrwitzige Pokerspiel“ (Hesse, Martin et al.: Widerspruch, ungelöst. In: <i>Der Spiegel</i> Nr. 28/2015, S. 22.)</p> <p>„game-playing and repeated miscalculation have poisoned...“ (Europe’s future in Greece’s hands. In: <i>The Economist</i> Jg. 416, H. 8945 (2015), S. 9.)</p>
Leid der griechischen Bevölkerung	<p>„Deutschland ging es bei weitem nicht so schlecht wie Griechenland heute.“ (Müller, Peter; Pfister René: „Ich bin da gespalten“. In: <i>Der Spiegel</i> Nr. 28/2015, S. 17.)</p> <p>„In Deutschland interessierte es nicht, dass gerade die Mittelschicht und die Rentner ihr Leben aufgeben sollten, um</p>

	<p>Schulden zu begleichen, für die sie nichts konnten.“ (Minkmar, Nils: Europa als Emergency Room. In: <i>Der Spiegel</i> Nr. 28/2015, S. 123.)</p> <p>„Das irrwitzige Pokerspiel hat nicht nur dazu geführt, dass [...] seinen Bürgern der Verlust von Arbeitsplätzen, Einkommen und Vermögen droht.“ (Hesse, Martin et al.: Widerspruch, ungelöst. In: <i>Der Spiegel</i> Nr. 28/2015, S. 22.)</p> <p>„Für alle Länder gilt, was für Griechenland dieser Tage nicht gilt: Vielfalt ist willkommen, ist Europa, ist unser Leben.“ (Fichtner, Ullrich; Minkmar, Nils; Smolczyk, Alexander: Kein Wille, kein Weg. In: <i>Der Spiegel</i> Nr. 29/2015, S. 18.)</p> <p>„The country has suffered a loss of 25% of its GDP and a debilitating rise in immiseration and unemployment rate [...]. Its soup kitchens are open but its banks are closed; the country is close to collapse.“ (There comes up a day. In: <i>The Economist</i> Jg. 416, H. 8945 (2015), S. 18.)</p> <p>“the long-suffering Greeks” (The ties that bind. In: <i>The Economist</i> Jg. 415, H. 8944 (2015), S. 26.)</p> <p>„...that is no comfort to retirees whose pensions have been slashed or graduates forced broad to find hope. Syriza appealed to voters who had lost all hope.“ (The end of fudge. In: <i>The Economist</i> Jg. 416, H. 8945 (2015), S. 25.)</p> <p>„...to betray the hope he stirred in the long-suffering Greek people.“ (So, we meet again. In: <i>The Economist</i> Jg. 416, H. 8946 (2015), S. 20.)</p>
Benachteiligung von der Bevölkerung Nordeuropas	<p>„...but northern European leaders represent voters, too, and they never signed up to a system of large unconditional transfers.“ (Europe’s future in Greece’s hands. In: <i>The Economist</i> Jg. 416, H. 8945 (2015), S. 9.)</p> <p>„If northern taxpayers voted on whether to hand money to Greece without conditions, they would vote No, too.“ (The way ahead. In: <i>The Economist</i> Jg. 416, H. 8946 (2015), S. 11.)</p> <p>„Greek democracy does not enjoy priority over everyone else’s, and the voters in many other countries are fed up with bailing out Greece.“ (So, we meet again. In: <i>The Economist</i> Jg. 416, H. 8946 (2015), S. 19.)</p> <p>„Greece’s government, despite Mr. Tsipras’s protestations, is not the only one to enjoy democratic mandate.“ (The end of fudge. In: <i>The Economist</i> Jg. 416, H. 8945 (2015), S. 25.)</p>

Tabelle 3.5: Argumente zum Grexit

Pro		Contra	
Argument	Anzahl der Nennungen	Argument	Anzahl der Nennungen
Chance eines Neuanfang	1 (Kurbjuweit, Dirk: Nicht Europa, sondern Anti-Europa. In: <i>Der Spiegel</i> Nr. 27/2015, S. 8.)	Gefahr weiterer Austritte	3 (Von Rohr, Mathieu: No Grexit. In: <i>Der Spiegel</i> Nr. 29/2015; Europe's future in Greece's hands. In: <i>The Economist</i> Jg. 416, H. 8945 (2015), S. 9; There comes up a day. In: <i>The Economist</i> Jg. 416, H. 8945 (2015), S. 20.)
Zeigt, dass Euroeinführung rückgängig gemacht werden kann	1 (Europe's future in Greece's hands. In: <i>The Economist</i> Jg. 416, H. 8945 (2015), S. 9.)	Dramatische Folgen für Griechenland	3 (Von Rohr, Mathieu: No Grexit. In: <i>Der Spiegel</i> Nr. 29/2015, S. 28; Europe's future in Greece's hands. In: <i>The Economist</i> Jg. 416, H. 8945 (2015), S. 9; So, we meet again. In: <i>The Economist</i> Jg. 416, H. 8946 (2015), S. 19.)
		Gefahr von Spekulationen gegen andere Euro-Länder	2 (Sauga, Michael: Die Logik des Pokerspiels. In: <i>Der Spiegel</i> Nr. 29/2015, S. 10; Von Rohr, Mathieu: No Grexit. In: <i>Der Spiegel</i> Nr. 29/2015, S. 28.)
		Feuer für nationalistische Parteien	2 (Von Rohr, Mathieu: No Grexit. In: <i>Der Spiegel</i> Nr. 29/2015, S. 28; There comes up a day. In: <i>The Economist</i> Jg. 416, H. 8945 (2015), S. 20.)
		Gegen die Idee des Zusammenwachsens in Europa	2 (Von Rohr, Mathieu: No Grexit. In: <i>Der Spiegel</i> Nr. 29/2015, S. 28; Kurbjuweit, Dirk: Nicht

			Europa, sondern Anti-Europa. In: <i>Der Spiegel</i> Nr. 27/2015, S. 8.)
		Folgen für die Flüchtlingssituation	2 (Von Rohr, Mathieu: No Grexit. In: <i>Der Spiegel</i> Nr. 29/2015, S. 28; There comes up a day. In: <i>The Economist</i> Jg. 416, H. 8945 (2015), S. 20.)
		nicht vorhersehbare Langzeitfolgen	2 (Sauga, Michael: Die Logik des Pokerspiels. In: <i>Der Spiegel</i> Nr. 29/2015, S. 10; There comes up a day. In: <i>The Economist</i> Jg. 416, H. 8945 (2015), S. 20.)
		Destabilisierung des Euros	1 (Sauga, Michael: Die Logik des Pokerspiels. In: <i>Der Spiegel</i> Nr. 29/2015, S. 10.)
		Politische Schwächung der EU	1 (Sauga, Michael: Die Logik des Pokerspiels. In: <i>Der Spiegel</i> Nr. 29/2015, S. 10.)
		Zeichen des Scheiterns von Europas Regierenden	1 (Von Rohr, Mathieu: No Grexit. In: <i>Der Spiegel</i> Nr. 29/2015, S. 28.)
		Teurer für alle Beteiligten	1 (The way ahead. In: <i>The Economist</i> Jg. 416, H. 8946 (2015), S. 11.)

SELBSTSTÄNDIGKEITSERKLÄRUNG

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Bachelorarbeit selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Literatur und Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Stellen sind als solche kenntlich gemacht. Die Arbeit wurde bisher keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch nicht veröffentlicht.

Unterschrift

Ort, Datum